



Landtag von Baden-Württemberg

93. Sitzung

16. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 5. Juni 2019 • Haus des Landtags

Beginn: 9:02 Uhr

Schluss: 12:52 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen der Präsidentin	5649	Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Soziales und Integration – Drucksache 16/6263.	5669
1. Aktuelle Debatte – Unterstellers Windatlas – müssen Anwohner, Vögel und Insekten weiter unter grün-schwarzer Ideologienpolitik leiden? – beantragt von der AfD.	5649	Abg. Thomas Poreski GRÜNE	5669
Abg. Bernd Gögel AfD	5649, 5661	Abg. Claudia Martin CDU	5669
Abg. Jürgen Walter GRÜNE	5651	Abg. Rüdiger Klos AfD	5670
Abg. Paul Nemeth CDU	5653	Abg. Rainer Hinderer SPD	5671
Abg. Nicolas Fink SPD	5655	Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP	5671
Abg. Gabriele Reich-Gutjahr FDP/DVP	5657	Staatssekretärin Bärbl Mielich	5672
Minister Franz Untersteller	5658	Beschluss	5673
Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos)	5662	4. Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz – Zukunft der Naturparke in Baden-Württemberg – Drucksache 16/2086.	5673
2. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der FDP/DVP – Gesetz über die Berufliche Realschule (Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für Baden-Württemberg) – Drucksache 16/5290		Abg. Gabi Rolland SPD	5673, 5680
Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Kultus, Jugend und Sport – Drucksache 16/6061.	5662	Abg. Reinhold Pix GRÜNE	5674
Abg. Sandra Boser GRÜNE	5663	Abg. Ulli Hockenberger CDU	5675
Abg. Raimund Haser CDU	5664	Abg. Udo Stein AfD	5676
Abg. Dr. Rainer Balzer AfD	5664	Abg. Klaus Hoher FDP/DVP	5677
Abg. Gerhard Kleinböck SPD	5666, 5668	Minister Peter Hauk	5678
Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP	5666	Beschluss	5680
Ministerin Dr. Susanne Eisenmann	5667	5. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wissenschaft, Forschung und Kunst zu der Mitteilung der Landesregierung vom 14. Mai 2019 – Information über Verwaltungsabkommensentwürfe; hier: GWK-Beschlüsse vom 3. Mai 2019 über die Nachfolge bzw. Fortschreibung ab 2021 der drei zentralen Bund-Länder-Verbindungen im Bereich Hochschule und Wissenschaft (Innovation in der Hochschullehre,	
Beschluss	5669		
3. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetzes – Drucksache 16/6217			

**Zukunftsvertrag Studium und Lehre, Pakt für
Forschung und Innovation) – Drucksachen**

16/6250, 16/6259	5680	Abg. Nico Weinmann FDP/DVP	5685
Abg. Alexander Salomon GRÜNE	5681, 5690	Ministerin Theresia Bauer	5686
Abg. Marion Gentges CDU	5682	Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos)	5688
Abg. Stefan Räßle AfD	5682, 5689	Beschluss	5690
Abg. Gabi Rolland SPD	5684, 5690	Nächste Sitzung	5690

Protokoll

über die 93. Sitzung vom 5. Juni 2019

Beginn: 9:02 Uhr

Präsidentin Muhterem Aras: Guten Morgen, meine Damen und Herren! Ich eröffne die 93. Sitzung des 16. Landtags von Baden-Württemberg.

Von der Teilnahmepflicht befreit sind Herr Abg. Berg, Frau Abg. Neumann-Martin, Herr Abg. Dr. Podeswa, Frau Abg. Walker sowie Frau Abg. Zimmer.

Aus dienstlichen Gründen entschuldigt haben sich ganztägig Frau Ministerin Dr. Hoffmeister-Kraut, Herr Minister Lucha, Herr Minister Wolf sowie Frau Staatsministerin Schopper.

Des Weiteren aus dienstlichen Gründen entschuldigt sind Herr Abg. Dr. Furst-Blei und Herr Abg. Gramling, die Frau Ministerin Dr. Hoffmeister-Kraut auf ihrer Delegationsreise nach Russland begleiten.

Ganztägig entschuldigt ist außerdem Frau Staatsrätin Erler.

Im **E i n g a n g** befindet sich die Mitteilung der Landesregierung vom 21. Mai 2019 – Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK); hier: Anmeldung des Landes zum Rahmenplan 2019 (mit Fortschreibung bis 2022) – Drucksache 16/6296. Ich schlage vor, diese Mitteilung vorberatend an den Ausschuss für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz und den Ausschuss für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft sowie federführend an den Ausschuss für Finanzen zu überweisen. – Es erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist es so beschlossen. Vielen Dank.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Unterstellers Windatlas – müssen Anwohner, Vögel und Insekten weiter unter grün-schwarzer Ideologiekritik leiden? – beantragt von der Fraktion der AfD

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aktuelle Debatte eine Gesamtredezeit von 50 Minuten festgelegt. Darauf wird die Redezeit der Regierung nicht angerechnet. Für die Aussprache steht eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion zur Verfügung. Ich darf die Mitglieder der Landesregierung bitten, sich ebenfalls an den vorgegebenen Redezeitrahmen zu halten.

In der Aussprache erteile ich nun das Wort für die Fraktion der AfD Herrn Fraktionsvorsitzenden Gögel.

Abg. Bernd Gögel AfD: Guten Morgen, Frau Präsidentin, guten Morgen, meine Damen und Herren! Die Landesregierung

hat, wie schon so häufig, den Mund mal wieder ziemlich voll genommen, und zwar mit dem Windatlas. Erklärtes Ziel war, bis zum Jahr 2020 mindestens 10 % des Bruttostrombedarfs von Baden-Württemberg aus Windkraft zu decken. Daraus wird wohl nichts. Dem Ausbauziel hinkt man meilenweit hinterher. Statt der geplanten 2 100 Windkraftanlagen befinden sich gerade einmal 720 Anlagen am Netz. Das entspricht knapp 3 % des gesamten Stromvolumens, meine Damen und Herren.

Natürlich hat es Gründe, warum der Windkraftausbau hierzulande so schleppend vorankommt. Ein wesentlicher Grund ist die mangelnde Wirtschaftlichkeit. Baden-Württemberg ist im Gegensatz zu den windreichen Bundesländern des Nordens ein Schwachwindland. Wer hier Strom aus Wind erzeugen will, der muss die Windräder auf Höhenzügen und in Wäldern platzieren – eben da, wo der Bau besonders kostspielig ist.

Doch was interessieren die Untersteller-Behörde wirtschaftliche Erwägungen? Auf solche Petitionen kann man keine Rücksicht nehmen, wenn es darum geht, das Klima und vor allem die Menschheit zu retten. Windräder müssen her, koste es, was es wolle. Da der Wind die unangenehme Eigenschaft hat, in zunehmender Höhe kräftiger zu blasen, baut man die Kolosse ohne Rücksicht auf das Landschaftsbild immer höher.

Doch nicht nur durch die Bauhöhe lassen sich höhere Stromerträge erzielen, meine Damen und Herren. Man kann sich auch der Wissenschaft bedienen. Dieser Tage wurde bekanntlich der neue Windatlas der Öffentlichkeit präsentiert. Es war ein Feiertag für Umweltminister Untersteller.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Aber nicht arbeitsfrei!)

Sicherlich ist es als reiner Zufall zu werten, dass die mit dem Projekt beauftragten Wissenschaftler exakt das Ergebnis zutage förderten, das sich der Herr Umweltminister so sehnlichst gewünscht hatte.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Das macht er doch immer!)

Zufälle gibt es, und das gar nicht einmal so selten, meine Damen und Herren. Man erlebt sie dieser Tage zuhauf, etwa die „Fridays for Future“-Bewegung der Schüler um ihre Ikone Greta Thunberg oder die Youtube-Kampagne eines Aktivisten namens Rezo wenige Tage vor der Europawahl.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Rezzo Schlauch ist jemand anders!)

(Bernd Gögel)

Ist es Ihnen von der CDU eigentlich schon einmal aufgefallen? Nutznießer waren immer die Grünen – sicherlich auch rein zufällig.

(Zuruf)

Doch zurück zu unserem famosen Windatlas. Dank eines neuen, wissenschaftlich präziseren Berechnungsverfahrens und verfeinerter Methodik sowie verschachtelt angewandter Simulationsprogramme kam man zu dem überraschenden Ergebnis, dass die windkrafttaugliche Fläche in Baden-Württemberg quasi über Nacht auf das Doppelte angewachsen war.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Dass diese Botschaft erst nach der Kommunalwahl veröffentlicht wurde – ein Schelm, wer Böses dabei denkt.

(Beifall bei der AfD)

Denn noch unmittelbar vor der Wahl hatte man die Bevölkerung beim Windenergieerlass – nicht Windatlas – beruhigt und in Sicherheit gewogen. Meine Damen und Herren, die zahlreichen Bedenken, dass bestehende Standards bei der Umstellung des Windkrafterlasses auf ein zeitgemäßes Internetportal aufgeweicht oder ganz kassiert werden könnten, wurden mit Nachdruck zurückgewiesen. Formal ist das nicht zu beanstanden, und der Landesregierung wäre nichts vorzuwerfen, wäre da nicht auf der anderen Seite die Verschlagenheit und diese Hinterlist, mit der sie ihre eigenen Zusagen unterläuft, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD)

Zwar sind Standards wie der Mindestabstand von 700 m zur Wohnbebauung oder die Windhöflichkeitsschwelle von 5,3 m pro Sekunde auf 100 m über dem Grund nach wie vor gültig, nur sind sie durch die jahresdurchschnittliche Windgeschwindigkeitsberechnung des neuen Windatlasses leider keinen Pfifferling mehr wert.

(Beifall bei der AfD)

Im Ergebnis wird diese üble politische Trickserei dazu führen, dass die fantastischen Naturlandschaften Baden-Württembergs mit Windrädern und Stromtrassen zugesperrt werden, meine Damen und Herren. Was das für den Erholungswert, für die Menschen und die Tiere bedeutet, mag man sich nicht ausmalen. Was da mit aller Gewalt durchgedrückt werden soll, ist mit „Rücksichtslosigkeit“ noch äußerst gelinde umschrieben.

Meine Damen und Herren, diese Politik von Grün-Schwarz geht buchstäblich über Leichen. Gemeint sind die zahllosen Vögel und Fledermäuse, die Tag für Tag den gewaltigen Rotorblättern zum Opfer fallen.

(Beifall bei der AfD)

Hier könnten Sie sich vielleicht einmal von Ihrem Kollegen vom Verkehrsministerium eine Scheibe abschneiden, der bei der Hermann-Hesse-Bahn Millionen in die Hand nimmt, um die Fledermäuse zu schützen.

(Lachen der Abg. Carola Wolle AfD)

Gemeint sind aber auch die unfassbar vielen Fluginsekten, die von den Windmühlen Tag für Tag erschlagen werden.

(Zurufe von den Grünen)

Wissenschaftler – das sind Ihre Wissenschaftler – sprechen von fünf bis sechs Milliarden getöteten Fluginsekten pro Tag – eine erschreckend große Zahl.

(Zuruf der Abg. Sabine Wölfe SPD)

Doch das scheint Herr Untersteller unter Kollateralschäden zu verbuchen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Wie sonst ist dieser Zynismus zu erklären, der in der Stellungnahme zu einem aktuellen Antrag vonseiten der FDP/DVP-Fraktion zum Ausdruck kommt? In der Stellungnahme zum Antrag Drucksache 16/5947 heißt es beispielsweise – Achtung! –, eine hohe Reproduktionsrate bei Insekten spreche für eine „hohe natürliche Mortalität“.

(Heiterkeit und Beifall bei der AfD)

In der Stellungnahme zu Ziffer 5 dieses Antrags versteigt sich der Minister sogar zu der Behauptung, dass Verluste durch Windparks „nicht entscheidend“ seien.

(Zuruf von der AfD: Aha!)

Woher will er das wissen? Denn kurz zuvor, in der Stellungnahme zu Ziffer 3 des Antrags, hatte er darauf hingewiesen, dass die Gesamtzahl der Insekten nicht bekannt sei. Wenn das aber so ist, dann kann man logischerweise den Verlust von Insekten durch Windkraftanlagen nicht quantifizieren und folglich in seiner Bedeutung für den Gesamtbestand auch nicht bewerten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD)

Herr Untersteller, Sie machen es sich zu einfach. Sie sagen wörtlich, die Natur habe „Verluste evolutionär eingepflanzt“.

(Beifall des Abg. Dr. Rainer Balzer AfD)

Entscheidend für ihre Regeneration sei, dass der Lebensraum der Insekten intakt bleibe. – Mit Verlaub, wer so argumentiert, der dürfte kaum ein größeres Interesse daran haben, den Ursachen des Insektensterbens auf die Spur zu kommen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Sie und Ihre grünen Gesinnungsgenossen sollten in einer ruhigen Stunde einmal in sich gehen und sich ehrlich fragen, wo Sie herkommen und wohin Sie zu gehen belibien.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Vielleicht wird sich der eine oder andere von Ihnen eingestehen müssen, dass er längst vom Pfad der Tugend abgekommen ist,

(Beifall des Abg. Daniel Rottmann AfD)

(Bernd Gögel)

dass er die Ideale seiner Jugend verraten hat und dass ihm Natur- und Umweltschutz nicht mehr so wichtig sind wie der Klimaschutz.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wie der AfD!)

Menschlich und unter dem Gesichtspunkt des politischen Gestaltungswillens wäre dies nur allzu verständlich. Denn in der Windkraftbranche lassen sich für den Politiker natürlich ungleich größere Räder drehen als im Naturschutz.

Herr Untersteller, bitte erklären Sie uns nur noch eines: Wie kommt es, dass der Wind an der deutsch-schweizerischen Grenze so schlagartig stoppt?

(Lachen bei Abgeordneten der AfD)

Auch die Eidgenossen haben gerade ihren Windatlas überarbeitet. Und wissen Sie was? Deren Bundesamt für Energie hat herausgefunden: Die Windgeschwindigkeit in der Schweiz ist um 30 % geringer als bei uns.

(Beifall bei der AfD – Zuruf von der AfD: Das ist ja schon interessant!)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Herrn Abg. Walter.

Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach all diesen Verschwörungstheorien

(Vereinzelt Beifall bei den Grünen – Lachen bei der AfD)

wollen wir doch wieder einmal – – Ja, ja. Am vielen Lachen erkennt man die Narren.

Auf ihrem Parteitag am vergangenen Wochenende, meine Damen und Herren,

(Abg. Udo Stein AfD: Was hat das mit der Windkraft zu tun? – Weitere Zurufe von der AfD – Unruhe)

hat die AfD gezeigt – –

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Walter, einen Moment bitte. – Meine Damen und Herren, ich bitte Sie um etwas mehr Ruhe, damit Herr Abg. Walter seine Rede halten kann.

(Abg. Anton Baron AfD: Zum Thema soll er kommen!)

Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Meine Damen und Herren, Sie haben es alle mitbekommen: Der Parteitag – der zweite, der abgehalten wurde – war die Fortsetzung der erbitterten Grabenkämpfe in der AfD, die wir hier im Landtag erleben.

(Widerspruch bei der AfD)

Deswegen, meine Damen und Herren, sei gesagt: Wer sich immer nur mit sich selbst beschäftigt,

(Abg. Udo Stein AfD: Wir haben gerade ein ganz anderes Thema, Herr Kollege! – Zuruf von der AfD: Das Thema heißt Windkraft!)

der hat natürlich – – Also, im Kindergarten lernt man, dass man ruhig ist, wenn andere reden.

(Vereinzelt Beifall bei den Grünen – Zurufe von der AfD)

Wenn man sich nur mit sich selbst beschäftigt, dann kommt man natürlich nicht dazu, sich mit den Problemen des Landes auseinanderzusetzen.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Unfassbar!)

Diese Debatte, die für heute von der AfD beantragt worden ist, setzt genau das fort. Sie ist auch eine Art Fortsetzung einer ansonsten wöchentlich in einen Antrag gegossenen Seifenoper „Unsere Windkraftphobie“. Schon der Titel, meine Damen und Herren, macht deutlich, dass sich die AfD nicht einmal ansatzweise die Mühe gemacht hat, sich mit den Fakten auseinanderzusetzen.

(Lachen bei Abgeordneten der AfD)

Kommen wir zum Thema Vögel. Dazu haben wir gerade einiges Schräge gehört. Laut der Schlagopferdatei des Landesamts für Umwelt in Brandenburg wurden 2018 – im gesamten Jahr 2018 – 156 Vögel durch Windkraftanlagen getötet.

(Zuruf der Abg. Carola Wolle AfD)

Von 25 als windkraftempfindlich eingestuften Vogelarten waren überhaupt nur vier Arten betroffen.

Wenn Sie wenigstens die Drucksachen von Kollegen lesen würden, nämlich z. B. eine des Kollegen Paul Nemeth, den ich herzlich wieder im Landtag begrüße,

(Vereinzelt Beifall bei den Grünen und der CDU)

dann wüssten Sie, meine Damen und Herren: Glasfassaden sind bundesweit für den Tod von 100 Millionen Vögeln verantwortlich – 100 Millionen. Heruntergerechnet auf Baden-Württemberg, so schätzt man, sind es ca. 15 Millionen Vögel. Das heißt, es werden 15 Millionen Vögel getötet durch Glasfassaden und 156 durch Windkraftanlagen. Konsequenterweise müssten Sie ja dann demnächst Glasfassaden verbieten wollen.

(Abg. Anton Baron AfD: Haben Sie das in die Landesbauordnung genommen?)

Obwohl dazu keine belastbaren Zahlen vorliegen, können wir wohl davon ausgehen, dass durch den Straßenverkehr mehr als 156 Vögel getötet werden.

Diese Zahlen zeigen, meine Damen und Herren: Das, was die AfD hier als große Gefahr für die Vogelwelt schildert, ist einfach ideologischer Unfug, der mit der Realität nichts, aber auch gar nichts zu tun hat.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Rainer Balzer AfD: Ach so!)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Walter, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Fiechtner zu?

Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Nein, lieber nicht.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: „Lieber nicht“! Das ist gut!)

Meine Damen und Herren, in der Tat ist auch das Insektensterben ein großes Problem. Allerdings werden die wahren Ursachen, nämlich beispielsweise die ausgeräumten Landschaften, von der AfD gar nicht benannt. Das Insektensterben hat schon längst vor der Nutzung der Windkraft begonnen, und betroffen vom Insektensterben sind ja auch sehr viele Insektenarten, die in diesen höheren Luftschichten gar nicht oder höchst selten unterwegs sind.

Meine Damen und Herren, das ist einfach Realitätsverweigerung, was Sie hier an den Tag legen.

(Widerspruch des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Aber immerhin, meine Damen und Herren: So peinlich die Debatte im Prinzip ist,

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Ihr Grünen seid peinlich!)

so gibt sie uns Gelegenheit, die Vorteile des neuen Windatlases zu benennen. Dieser Windatlas ist ein wichtiges Instrument für Planungsträger und Genehmigungsbehörden. Das wichtigste Ergebnis: In Baden-Württemberg gibt es wesentlich mehr windkrafttaugliche Flächen als bisher angenommen.

Durch aussagekräftige Messverfahren ist es nun möglich, Standorte danach zu bewerten, wie viel eine Windkraftanlage „einbringen“ wird. Eine ganz wichtige Erkenntnis ist: Der Windatlas widerlegt das Vorurteil – das haben wir gerade wieder gehört –, Baden-Württemberg sei kein Windland. Die modernen Windanlagen in Baden-Württemberg sind ähnlich ausgelastet wie die in den nördlichen Bundesländern und erbringen ähnliche Erträge. Deshalb ist es an der Zeit, meine Damen und Herren, dass die Windkraft auch in Baden-Württemberg wieder stärker ausgebaut wird.

(Beifall bei den Grünen)

Deshalb ist die Bundesregierung aufgefordert – Kollege Reinhart, Kollege Stoch, da sind auch Sie bei Ihren Fraktionen im Bundestag gefragt –, jetzt auch eine Südquote für Windkraft vorzugeben, sodass wir in Baden-Württemberg die Chance haben, wieder mehr Windkraft zu installieren und all die Flächen zu nutzen, die tatsächlich windkraftgeeignet sind.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Klaus Dürr AfD: Kosete es, was es wolle!)

Gleichzeitig brauchen wir mehr Sonderausschreibungen für erneuerbare Energien.

(Zuruf des Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU)

Nur so wird es gelingen, Kollege Reinhart,

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

dass wir auf dem Weg, den wir bisher eingeschlagen haben, tatsächlich weitergehen können.

Meine Damen und Herren, die Wahlen am vergangenen Sonntag haben Folgendes gezeigt: Sie waren ein dringlicher Appell der Bevölkerung an uns, in Sachen Klimaschutz zu handeln, endlich etwas gegen die Klimakrise zu unternehmen.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU – Zuruf von den Grünen: Richtig!)

Insbesondere die Jugend hat ein klares Votum abgegeben. 31 % der jungen Menschen zwischen 18 und 29 Jahren haben sich bei dieser Wahl für die Klimaschutzpartei, die Grünen, entschieden.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Sie wurden verführt! Rattenfänger!)

Das ist auch kein Wunder, denn es ist die junge Generation, die die Fehler unserer Generation und unserer Vorgängergenerationen ausbaden muss. Wir sind nun verpflichtet, dieser Generation eine Zukunft zu geben.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Im letzten Jahr betrug der Bruttostromverbrauch – –

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

– Was ist jetzt schon wieder?

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Sie waren es, die noch Palmöl verbrannt haben und es gefordert haben! – Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der AfD)

– Ich habe noch nie Palmöl – – Ich weiß nicht, was du heute Nacht geträumt hast.

(Heiterkeit – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Meine Damen und Herren, wir sind einen weiten Weg gegangen und verzeichnen jetzt einen hohen Anteil regenerativer Energien an der Stromgewinnung. Allerdings: Es ist noch viel zu tun. Deswegen werden wir, wenn wir Klimaschutz ernst nehmen, um eine CO₂-Bepreisung nicht herumkommen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Lachen bei Abgeordneten der AfD – Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Umweltminister Franz Untersteller hat dazu ein sehr gutes Konzept vorgelegt: Wir erheben einen CO₂-Preis auf sämtliche CO₂-Emissionen und nutzen das eingesammelte Geld, um einen großen Teil der Stromsteuer und der EEG-Umlage – –

(Unruhe bei der AfD)

Präsidentin Muhterem Aras: Einen Moment! Herr Abg. Walter, warten Sie bitte. – Meine Damen und Herren, ich bitte Sie um mehr Ruhe. Herr Abg. Walter kann sich trotz Mikrophon kaum durchsetzen. Das darf doch nicht sein.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Das liegt an Herrn Walter!)

Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Meine Damen und Herren, wir brauchen die CO₂-Bepreisung – ich sage es noch einmal. Es liegt ein sehr gutes Konzept von Umweltminister Unterstel-

(Jürgen Walter)

ler vor. Danach wird auf sämtliche CO₂-Emissionen eine Besteuerung erhoben. Wir nutzen das eingesammelte Geld, um die Stromsteuer und die EEG-Umlage gegenzufinanzieren. Das bedeutet, dass der Endpreis für die Konsumenten für Strom pro Kilowatt von ca. 28 auf ca. 18 Cent fallen wird.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Das heißt, das, was für CO₂ bezahlt werden muss, bekommen die Menschen dann über den Strompreis wieder zurück. Das ist ein sehr gutes, faires und ökologisch plausibles Verfahren.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf von der AfD)

Gestern wurde eine Untersuchung vorgestellt, an der sich sehr viele Großbetriebe weltweit, aber auch in Deutschland beteiligt haben. Das Ergebnis ist: Die Betriebe rechnen mit immensen Kosten, wenn wir mit dem Klimaschutz nicht endlich Ernst machen.

(Zuruf von der AfD: So ein Quatsch! – Zuruf des Abg. Klaus Dürr AfD)

Was ich in diesem Zusammenhang noch sagen wollte: Es gibt ja auch die Studie des BDI, aus der hervorgeht: Klimaschutz schafft 0,8 % Wachstum pro Jahr.

(Lachen bei Abgeordneten der AfD – Zurufe von der AfD und des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Das heißt, der Klimaschutz ist ein Jobmotor, und den gilt es zu nutzen.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

In den letzten Jahren sind im Bereich der regenerativen Energien 350 000 Arbeitsplätze entstanden. Das müssen wir fortsetzen.

(Abg. Anton Baron AfD: Wo sind die entstanden? – Gegenruf von der AfD: In China! – Weitere Zurufe von der AfD)

– Geht doch raus, wenn ihr denkt, ihr seid hier an einem Stammtisch. Wir sind hier im Landtag von Baden-Württemberg.

(Zurufe von der AfD, u. a. Abg. Udo Stein: Auch Sie müssen mit der Opposition leben!)

Meine Damen und Herren, ein Slogan der Grünen lautete einmal: „Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt“. Dieser Slogan hat heute so viel Bedeutung wie damals vor 40 Jahren. Wir müssen eine Klimapolitik betreiben, die den jungen Generationen eine lebenswerte Welt hinterlässt.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Wenn man – nur weil es einmal im Mai ein bisschen kälter ist – glaubt, dass der Klimawandel nicht eintritt, wie ein gewisser Marc Bernhard aus dem Bundestag,

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Von welcher Partei?)

dann kann ich nur sagen – Woher der kommt, kann man sich ja vorstellen.

(Abg. Anton Baron AfD: Sie haben nur das Wetter nicht verstanden!)

Wenn jemand so wenig Ahnung vom Klimaschutz hat, sollte er sich dazu einfach nicht mehr äußern.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU – Abg. Anton Baron AfD: Das hat etwas mit dem Wetter zu tun!)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Nemeth das Wort.

(Zuruf von der CDU: Guter Mann!)

Abg. Paul Nemeth CDU: Guten Morgen, Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn man sich diese Aktuelle Debatte anhört, den Aufschlag der AfD und auch den Titel, fragt man sich schon: Was ist eigentlich das Motiv dieser Fraktion für diese Aktuelle Debatte? Geht es Ihnen jetzt um die Insekten?

(Abg. Udo Stein AfD: Auch!)

Dann muss man ja damit rechnen, dass die AfD demnächst das Autofahren verbietet; denn dabei werden tausendmal mehr Insekten getötet

(Abg. Sabine Wölfle SPD: Herr Gögel fährt ja gar nicht mehr Auto!)

als durch Windräder. Diese Gefahr besteht jetzt bei der AfD.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen – Vereinzelt Beifall bei der SPD – Lachen bei Abgeordneten der AfD – Abg. Anton Baron AfD: Super Beispiell!)

Wenn man sich die Rede des Fraktionsvorsitzenden anhört, muss man auch fragen: Weiß diese Partei nicht, dass Glaubwürdigkeit mit das wichtigste und höchste Gut eines Politikers ist? Wenn Sie die Insekten und die Vögel vorschieben, obwohl Sie eigentlich kategorische Windkraftgegner sind, dann verspielen Sie – und verlieren damit – Ihre Glaubwürdigkeit.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Abg. Andreas Stoch SPD: Welche Glaubwürdigkeit? – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Da gibt es nichts zu verlieren!)

Der nächste Punkt: Die AfD ist bei allen Veranstaltungen, bei denen es um Klimaschutz und Klimawandel geht, gar nicht anwesend. Sie beschäftigen sich mit diesem Thema gar nicht,

(Abg. Dr. Rainer Balzer AfD: Woher wissen Sie das?)

das derzeit Millionen von Menschen beschäftigt

(Abg. Carola Wolle AfD: Nur weil wir nicht bei den gleichen Veranstaltungen sind?)

und das möglicherweise Millionen von Menschen in Zukunft konkret beeinträchtigen wird. – Das weiß ich deshalb, weil

(Paul Nemeth)

Sie z. B. gestern Abend bei einer Veranstaltung der KEA und des ZSW, eines unabhängigen Instituts, das seit Jahren Energieberatung leistet, einfach unentschuldig fehlten.

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Unentschuldig! Unglaublich! – Zuruf des Abg. Emil Sänze AfD – Unruhe)

Sie interessiert dieses Thema in Wirklichkeit gar nicht, das die Menschen im Land beschäftigt. Sie haben vom Klimaschutz und von der Energiewende in Wirklichkeit keine Ahnung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU, der Grünen und der SPD)

Sie arbeiten nur mit Polemik. Mehr haben Sie in diesem Bereich nicht zu bieten.

(Zurufe von der AfD)

Das einzig Gute, das Ihre Fraktion entschieden hat, war, den Dienstwagen Ihres Fraktionsvorsitzenden zu verbieten.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU – Abg. Carola Wolle AfD: Wo ist Ihr Beitrag?)

Hoffentlich fährt er jetzt mit der Bahn, dann haben Sie wenigstens etwas für die CO₂-Bilanz getan.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen)

Meine Damen und Herren, wir müssen uns umgekehrt doch auch die Frage stellen: Warum ist Baden-Württemberg bei der Windkraft unter den Flächenländern Schlusslicht? Dahinter liegt nur das Saarland.

(Abg. Klaus Dürr AfD: Weil es keinen Wind gibt!)

Auch diese Frage ist berechtigt. Man kann und muss das im Landtag einmal besprechen.

Für die CDU ist die Linie seit Jahren, seit unserem Energiekonzept 2011, klar.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Die CDU verdient zu Recht, abgestraft zu werden!)

Wir haben nach Fukushima gesagt: Wer aussteigt, muss auch einsteigen. Die Zukunft gehört den erneuerbaren Energien,

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Die sind doch gescheitert! Sehen Sie das doch mal ein, Mensch!)

und die Windkraft ist ein Teil eines modernen Energiemixes. Die Windkraft ist eine Technologie wie jede andere. Wir, die CDU, wollen niemals technikfeindlich sein. Gerade in der Windkraft hat sich technologisch viel getan. Das haben wir auch immer gewusst.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Sie ist deswegen neben der PV, der Fotovoltaik, die günstigste Energie unter den erneuerbaren Energien. Allerdings muss natürlich auch der Wind wehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Klaus Dürr AfD: Richtig!)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Nemeth, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Fiechtner zu?

Abg. Paul Nemeth CDU: Nein, bitte nicht. Ersparen Sie uns das.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Wir wollen die Windkraft nicht um jeden Preis – das ist vielleicht ein gewisser Unterschied zu anderen Fraktionen –, sondern wir wollen sie da, wo sie sinnvoll ist.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Wenn es nicht sinnvoll ist, gibt es keinen Investor!)

Das heißt, wir brauchen windhöfliche Gebiete. Wir brauchen auch eine gesellschaftliche Akzeptanz für die Standorte. Das heißt nicht, dass wir 100 % brauchen. Es wird immer Gegner geben.

(Zuruf des Abg. Udo Stein AfD)

Aber wir, die CDU, wollen auf jeden Fall für jeden Standort auch eine gesellschaftliche Akzeptanz. Es ist wichtig für die Energiewende, dass wir auch in diesem Bereich die Menschen mitnehmen. Deswegen haben wir, die CDU-Fraktion, uns auch immer für einen Mindestabstand von 1 000 m eingesetzt. Das ist ein richtiger Weg.

(Zurufe von der AfD)

Es ist natürlich auch in Baden-Württemberg wichtig – das wird nach Recht und Gesetz auch so gemacht –, dass der Artenschutz und andere Notwendigkeiten eingehalten werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Vereinzelt Beifall bei den Grünen)

Wir sind auch der Meinung, dass wir, wenn man die Energiewende als großes gesamtgesellschaftliches Projekt sieht, keine Extraquote für den Süden bzw. Südwesten brauchen.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Es gibt bereits einen Bonus für den Süden. Das Bruttoreferenzmodell des EEG bietet den etwas windschwächeren Standorten schon heute Vorteile im Umfang von 20 bis 30 %. In Berlin wird auch über weitere Vorteile gesprochen. Da sind wir auch dafür. Wir sind aber nicht dafür, Quoten einzusetzen. Denn die Energiewende wird insgesamt nur gelingen, wenn sie effizient ist, wenn sie so erfolgreich ist, dass andere Länder uns folgen.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Und wenn die Menschen das Gefühl haben, die Energiewende ist zu teuer,

(Abg. Anton Baron AfD: Ist sie! – Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

sie ist ungerecht, sie ist chaotisch, dann ist das ein großer Fehler. Deswegen müssen wir darauf achten: Wer günstige Strompreise will, kann nicht für eine Quote sein. Denn eine Quote führt natürlich zu einem Anstieg des Preises.

(Paul Nemeth)

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Der Steinkohleabbau ist seit 1964 nicht mehr ökonomisch!)

Deswegen ist das die falsche Richtung. Das halten wir nicht für den richtigen Weg.

(Beifall bei der CDU)

Jetzt zum Windatlas. Natürlich macht der Windatlas Sinn. Das ist übrigens auch nicht der erste Windatlas; es ist der zweite.

(Zuruf der Abg. Carola Wolle AfD)

Der erste Windatlas kam von Schwarz-Gelb. Er wurde 2011 unter dem damaligen Wirtschaftsminister Pfister, FDP, veröffentlicht. Auch damals hat der Windatlas Sinn gemacht. Heute, acht Jahre später, ist die Erfahrung: Wir haben in Deutschland fast 30 000 Windräder installiert und am Drehen. In Baden-Württemberg sind es 720. Wir wollten 1 200 neue haben. Das haben wir nicht erreicht.

(Abg. Anton Baron AfD: 10 % wollten Sie!)

Die 10 % haben wir nicht erreicht.

(Abg. Anton Baron AfD: Aha!)

Es sind 3,7 % geworden.

(Abg. Anton Baron AfD: Milliarden in den Sand gesetzt!)

Auch die von der CDU geforderten 5 plus 5 % haben wir nicht erreicht.

Trotzdem ist der Windatlas eine hilfreiche Orientierung – nicht mehr und nicht weniger. Es ist kein Bebauungsplan. Natürlich müssen wir darauf achten, dass die anderen Kriterien, die es gibt – ich habe sie angesprochen –, eingehalten werden. Aber wir müssen natürlich mit solchen Hilfen arbeiten, damit die Investoren und die Öffentlichkeit wissen, wo Möglichkeiten für Windkraft bestehen. Das trägt zur Transparenz bei. Deswegen ist der Windatlas ein völlig vernünftiges Instrument, wie es alle Bundesländer einsetzen.

Es geht vielmehr, meine Damen und Herren, darum – und das nicht nur bei der Windkraft –, in allen Bereichen des Klimaschutzes, z. B. auch bei der Energieeffizienz, besser zu werden und alle Kräfte in Baden-Württemberg optimal zu bündeln, damit wir hier schneller, besser, konsequenter und effizienter vorangehen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Präsidentin Muhterem Aras: Das Wort für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Fink.

Abg. Nicolas Fink SPD: Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Die Windkraft ist zweifellos ein wichtiger Bestandteil der Energiewende. Die SPD steht zur Energiewende, und deshalb stehen wir auch zur Windkraft, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Heute wird der Windatlas zum Anlass einer Aktuellen Debatte genommen. Wir brauchen allerdings weniger Atlanten, wir brauchen auch weniger Debatten; wir brauchen mehr Handeln, und genau das vermissen wir bei dieser Landesregierung.

(Beifall bei der SPD)

Wir fragen deshalb: Wie kann die grün-schwarze Regierung die Prozesse hier besser steuern, damit der Verwaltungsaufwand für Windkraftgenehmigungen im Land nicht immer weiter steigt und die Anlagen nicht immer teurer werden? Wenn man sich also fragt, warum der Ausbau nicht vorankommt, dann wird man ehrlicherweise feststellen, dass dies auch daran liegt, dass die konkrete Umsetzung vor Ort nicht immer einfach ist.

Als ehemaliger Bürgermeister einer Schurwald-Gemeinde ist mir sehr bewusst, dass sich kein Rathauschef freut, wenn direkt an der Gemarkungsgrenze Windkraftanlagen gebaut werden.

(Abg. Anton Baron AfD: Das stimmt!)

Auch Anwohner werden selten spontane Jubelfeiern veranstalten. Denn leider zeigt sich in Bezug auf Windkraftanlagen ein Phänomen, das wir auch aus allen anderen Infrastrukturdebatten in diesem Land kennen: Abstrakt ist jeder dafür, aber sobald Einzelne direkt betroffen sind, rückt das Allgemeininteresse sofort in den Hintergrund, und das Einzelinteresse wird mit aller Massivität verfolgt.

(Abg. Anton Baron AfD: Genau!)

So möchte z. B. auch jeder ein voll ausgebautes Handynetz, aber die Funkmasten sollen bitte möglichst weit entfernt stehen. Der Ausstieg aus der Atomenergie und der Kohle wird ausdrücklich begrüßt, aber sobald auch nur ein Windrad im Blickfeld auftaucht, spielt das keine Rolle mehr. Diese Denk- und Handlungsweise lässt sich leider noch an vielen weiteren Beispielen aufzeigen.

Hier kommen wir als politisch Verantwortliche ins Spiel. Unsere Aufgabe ist der Dialog mit den Menschen, unsere Aufgabe ist die Diskussion vor Ort, und unsere Aufgabe ist die Überzeugungsarbeit zum Wohl der Allgemeinheit.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU und Gabriele Reich-Gutjahr FDP/DVP – Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Sehr gut!)

Die heutige Aktuelle Debatte hat aber ein ganz anderes Ziel: Heute sollen wieder einmal Ängste geschürt werden, um daraus politisches Kapital zu schlagen.

(Abg. Carola Wolle AfD: Ängste?)

Das ist in höchstem Maß unseriös und unredlich.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Dass die Antragsteller ihren Antrag selbst nicht ernst nehmen, lässt sich sehr leicht aufzeigen, werte Kolleginnen und Kollegen. Sinngemäß wird ja die Frage aufgeworfen, ob Anwohner, Vögel und Insekten unter der Windenergie leiden. Tat-

(Nicolas Fink)

sächlich – Zahlen sind vorhin bereits genannt worden –, durch Windkraftanlagen kommen jährlich ca. 100 Vögel um. Dem stehen aber ca. 15 Millionen Vögel gegenüber – auch das haben wir vorhin bereits gehört –, die allein an Glasscheiben sterben. Wenn ich dann noch berücksichtige, dass Haushaltsunfälle, etwa beim Fensterputzen, jährlich bis zu 9 000 Menschen das Leben kosten, dann müssten Sie eigentlich kein Burkaverbot, sondern ein Fensterverbot fordern.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der Grünen und der CDU – Zuruf des Abg. Andreas Stoch SPD)

Schauen wir doch mal auf das angebliche Leid der Insekten. Eine Studie vermittelte kürzlich den Eindruck, die Windräder würden das Insektensterben befeuern, weil zahllose Fliegen und Mücken in 80 bis 200 m Höhe gegen die Rotorblätter knallen.

Im Übrigen sagen die Autoren dieser Studie selbst, dass es noch viel zu forschen gilt und sie nicht quantifizieren können, welchen Anteil am Insektenrückgang Windkraftanlagen haben. Diese Studie hat es somit ebenfalls versäumt, ihre Zahlen in eine Relation zu setzen.

Wie viele Insekten zerschellen z. B. an Kühlergrillen und Windschutzscheiben der über 50 Millionen Fahrzeuge in Deutschland?

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Sie reden sich die Sache auch alle schön, gell?)

Leider ist hier auch das Leid für die Menschen, das Sie in Ihrem Antrag beschreiben, höher; denken wir nur an die zahlreichen Verkehrsunfälle, die Tag für Tag passieren.

Dieser Logik folgend werden Sie vielleicht demnächst folgende Aktuelle Debatte beantragen: „Hermanns Straßenatlas – müssen Anwohner, Vögel und Insekten weiter unter grün-schwarzer Verkehrspolitik leiden?“

(Zuruf: Genau!)

Werte Kolleginnen und Kollegen, auch wenn wir zum gefühlt hundertsten Mal in diesem Haus, auch bei zahlreichen unsinnigen Ausschussanträgen, die Windkraftnutzung gegen Angstschürerei verteidigen müssen, so dürfen wir uns – leider – nicht entnervt abwenden. Denn die Energiewende und der Klimaschutz sind zu wichtig.

Wenn wir irgendwann 100 % des Stroms klimaneutral erzeugen wollen und auch noch Mobilität und Wärmeversorgung durch erneuerbare Energien sicherstellen wollen – und das wollen wir seitens der SPD –, dann werden Wind- und Solarenergie nach heutigem Wissensstand den größten Anteil daran erbringen müssen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen – Zuruf des Abg. Emil Sänze AfD)

Das heißt auch, dass wir in Deutschland den Anteil der Solar- und Windenergie noch um ein Mehrfaches ausbauen müssen.

Gerade hat der neue Windatlas glücklicherweise zutage gefördert, dass es auch im Südwesten Deutschlands noch viele weitere geeignete Standorte gibt. Leider wird das aber nicht reichen, um den Ausbau voranzubringen. Aber es ist immer-

hin ein wichtiger Mosaikstein, der vielleicht auch manchen Investor wieder ermuntert.

Der Ausbau der Windkraft ist durch falsche Vorgaben bei den Ausschreibungen, aber auch durch die eingangs genannten Vorbehalte in vielen Gemeinden und Landkreisen ausgebremst, und leider sitzen Teile der Landesregierung hier ebenfalls eher im Bremserhäuschen und haben sich die anfangs erwähnten Einzelinteressen zu eigen gemacht nach dem Motto: Wir sind selbstverständlich für den Klimaschutz und für Windenergie, aber bitte nicht an diesem Fleck, bitte nicht in diesem Wald und bitte nicht in diesem Land.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Das Klima lässt sich nicht schützen!)

Das ist ja dann auch die Haltung, wenn es um Klimaschutzmaßnahmen beim Verkehr geht:

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Es gibt keinen Klimaschutz!)

Klimaschutz ja, aber bitte schön mit möglichst vielen Autos und Flügen. Wenn es um irgendwelche Kosten oder gar um Tempolimits geht, gibt es noch sehr viel an Erkenntnis zu gewinnen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Dabei redet doch die ganze Welt momentan über das Thema Klimaschutz, darüber, wie wir es möglichst schnell hinkommen, den Kohleausstieg zu meistern, darüber, die Wärmeversorgung durch Dämmung,

(Abg. Anton Baron AfD: Das ist doch so populistisch! Das ist so ein Schwachsinn!)

erneuerbare Energien und Neubau von möglichst energieautarken Häusern klimaneutral sicherzustellen, und darüber, endlich auch unsere Mobilität in weiteren Bereichen klimafreundlich umzubauen: mit mehr ÖPNV, mit mehr Schienenverkehr und auch mit neuen Antrieben.

(Abg. Anton Baron AfD: Industrienation! Ja, ja!)

Einige wenige sehen das anders: Populismus statt Wissenschaft, dumpfe Gefühle statt Erkenntnis sind Programm.

Dem stellt sich die SPD entschieden entgegen.

(Abg. Anton Baron AfD: Eijejei!)

Wir kämpfen für eine gelingende Energiewende. Wir stehen zur Windkraft und bieten wie bisher der Landesregierung unsere Unterstützung dabei an, hier und auch in Berlin den Windkraftausbau wieder flottzumachen. Ich kann nur betonen, dass wir einen weiteren Ausbau der Windenergie wollen, und zwar sowohl onshore als auch auf dem Land.

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: „Onshore und offshore“ meinen Sie! – Gegenruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Wir brauchen dafür natürlich auch mehr Fläche für Windanlagen. Wir brauchen mehr Windenergie in Baden-Württemberg, und wir brauchen weniger Schaufensteranträge. Wir, die SPD, wollen eine umweltfreundliche, CO₂-freie Stromversor-

(Nicolas Fink)

gung. Die Stromerzeugung in unserem Land soll keine strahlenden Müllatlasten hinterlassen. Die Stromerzeugung soll nachhaltig sein, sie soll generationengerecht sein, sie soll sozial gerecht sein – darüber haben wir heute noch gar nichts gehört –,

(Abg. Anton Baron und Abg. Bernd Gögel AfD: „Sozial gerecht“!)

und dafür werden wir uns weiterhin einsetzen, hier im Landtag und insbesondere vor Ort bei den Menschen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen sowie des Abg. Arnulf Freiherr von Eyb CDU – Abg. Andreas Stoch SPD: Gut gemacht! – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Sehr gute Rede)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die FDP/DVP-Fraktion erlaube ich das Wort Frau Abg. Reich-Gutjahr.

Abg. Gabriele Reich-Gutjahr FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nichts ist ohne Nebenwirkungen, auch nicht bei Bio oder Öko. Menschliches Handeln ist am Ende immer ein Eingriff in die Natur. Welche Nebenwirkungen Windenergie auf Fluginsekten, Vögel und Anwohner hat, ist das Thema der heutigen Debatte, und wir seitens der FDP/DVP hatten im März einen Antrag zu der Frage gestellt, ob sich die Windenergie als tödliche Falle bei der Fluginsektenmigration auswirkt.

Ausgangspunkt war die Untersuchung dreier Wissenschaftler. Dieses Thema wurde vorhin schon von Vorrednern angesprochen. Eine These, die dort aufgestellt wurde, ist, dass eben auch der Ausbau der Windenergie – es ist eine Frage der Menge der Windräder; es geht nicht nur um ein einzelnes Windrad – am Ende einen erheblichen Faktor für den allgemeinen Rückgang der Insektenpopulation darstellt.

Ich zitiere aus der Antwort des Umweltministers:

Insekten können durch den Betrieb von Windenergieanlagen getötet werden. Aus einer Reihe von Gründen kann jedoch geschlossen werden, dass kein Zusammenhang mit dem jüngst in der Öffentlichkeit thematisierten „Insektensterben“ besteht: ...

Ja, Pippi Langstrumpf: „Ich mach mir die Welt, wie sie mir gefällt.“

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der AfD)

Wir müssen am Ende des Tages auch so ehrlich sein, diese Thesen ernst zu nehmen und sie in den Kontext der Menge der Windräder zu stellen, die es bräuchte, um eine Energiewende stark basierend auf Windrädern aufzubauen.

Ich wiederhole noch einmal: Es gibt nichts umsonst, alles hat Nebenwirkungen – auch die erneuerbaren Energien.

Wir Freien Demokraten tragen ungeachtet dieser Anmerkungen die Energiewende mit. Es ist ganz klar: Wir müssen zügiger vorankommen; denn die Zeit drängt. 2022 sollen alle Atomkraftwerke in Deutschland vom Netz sein. Das ist nicht mehr lange hin. Bis zum Jahr 2022 sind es noch drei Jahre.

Die Kohlekommission hat einen Ausstieg aus der Kohlekraft bis 2038 vorgeschlagen. Auch das ist nicht mehr lange hin. Das heißt, die Antworten müssen stehen.

Wir sind durchaus der Auffassung, dass auch die Windenergie im Rahmen der Energiewende eine Rolle spielen soll. Was wir jedoch entschieden ablehnen, ist eine planwirtschaftliche Energiewende, die meint, dass bestimmte Technologien der Stromerzeugung einseitig bevorzugt werden müssen, die meint, dass zwischen den jeweiligen Eingriffen in Natur und Landschaft und dem konkreten energiewirtschaftlichen Nutzen einer Windenergieanlage gar nicht mehr abzuwägen ist, die die naturgegebenen, wirtschaftlichen Standortnachteile Südwestdeutschlands bei Windhöflichkeit, Topografie und Siedlungsdichte ignoriert.

Wir lehnen auch eine Energiewende ab, die nicht zur Kenntnis nimmt, dass der unkalkulierbare Zappelstrom süddeutscher Schwachwindanlagen viel schwieriger in den Strommix zu integrieren ist als beispielsweise der Strom aus Offshoreanlagen in Nord- und Ostsee, die auf fast die dreifache Auslastung kommen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

Wir Freien Demokraten wollen eine marktwirtschaftliche und technologieoffene Energiewende, welche jeder Region die Chance ermöglicht, ihre Stärken in der Energiewende einzubringen. Die sehen wir in Baden-Württemberg beispielsweise sehr viel eher in der Energieeffizienz im Wärmesektor, in der Einbindung von Holzenergie und Biomasse, bei der Innovation zur intelligenten Sektorenkopplung und natürlich bei der Speicherforschung. Denn auch das Aufbewahren erneuerbarer Energie für Zeiten ohne Verfügbarkeit ist ein elementarer Faktor für den Erfolg.

Präsidentin Muhterem Aras: Frau Abg. Reich-Gutjahr, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Fiechtner zu?

Abg. Gabriele Reich-Gutjahr FDP/DVP: Nein, im Moment nicht. – Strom aus baden-württembergischen Windenergieanlagen hingegen spielt im Energiemix keine nennenswerte Rolle. Die im Jahr 2012 von Grün-Rot ausgegebenen Ziele, bis zum Jahr 2022 gut 10 % der Bruttostromerzeugung aus der Windenergie bestreiten zu können, haben sich als Träumerei erwiesen. Wir liegen aktuell bei 3,7 %.

Wind aus der Nordsee hingegen hat eine hohe Bedeutung. Dieser tragen wir auch Rechnung durch den Bau von Sued-Link – man beachte: wir investieren hier rund 10 Milliarden €, damit der Strom aus dem Norden nach Baden-Württemberg kommt, in diesem Fall in die Gegend von Heilbronn – und Ultranet, das den Strom nach Philippsburg liefert. Das heißt, dort sind wichtige windenergetische Einflüsse für Baden-Württemberg auf den Weg gebracht.

Die Energiewende in Baden-Württemberg kann bei der Windenergienutzung nur in Kombination mit dem Norden wirklich erfolgreich funktionieren. Baden-Württemberg selbst wird das nicht schaffen; denn wollte man gar das Ziel, das 2014 einmal formuliert wurde – Integriertes Energie- und Klimaschutzkonzept –, weiterverfolgen, 25 % des Stromverbrauchs aus Windenergie decken zu wollen, dann bräuchten wir in Baden-Württemberg 2 500 Anlagen.

(Gabriele Reich-Gutjahr)

Deswegen gab es die Frage nach den Insekten und der Anzahl von Anlagen. Da gibt es natürlich einen Zusammenhang.

Man kann es sich auch nicht schönrechnen, wenn man jetzt eine Regionalquote beim Ausschreibungsmodell der Bundesnetzagentur fordert und sagt, da müsste man die hohen Bau- und Erschließungskosten im hügeligen Südwesten aus den Gesamtkosten einer Anlage herausrechnen. Wirtschaftlichkeit errechnet sich nun mal aus den Gesamtkosten, die bei der Gesteuerung entstehen, und nicht nur aus den Kosten, die mir gefallen, weil sie mir dann ein Ergebnis liefern, wie ich es gern hätte.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

Auf dieser planwirtschaftlichen Grundlage fordert Herr Untersteller zudem, dass die Bundesnetzagentur mindestens ein Drittel der Zuschläge nach Süddeutschland vergeben soll. Wir hoffen, dass die Große Koalition zumindest die Trippelschritte, die sie mit den Ausschreibungsrunden in Richtung Wettbewerb gegangen ist, hier nicht zurückgeht.

Kommen wir zum Windatlas. Wie schon gesagt wurde, hatte den ersten Windatlas einst unser Wirtschaftsminister Ernst Pfister

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Stimmt!)

als grobe Orientierung für die mittleren Windgeschwindigkeiten im Land auf den Weg gebracht. Warum Herr Untersteller nun eine Neufassung in Auftrag gibt, wenn er gleichzeitig auf der Vorstellungspressekonferenz einräumt, dass die Windenergie im Südwesten ohne planwirtschaftliche Regionalquote für Süddeutschland keine großen Chancen mehr hat, ist allerdings fraglich. Die Veränderung des Windatlases in der Systematik macht die Sache auch nicht einfacher. Darauf wurde verschiedentlich schon eingegangen.

Was uns aber ganz besonders nachdenklich macht, ist die Tatsache, dass dieser Windatlas eigentlich schon Mitte März vorlag, aber erst am 29. Mai, nach der Kommunalwahl, veröffentlicht wurde. Der Grund ist doch klar: Die Windkraft spaltet die Gesellschaft, und dies sorgt für Gegenwind, der sich in den Wahlergebnissen niedergeschlagen hätte. Also wartete man lieber bis nach der Wahl.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Grüne Heuchelei!)

Bemerkenswert war aber zudem, dass der Umweltminister die Zeit, die er dann noch hatte, nicht dazu nutzte, den neuen Windatlas koalitionsintern abzustimmen – weder mit der CDU-Fraktion, dem Koalitionspartner, noch mit der für Landesplanungsrecht und Raumordnung verantwortlichen Wirtschaftsministerin, Frau Hoffmeister-Kraut. Die systematische Ausbootung des Wirtschaftsministeriums unter Grün-Schwarz scheint inzwischen Schule zu machen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Schon beim Arbeitsschutz hielt Herr Untersteller eine Abstimmung mit dem Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau nicht für nötig. Beim angekündigten 50-Millionen-€-Paket zur Förderung der Bioökonomie scheint das Wirtschaftsministerium als zentraler Ansprechpartner der Unternehmen im Land ebenfalls völlig außen vor zu sein.

Die Taktik von Grün ist doch klar: Alles, was den Anstrich von ökologisch hat, wird in die grün geführten Ministerien gezogen. Schließlich braucht man sichtbare Symbole der Energiewende und der grünen Politik.

Man muss der Ehrlichkeit halber aber sagen: Es gehören immer zwei dazu, und die CDU macht keinen Gegenwind. Dort herrscht Energieflaute.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Anton Baron AfD:
Außer Herrn Zimmermann! „Palmöl“!)

Sie kennen das vielleicht noch aus früheren Zeiten: Da hat man Hochhäuser gebaut, um seine Macht zu zeigen. Windenergieanlagen sind so etwas Ähnliches, schrieb jemand in der „Badischen Zeitung“, vielleicht ein Symbol der sichtbaren Energiewende.

Fotovoltaik und Geothermie oder gar die effiziente Nutzung von Energie fallen nicht so auf. Ein Windrad sieht man aber. Da kann man sagen: „Guck, da tut sich etwas.“ Deswegen ist auch die Bepreisung und dann das Wiederrückgeben an die Menschen eine Mogelpackung, weil das letztlich gar nicht das fördert, was eigentlich das Wichtigste ist: Weniger Strom zu verbrauchen ist nämlich ein wesentlicher Beitrag zur Energiewende.

An dieser Stelle gilt es weiterzumachen mit den wichtigsten Dingen: die Windenergie dort einzusetzen, wo sie Sinn macht, den Bedürfnissen der Menschen Rechnung zu tragen, einen Abstand von mindestens 1 500 m in den Landesentwicklungsplan aufzunehmen und endlich mal eine Zusammenarbeit zwischen Umweltminister und Wirtschaftsministerin anzustreben, in der Bebauungsplanung für Windräder, Wohngebäude und Gewerbegebiete Hand in Hand gehen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Andrea Lindlohr
GRÜNE: Die Landesregierung macht doch keine Bebauungspläne!)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die Landesregierung erteile ich das Wort Herrn Minister Untersteller.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Das ist jetzt auch ein Segen! – Gegenruf des Abg. Andreas Stoch SPD: Bist du da sicher? – Gegenruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Ja!)

Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Franz Untersteller: Verehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Fink, Sie haben recht: Die Aufgabe der Landesregierung ist es, zu schauen, wie man das wieder in Schwung bekommt. Es ist so, dass wir hinterherhinken.

(Zuruf von der AfD: Wem oder was?)

Wir hatten 2015 53 Anlagen, 2016 120 Anlagen, 2017 123 Anlagen im Land gebaut. Dann ist es eingebrochen. Einer der wesentlichen Gründe war die Umstellung auf die Ausschreibungssystematik.

Lieber Kollege Nemeth, was ich möchte, ist, dass wir wieder dahin kommen, wo wir waren. Vor den Ausschreibungen hat-

(Minister Franz Untersteller)

ten wir in Süddeutschland, also südlich der Mainlinie, 22 % des bundesdeutschen Ausbaupotenzials. Heute haben wir 8 %. Alle Rechnungen gingen aber in der Vergangenheit, was den Netzausbau usw. betrifft, im Wesentlichen von diesen 22 % aus. Ob wir es dann auf der Grundlage von Quoten-, Bonus- oder anderen Regelungen berechnen, dafür bin ich absolut offen; das habe ich auch immer wieder betont.

Die Bundesregierung hat eingesehen, dass man dies ändern muss. Wenn Sie in den Koalitionsvertrag auf Bundesebene schauen, dann sehen Sie, dass dies auch darin steht. Meine Hoffnung ist, dass im Laufe dieses Jahres mit der EEG-Novelle – die im Herbst kommen muss; denn es werden eine Reihe von Dingen geregelt werden müssen, so z. B. die Änderung des Volumens der Ausschreibung – auch dieser Punkt, der ja im Koalitionsvertrag enthalten ist, aufgenommen wird.

Der neue Windatlas, meine Damen und Herren, zeigt, dass die Windenergie in Baden-Württemberg an mehr Stellen nutzbar ist, als bisher angenommen wurde. In erster Linie ist er – dies steht auch in der Überschrift der Pressemitteilung – eine bessere Informationsgrundlage für alle Beteiligten: für die Genehmigungsbehörden, für die Projektierer und alle anderen an den Planungen und am Bau von Windkraftanlagen Beteiligten.

(Abg. Klaus Dürr AfD: Und die Bürger?)

Nach dem alten Windatlas kamen rein nach Wirtschaftlichkeitskriterien plus/minus 3 % der Landesfläche für den Bau von Windkraftanlagen infrage,

(Abg. Klaus Dürr AfD: Mit oder ohne Förderung?)

nach dem neuen Windatlas sind es 6 %. Der alte Windatlas – ich glaube, Kollege Nemeth hat es erwähnt – wurde auf der Grundlage von Zahlen aus den Jahren 2008/2009 erstellt, damals in der Verantwortung des Kollegen Pfister, des früheren Wirtschaftsministers. Ich habe ihn dann – dies war eine meiner ersten Amtshandlungen – 2011 veröffentlicht.

Seither hat sich aber technologisch im Bereich der Windenergieanlagen und der Windenergie-technik Enormes getan. Als ich in dieses Amt kam, hatten die großen Anlagen ca. 1 MW Leistung. Heute wird keine Anlage mehr unter 4 MW Leistung gebaut.

(Abg. Anton Baron AfD: Physikalischer Grundsatz!)

Einiges hat sich geändert, z. B. die Nabenhöhe. Vor einigen Jahren hatten wir noch 120, 130 m, in den letzten beiden Jahren 140 m, und bei den neuen Anlagen sind wir bei plus/minus 160 m. Zudem wurde für die Binnenstandorte, zu denen Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz gehören, eine spezielle Anlagentechnik entwickelt.

Denn es stimmt natürlich, dass der Wind im Norden intensiver weht als im Süden. Aber es stimmt auch – dies sagen nüchterne Analysen, die wir in Auftrag gegeben haben –: Wenn man die 123 Anlagen, die in Baden-Württemberg 2017 in Betrieb gegangen sind, hinsichtlich der Erträge überprüfen lässt, wie wir es getan haben, Frau Kollegin Reich-Gutjahr, und dabei herauskommt, dass sie im Schnitt 2 000 Volllaststunden haben – eine Fotovoltaikanlage in Stuttgart oder in Sigmaringen oder sonst wo kommt auf 1 000 Volllaststunden –, dann

kann man doch nicht sagen: Das eine nehmen wir, und das andere nehmen wir nicht. Diese Wahl haben wir bei der Energiewende nun einmal nicht, sondern letztendlich brauchen wir die erneuerbaren Energien insgesamt, und es geht darum, die guten Standorte insgesamt zu nutzen.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Minister Untersteller, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Palka zu?

Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Franz Untersteller: Von wem?

Präsidentin Muhterem Aras: Von Herrn Abg. Palka.

Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Franz Untersteller: Wer ist das?

(Vereinzelt Heiterkeit)

Präsidentin Muhterem Aras: Hier.

Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Franz Untersteller: Nein, mache ich nicht.

(Heiterkeit)

Allein, meine Damen und Herren: Aufgrund des technischen Fortschritts ist es nun einmal so, dass mittlerweile Standorte infrage kommen, die vor wenigen Jahren noch aufgrund von Unwirtschaftlichkeit ausgeschlossen gewesen wären. Wie gesagt: Mit der zunehmenden Höhe der Anlagen, mit neuer Technik usw. sind nun mal Standorte dazugekommen, die vor wenigen Jahren noch nicht erschließbar gewesen wären.

Hinter dem neuen Windatlas steckt das Wissen von Expertinnen und Experten eines von uns beauftragten, sehr renommierten Ingenieur- und Planungsbüros. Das heißt, der Atlas ist auf wissenschaftlicher Basis entstanden und nicht, wie manche glauben machen wollen, politisch bei mir im siebten Stock des Umweltministeriums ausgewürfelt worden.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Was hat er gekostet?)

In den Windatlas sind die neuesten Simulationsmethoden aufgenommen worden, es sind sehr viele Daten von bestehenden Windkraftanlagen eingeflossen. Es ist nämlich auch noch einmal ein Unterschied zu 2008/2009, dass wir heute wesentlich mehr Messpunkte im Land und natürlich auch wesentlich mehr Erfahrungen durch die in den letzten Jahren gebauten Anlagen haben. All diese Dinge sind hier eingeflossen. Als Ergebnis steht mit dem neuen Windatlas nun eine deutlich verbesserte und vor allem auch zeitgemäße Informations- und Planungsgrundlage zur Verfügung, die auf dem neuesten Stand von Wissenschaft und Technik ist. Und diese unterstützt – ich habe es eingangs bereits erwähnt – die Planungsträger und die Genehmigungsbehörden bei der Arbeit.

Im Rahmen der Erstellung dieses neuen Windatlasses haben wir auch einen neuen Orientierungswert von 215 W pro Quadratmeter für Anlagen mit einer Nabenhöhe von 160 m angegeben. Der Orientierungswert ist schlicht die Maßeinheit für

(Minister Franz Untersteller)

die Windverhältnisse an einem Standort, an dem es sich wirtschaftlich lohnt, eine Anlage zu betreiben. Es geht also nur um die wirtschaftliche Windhöflichkeit, die dort betrachtet wird.

Mit dem neuen Orientierungswert werden die Anforderungen an den Standort ausdrücklich nicht abgesenkt, sondern es wird in etwa der gleiche Referenzertrag erzielt wie bei dem bisherigen Orientierungswert im alten Windatlas. Um dies einmal zu übersetzen: Die Angabe von 5,5 m pro Sekunde bei einer Nabenhöhe der Anlage von 140 m entspricht den 215 W pro Quadratmeter, die jetzt im Windatlas stehen. Das heißt, wir haben nicht die Anforderungen gesenkt, um zu mehr Hektarflächen zu kommen, sondern das Ergebnis resultiert ausschließlich aus einer Verbesserung der Technik, aus mehr Messpunkten und neuen Anlagentechnologien. Das ist das Ergebnis, und so kommt es, dass Baden-Württemberg – ich sage dazu: Gott sei Dank! – mehr wirtschaftlich erschließbare Flächen hat.

(Beifall bei den Grünen)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Minister Untersteller, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Schweickert zu?

Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Franz Untersteller: Ja, bitte.

(Abg. Thomas Axel Palka AfD: Warum das denn? –
Gegenruf des Abg. Reinhold Gall SPD: Weil er vernünftige Fragen stellen kann!)

Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP: Herr Untersteller, vielen Dank für das Zulassen der Frage. – Sie haben die neue Einheit „Watt pro Quadratmeter“ ja gerade begründet und haben gesagt, dass dies nicht zu einer Veränderung der Bewertung geführt hat. Die Einheit „Meter pro Sekunde“ konnte man noch irgendwo herleiten, das konnte auch jemand, der sich nicht damit befasst: Ich weiß, wie schnell ich fahre; ich weiß, wie an der Nordsee der Wind weht, und kann es dann in Meter pro Sekunde umrechnen. Aber würden Sie mir zustimmen, dass die neue Einheit deutlich weniger greifbar wird?

Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Franz Untersteller: Herr Schweickert, da würde ich Ihnen recht geben. Aber ich versuche es einmal zu erklären: Der Wert von 5,5 m pro Sekunde, den wir in der Vergangenheit bei 140 m Nabenhöhe für die Angabe der Windhöflichkeit genutzt haben, war so ein Kriterium. Da war das Problem: Sie haben ja die 5,5 m pro Sekunde nicht das ganze Jahr über gleichmäßig. In den Wert 215 W pro Quadratmeter fließen auch die Häufigkeit der 5,5 m pro Sekunde, der Windhöflichkeit – um es einmal so zu übersetzen –, und das Thema Luftdichte ein. Das heißt, es ist ein wesentlich komplexerer Wert – insoweit haben Sie recht –, aber er gibt sozusagen präzisere Informationen für die Fachleute.

Ich gebe Ihnen recht, für die Öffentlichkeit ist es wirklich komplexer; das kann man nicht anders sagen. Aber für die Fachleute ist es natürlich wichtig. So eine Anlage kostet heute nun mal 5 Millionen €, 6 Millionen €. Das heißt, es ist nicht ganz egal, an welchem Standort ich baue, ob es der richtige Standort ist oder nicht. Es geht natürlich darum, die besten und umfassendsten Informationen zu haben.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Genau! – Zuruf des
Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU)

Diese fließen in die neue Maßeinheit „Watt pro Quadratmeter“, die wir jetzt nehmen, ein. Das war der Grund.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Minister Untersteller, lassen Sie –

Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Franz Untersteller: Nein, ich würde gern noch ein bisschen weiter ausführen.

Ich habe es eben schon gesagt: Die Kernaussage des Windatlasses lautet, dass auf gut 6 % der Landesfläche der Wind so weht, dass man mit dem Bau einer modernen Windkraftanlage Geld verdienen kann. Aber in diesen 6 % sind z. B. artenschutzrechtliche Belange, luftfahrtrechtliche Belange usw., aber auch andere Belange natürlich nicht berücksichtigt. Auch regionalplanerische Aspekte, die möglicherweise dem Bau einer Windkraftanlage entgegenstehen, sind nicht enthalten. Das heißt, wir müssen damit rechnen – das ist aber auch klar –, dass sich die Fläche in der konkreten Planung und Prüfung dann auch noch um einiges reduziert.

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Sind die Abstände drin?)

– Bei den Abständen bleibt es wie bisher.

(Abg. Anton Baron AfD: Aber die Anlagen werden doch höher!)

Wir haben uns darauf verständigt – ich denke, das ist auch richtig –, dass wir sagen: Es geht um immissionsschutzrechtliche Anforderungen, und diese sind eingehalten bei mindestens 700 m Abstand. Aber es kann auch nach oben hin abgewichen werden, wenn es sich vor Ort in den jeweiligen planungsrechtlichen Verfahren begründen lässt. Davon haben in der Vergangenheit durchaus etliche auch Gebrauch gemacht.

Genau Aussagen über realisierbare Standorte können wir, das Ministerium, nicht treffen. Das ist auch in Zukunft nur bei konkreter Planung und bei konkreten immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren möglich. Daran wird sich überhaupt nichts ändern.

Wir brauchen – das will ich auch noch einmal sagen – den Windkraftausbau in Baden-Württemberg.

(Zuruf von der AfD: Warum?)

Frau Reich-Gutjahr, von einer Partei, die in der Vergangenheit den Blick auch immer auf den Wirtschaftsstandort gerichtet hat, würde ich eigentlich erwarten, dass sie sich Gedanken macht über die Frage: Wo kommt denn eigentlich in Zukunft der Strom an diesem Standort her, wenn 50 % Kernenergie bis 2020 wegfallen,

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Gar nicht mehr! Die Lichter gehen aus!)

wenn der Kohleausstieg kommt? Baden-Württemberg ist der zweitgrößte Steinkohlenutzer in Deutschland nach Nordrhein-

(Minister Franz Untersteller)

Westfalen. Aber wir haben in Baden-Württemberg einen Stromverbrauch von 76 Milliarden kWh. Wir erzeugen in Baden-Württemberg heute noch 59 Milliarden kWh, Tendenz sinkend. Ende dieses Jahres fallen 10 Milliarden kWh weg durch die Abschaltung von Philippsburg. Danach kommt die Abschaltung von Neckarwestheim, und dann kommt der Kohleausstieg.

Das heißt, Steckdosen allein helfen mir noch nicht sehr viel weiter, sondern ich brauche auch eine Erzeugung hinter der Steckdose.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und des Abg. Peter Hofelich SPD)

Hinter der Steckdose heißt für mich: Ich brauche Erzeugung hier in Baden-Württemberg – diese sollte möglichst CO₂-frei sein –, und ich brauche – da sind wir uns wieder einig – den Zubau der Netze von Nord nach Süd, um auf die großen Kapazitäten in Norddeutschland zuzugreifen. Das ist das Thema. Diese beiden Dinge brauchen wir im Stromsektor.

All die anderen Fragen wie Energieeffizienz und was da alles vorhin noch an Themen gekommen ist, das ist ja alles richtig. Es hilft mir aber nicht, um Versorgungssicherheit im Stromsektor zu gewährleisten. Deswegen sind das die beiden ganz wesentlichen Themen. Dann können wir uns nicht bei den regenerativen Energien aussuchen, was wir da nehmen, sondern letztendlich sind wir darauf angewiesen, die Potenziale sowohl bei der Fotovoltaik als auch bei der Biomasse, als auch bei der Wasserkraft, als auch bei der Windkraft auszunutzen.

(Abg. Anton Baron AfD: Wer soll das noch bezahlen?)

Immerhin – das will ich auch noch einmal betonen – ist die Windkraft zusammen mit der Fotovoltaik mittlerweile, was die Kostenseite betrifft, auf einem Niveau unterhalb neuer konventioneller Anlagen.

(Abg. Anton Baron AfD: Deswegen haben wir den zweithöchsten Strompreis!)

Daher wäre es natürlich alles andere als „schwäbisch“, wenn wir eine solche Technologie hier im Land nicht nutzen würden.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf von den Grünen: Richtig!)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Minister Untersteller, lassen Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Reich-Gutjahr zu?

Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Franz Untersteller: Bitte.

Abg. Gabriele Reich-Gutjahr FDP/DVP: Danke, Herr Untersteller. – Sie haben gerade über das Thema „Import/Export und Selbsterzeugung in Baden-Württemberg“ gesprochen. Wir sind uns aber sicher auch einig, dass die Energiewende nicht allein lokal gedacht werden kann. Baden-Württemberg war immer schon Importeur. Welche Importquote haben wir heute, und wie viel werden wir nach Ihrem Konzept in der Zukunft noch von außen hereinholen müssen? Haben Sie da Zahlen?

Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Franz Untersteller: Wenn Sie darunter, Frau Kollegin Reich-Gutjahr, mehr Import von Nord nach Süd verstehen, dann werden wir mehr haben. Das ist auch logisch. In Norddeutschland stehen gegenwärtig rund 30 000 Anlagen. Es wird weiterhin verstärkt offshore ausgebaut, auch von Unternehmen aus diesem Land. Damit wir diese Anlagen nutzen können, brauchen wir Projekte wie SuedLink und wie Ultranet. Daran hat diese Landesregierung nie einen Zweifel gelassen.

Übrigens: Ich bin ein bisschen stolz darauf, dass wir hier in Baden-Württemberg entlang unserer 90 km Trassen der SuedLink keinen Widerstand haben. Das hängt vielleicht auch damit zusammen, dass wir sehr frühzeitig mit der Bevölkerung hier in die Diskussion gegangen sind, die Dinge erklärt haben, erklärt haben, warum das notwendig ist – –

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Unterirdisch!)

– Gut, dass es unterirdisch ist, hätte ich jetzt nicht unbedingt gebraucht; aber es ist, wie es ist. Es ist beschlossen.

(Zurufe)

Das ist wesentlich teurer. Es hat natürlich auch noch mal zu Verzögerungen geführt. Die Vorteile sind durchaus die, die Kollege Reinhart erwähnt hat, nämlich, dass die Kritik nachgelassen hat. Aber wir sehen natürlich auch, dass in anderen Bundesländern – ich nenne Thüringen, Hessen und Bayern – diese Kritik nicht nachgelassen hat. Dort haben wir nach wie vor mit erheblichen Widerstandspotenzialen zu rechnen.

Es gibt aber – das will ich ausdrücklich sagen – keine Alternative dazu. So gesehen haben Sie natürlich recht: Wir haben zukünftig einen höheren Bedarf, wenn bei uns solche großen Kapazitäten wegfallen.

Es geht aber nicht – auch technologisch; das funktioniert nicht –, dass wir hier unten mehr oder weniger komplett auf Eigenenerzeugung verzichten. Wir brauchen vielmehr, damit das ganze System funktioniert, in einem gewissen Umfang auch hier im Süden Energieerzeugung. Deswegen mache ich mich stark für den Ausbau der erneuerbaren Energien – und hierzu gehört auch die Windenergie, und zwar in dem Umfang, wie ich es heute darzustellen versucht habe.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU sowie des Abg. Gernot Gruber SPD)

Präsidentin Muhterem Aras: In der zweiten Runde erteile ich das Wort für die AfD-Fraktion Herrn Fraktionsvorsitzenden Gögel.

Abg. Bernd Gögel AfD: Frau Präsidentin, vielen Dank. – Noch einmal zu den Grünen: Wenn Sie Ihre Stammklientel, die Umweltschützer, die Naturschützer, verlassen, wird es Ihnen gehen wie der SPD, die die Arbeitnehmerschaft verlassen hat und heute um den Einzug in die Parlamente bangen muss.

(Beifall bei der AfD)

Wir kümmern uns gern um den Naturschutz und übernehmen dieses Kapitel gern von Ihnen.

(Bernd Gögel)

(Vereinzelt Beifall – Abg. Reinhold Gall SPD: Meine Güte! – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Ich wusste gar nicht, dass Sie über Humor verfügen!)

Ich sage Ihnen: Solange Sie Strom und damit auch Ihren Windstrom nicht speichern können, brauchen Sie die Erzeugung auch nicht in dieser Form auszubauen.

Ich nenne Ihnen nun einen großen Naturschützer, nämlich Reinhold Messner, der Ihnen etwas ins Stammbuch schreibt:

Alternative Energiegewinnung ist unsinnig, wenn sie genau das zerstört, was man eigentlich durch sie bewahren will: die Natur.

(Beifall bei der AfD – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Jawohl!)

Präsidentin Muhterem Aras: Nun erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Fiechtner.

(Oh-Rufe von den Grünen und der SPD – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE zu Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Sind Sie eigentlich noch im Stuttgarter Gemeinderat, oder ist das schiefgegangen? – Unruhe)

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Sehr verehrte Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen, sehr geehrte Herren! Massenpsychosen und Lügenmärchen wie die, der Mensch könne das Klima retten – ein völliger Schwachsinn! –, CO₂ sei ein gefährliches Klimagas – absoluter Unsinn; CO₂ ist das Gas des Lebens – – Grüne Energiepolitik mit archaisch-veralteter Technologie ist tödlich, ob es nun Windräder sind, die für Vögel und Fledermäuse tödlich sind, oder Wasserkraftwerke, die Biber und Fische töten. Das alles ist bekannt und wird bislang billigend in Kauf genommen. Und die CDU macht mit – da ist es kein Wunder, welche Ergebnisse Sie hier einfahren.

(Lachen des Abg. Sascha Binder SPD)

Die Ergebnisse der Modellrechnung des DLR sind daher eigentlich nicht sonderlich verwunderlich. Dass ein Windrad, das sich in drei Sekunden einmal dreht, einer gigantischen Fliegenklatsche gleicht, liegt auf der Hand. Die Windkraftbranche sieht darin kein Problem; schließlich produziere man kein CO₂ – was wiederum ebenfalls eine Gefährdung für Insekten darstelle. Eine solche Argumentation erinnert an archaische Kulturen, die ihren Popanzgötzen Opfer darbrachten, um das Überleben der anderen zu sichern.

Die Argumentation der Naturschützer hingegen lautet: Was macht schon die Zahl von 1 200 t toter Insekten durch Windräder aus, wenn durch Vögel jährlich 400 000 t gefressen werden? – Übrigens, was diesen Vergleich anbelangt: 40 Millionen Autos töten etwa dieselbe Zahl von Insekten wie 30 000 Windräder. Was die Zahl der getöteten Vögel betrifft, gab es 3 550 nachgewiesene Kollisionsopfer, wobei die Dunkelziffer hier vermutlich noch viel höher ist.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Ist das der feichtnersche Weltatlas, oder was?)

Interessant daran ist, dass dies dieselben Menschen sind, die darauf beharren, dass der Anteil von 4 % an CO₂, der menschengemacht ist, entscheidend für so etwas wie Klimawan-

del sein soll. Man legt sich die Argumentation eben immer so zurecht, wie es gerade passt – die klassische Heuchelei der grünen Khmer.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Das gilt erst recht, wenn man bedenkt, dass die Anzahl der Windräder – leider – steigen wird und dadurch noch mehr Tiere grausam sterben werden und unser Land verschandelt wird und die Menschen gequält werden. Aber wie so oft geht es bei der grünen und der roten Politik leider nicht darum, gemeinsam die beste Lösung zu finden. Durch Lüge, Angstmacherei und Kindesmissbrauch soll letztlich die totalitäre Macht erungen werden.

(Zurufe – Unruhe)

Während die Sozis und die Grünen Greta – die sich übrigens ursprünglich für Atomkraft ausgesprochen hat – hofieren, gelingt dem 12-jährigen Jack Oswald seine erste Kernfusion in seinem Kinderzimmer. Sowohl er als auch sein Vorbild Taylor Wilson ...

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Fiechtner, kommen Sie bitte zum Schluss. Ihre Redezeit ist zu Ende.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): ... – ich komme zum Schluss, Frau Präsidentin –, der mit 14 Jahren eine Kernfusion erzeugte, haben ein Ziel: eine saubere Kernfusion.

Werden wir also vernünftig, legen wir die Massenpsychosen ab, stellen wir uns gegen diese fanatisch-totalitäre, zivilisationszerstörerische Politik der Grünen,

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Kann es sein, dass Sie gerade abgewählt wurden?)

stehen wir endlich auf, werden wir vernünftig! Werden Sie, CDU, endlich vernünftig, und tun Sie etwas gegen diesen Wahn. Sonst schafft sich Deutschland wirklich ab.

(Vereinzelt Beifall bei der AfD – Abg. Nese Erikli GRÜNE zur AfD: Da applaudiert ihr noch? Schämt euch! – Unruhe)

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aktuelle Debatte beendet und Punkt 1 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der FDP/DVP – Gesetz über die Berufliche Realschule (Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für Baden-Württemberg) – Drucksache 16/5290

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Kultus, Jugend und Sport – Drucksache 16/6061

Berichterstatteerin: Abg. Elke Zimmer

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

In der Aussprache erteile ich das Wort für die Fraktion GRÜNE Frau Abg. Boser.

Abg. Sandra Boser GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir befassen uns heute mit einem Gesetzentwurf der Fraktion der FDP/DVP, der in der Zielsetzung an vielen Stellen mit falschen Signalen versehen ist. Die Haupt- und Werkrealschule bei uns im Land verfügt derzeit über stabile Schülerzahlen. Die sind nicht hoch, aber die Haupt- und Werkrealschule hat sich in den letzten drei Jahren an den Standorten, die noch da sind, gefestigt. Das, was jetzt mit dem Gesetzentwurf der Fraktion der FDP/DVP versucht wird, bedeutete in der Umsetzung eine Verunsicherung der Haupt- und Werkrealschulen bei uns im Land, ebenso wie auch unserer erfolgreichen beruflichen Schulen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Es gab in der Vergangenheit verschiedene Versuche, die Stärkung der Haupt- und Werkrealschule weiter voranzubringen. Ich erinnere an die schwarz-gelbe Regierung, die in der Fläche den Versuch der Erneuerung und der Stärkung der Hauptschule mit der Werkrealschule gestartet hat. Wir haben in der letzten Legislaturperiode verschiedene Maßnahmen auf den Weg gebracht, beispielsweise, dass alle Hauptschulen Werkrealschulen werden konnten. Dann haben wir vor allem eines getan: Wir haben mit der Einführung der Gemeinschaftsschule den Werkrealschulen die Möglichkeit gegeben, alle Abschlüsse in der Fläche vorzuhalten. Dies hat dazu geführt, dass wir heute in der Fläche stabile Schülerzahlen haben, damit dort am Ende jeder den für ihn besten Schulabschluss erreichen kann.

Sie wollen jetzt mit diesem Konzept gerade die Gemeinschaftsschulen, die erfolgreich sind und mit denen wir den Hauptschulabschluss auch in der Fläche weiter vorhalten, schwächen. Sie wollen an dieser Stelle die Axt anlegen. Das können wir, die grüne Fraktion, nicht akzeptieren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Dieses Konzept, das Sie mit diesem Gesetzentwurf vorlegen – das sagen nicht nur wir, die Koalition, sondern das wird Ihnen vor allem von den Wirtschaftsverbänden mit auf den Weg gegeben –, ist in der Fläche nicht umsetzbar.

Sie schlagen vor, dass ab der siebten Klasse jede Schülerin und jeder Schüler der Haupt- und Werkrealschule einen Tag an einer beruflichen Schule verbringt. Sie sagen aber nicht, wie das in der Realität umsetzbar sein soll. Denn wir haben in der Fläche die Haupt- und Werkrealschule, aber nicht überall ist eine berufliche Schule vor Ort. Sie würden damit für diese Schülerinnen und Schüler weite Schulwege verursachen. Gerade für schwächere Schülerinnen und Schüler bedeutete das einen enormen Aufwand. Daher lehnen wir diesen Gesetzentwurf auf jeden Fall ab.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU)

Die Stärkung der beruflichen Orientierung, wie Sie sie jetzt mit dem Gesetzentwurf erreichen wollen, haben wir bereits an vielen Stellen umgesetzt. Wir haben das neue Fach „Wirtschaft/Berufs- und Studienorientierung“ an jeder Schulart eingeführt. Wir haben damit auch für die berufliche Orientierung neue Möglichkeiten geschaffen, beispielsweise durch mehr Praxisorientierung, durch mehr Praxis in den Unternehmen.

Viele Unternehmen in unserem Land nehmen BOGY-Schüler und Berufspraktikanten auf. Wir haben BoriS als ein Siegel, mit dem die berufliche Orientierung an den Schulen verankert wird. Es gibt sehr viele Kooperationen zwischen Handwerksbetrieben, Industrie, Haupt- und Werkrealschulen und den anderen Schularten.

Wir müssen darauf setzen, dass die Betriebe den Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit geben, dort ein Berufspraktikum zu machen. Damit stärken wir die berufliche Orientierung – aber nicht dadurch, dass Schülerinnen und Schüler quer durch das Land an eine berufliche Schule gekarrt werden.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU
– Zuruf von den Grünen: Richtig!)

Am Ende wäre dieses Konzept nicht für alle Haupt- und Werkrealschulen umsetzbar. So hat es uns ja auch die IHK mit auf den Weg gegeben. Am Ende würden manche Schulen diese berufliche Realschule gegebenenfalls einführen können, andere aber nicht. Wir hätten damit eine weitere neue Schulart bei uns im Land. Die Zerstückelung würde weiter vorangehen. Daher lehnen wir diesen Gesetzentwurf ab.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Wahlfreiheit ist keine Zerstückelung!)

– Wir hätten damit nochmals eine weitere Schulart bei uns. Wir hätten Haupt- und Werkrealschulen, die berufliche Realschule, die allgemeine Realschule, die Gemeinschaftsschule, das Gymnasium.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Falsch!)

– Natürlich, denn Sie könnten am Ende nicht allen Haupt- und Werkrealschulen die Möglichkeit geben, dass die Schülerinnen und Schüler in der siebten Klasse

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Doch!)

an eine berufliche Schule gehen.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Im Blockunterricht selbstverständlich!)

Sie haben in Ihrem Gesetzentwurf keine Antwort auf genau diese Frage gegeben.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Doch!)

– Nein, darin steht: Die Schülerbeförderung muss vor Ort geregelt werden.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Richtig!)

Sie sollte am Ende vor allem kostenfrei sein. Sie sagen nicht, wie die Schülerbeförderung kostenfrei gestaltet werden soll. Das, was Sie hier mit auf den Weg gäben, wäre eine Belastung der kommunalen Finanzen. Daher haben Sie in Ihrem Gesetzentwurf genau auf diese zentrale Frage keine Antwort gegeben.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU
– Zuruf des Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP)

(Sandra Boser)

Zum Abschluss möchte ich noch ein Zitat aus der Stellungnahme zu dem Gesetzentwurf anführen. Da heißt es:

Letztlich sind nicht die Schulart, deren Bezeichnung oder schulstrukturelle Fragen entscheidend, sondern das jeweilige Konzept. Hier sind die bestehenden Ansätze der individuellen Förderung, des längeren gemeinsamen Lernens und des binnendifferenzierten Unterrichts, wie sie im Rahmen der Gemeinschaftsschule erfolgreich umgesetzt werden, zu beachten und als Maßstab, der sich bewährt hat, zugrunde zu legen.

Das sagt der Baden-Württembergische Handwerkstag. Dem ist nichts mehr hinzuzufügen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU
– Abg. Martin Grath GRÜNE: Bravo!)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Haser das Wort.

Abg. Raimund Haser CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute reden wir zum zweiten Mal über den Gesetzentwurf der FDP/DVP, der es Schülerinnen und Schülern der Haupt- und Werkrealschulen ermöglichen will, zeitweise in Berufsschulen unterrichtet zu werden. Abgesehen davon, dass wir, wie es Kollegin Boser schon ausgeführt hat, die praktische Umsetzung infrage stellen – wie sollen z. B. 13-Jährige nur für einen kurzen Zeitraum statt in der Stadt A in die Werkrealschule in die Stadt B in die Berufsschule gehen? –, liegt der inhaltliche Ansatz des Gesetzentwurfs knapp daneben.

Das Gute an diesem Gesetzentwurf ist aber, dass er uns die Möglichkeit gibt, eine wichtige und sehr einfache Botschaft zu senden: Die Haupt- und Werkrealschulen sind quicklebendig. Sie sind ein wichtiger Baustein unserer Bildungsarchitektur, und wir werden weiter daran arbeiten, dass es auch so bleibt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen
– Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Jeden Tag! Sehr gut!)

Der Ansatz Ihres Vorstoßes ist richtig, die Lösung aber ist falsch. Denn die Übergänge in Beruf und Ausbildung aus den Haupt- und Werkrealschulen heraus scheitern ja nicht an fehlender Orientierung, sondern sie scheitern am Rechnen, am Lesen, am Pünktlich-zur-Arbeit-Kommen und an dem, was man gemeinhin Sozialverhalten nennt.

(Zuruf des Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP)

Dass Sie sich ausgerechnet da die Haupt- und Werkrealschulen ausgesucht haben, um über berufliche Orientierung zu reden, wundert mich. Genau dort gibt es ja Werkstätten in den Schulen, handwerklichen Unterricht. Da wird Alltagskompetenz zwar nicht als Fach, aber fächerübergreifend thematisiert.

Und wer hat denn auch bei Ihnen im Wahlkreis Kooperationen mit der Wirtschaft? Das sind doch die Haupt- und Werkrealschulen; das sind in der Regel eben nicht die Gymnasien.

Jeder aus diesen Schulen, der geradeaus laufen kann, wird von den Betrieben mit Handkuss genommen, und er wird weiter

gefördert. Die Betriebe leisten durch ihre duale Ausbildung wertvolle Arbeit – nicht nur für sich, sondern auch für die ihnen anvertrauten jungen Menschen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen)

Aus denen wird dann ja auch etwas.

Ich war in der letzten Woche bei einem Mittelständler, der unersetzbare Teile für die weltweite Chipproduktion herstellt. Auf die Frage, was er denn studiert habe, sagte er mir: „Ich bin Kfz-Mechaniker.“ Er hat alles, was ein Unternehmer braucht: Er weiß, wie man Probleme löst, er weiß, dass Umsatz nicht gleich Gewinn ist, und er kann gut mit Menschen umgehen. Das genügt, um weltweit erfolgreich zu sein. Solche Fertigkeiten lernt man auf jeder Schule, wenn man mit Menschen zu tun hat, die an einen glauben.

Umgekehrt wie von der FDP/DVP vorgeschlagen wird doch ein Schuh aus der Sache. Teuer für den Staat und bitter für den jungen Menschen selbst ist nicht, wenn jemand als 13-Jähriger nicht weiß, ob er Zimmermann, Schreiner oder Metzger werden soll. Teuer ist es vielmehr, wenn ein 15-Jähriger immer noch keinen Brief schreiben und immer noch keine Mehrwertsteuer ausrechnen kann.

Teuer ist es auch, wenn junge Menschen erst Abitur machen, dann überlegen, was sie damit anfangen sollen, danach erst einmal in Australien über ihre Zukunft nachdenken,

(Heiterkeit des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

anschließend irgendetwas aus dem Bauchladen von 13 000 Studiengängen in Deutschland herausziehen und schließlich nach drei Jahren Studium merken, dass sie eigentlich schon immer Altenpfleger werden wollten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Abg.
Sandra Boser GRÜNE – Staatssekretärin Friedlinde
Gurr-Hirsch: Was gut ist!)

Über das Thema Berufsorientierung werden wir in diesem Haus noch oft sprechen. Sie wissen selbst, dass wir diesbezüglich große Schritte getan haben, an allen Schularten. Aber Ihr Gesetzentwurf wird dazu keinen Beitrag leisten. Deswegen lehnen wir ihn ab.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen
– Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sehr gut!)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die AfD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Balzer das Wort.

Abg. Dr. Rainer Balzer AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Kollegen Abgeordnete! Die Grundtendenz dieses Gesetzentwurfs, die Stärkung des beruflichen Bezugs, des Praxisbezugs, ist grundsätzlich durchaus zu befürworten.

(Beifall des Abg. Klaus Dürr AfD)

Doch die Werkrealschule, die nach dem Willen der Freien Demokraten durch eine berufliche Realschule ersetzt werden soll, hat bereits eine starke berufliche Orientierung – auch die Hauptschule. Wozu dann dieser Gesetzentwurf?

(Dr. Rainer Balzer)

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Ich erkläre es Ihnen!)

– Sie haben schon im Ausschuss versucht, das zu erklären, und es ist misslungen.

(Heiterkeit und Beifall bei der AfD – Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Sie sind für die besten Argumente nicht zugänglich!)

Durch das Wiederholen – das wissen Sie als Lehrer doch auch – ändert sich nicht der Inhalt, sondern nur die Tiefe des Lernens.

Der Gesetzentwurf der FDP/DVP würde die Berufsfachschulen, die erfolgreiche Wirtschaftsschule, die zweijährige Berufsfachschule Metall, die zweijährige Berufsfachschule Elektro, belasten und würde Schüler dort abziehen.

Wir hätten in Zukunft eine Aufteilung, die noch weiter aufgesplittet wäre – wir haben uns eben im Kleinen schon darüber unterhalten –: Wir hätten dann die berufliche Realschule, die „normale“ Realschule, die Gemeinschaftsschule, die Berufsfachschule, das berufliche Gymnasium, das „normale“ Gymnasium usw.

Mit Ihrem Gesetzentwurf würden die bewährten Schulen – Realschule und Berufsschule – kannibalisiert. Das ist relativ leicht vorhersehbar, da die Anzahl der Schüler zwar natürlich ein bisschen ansteigt, aber nicht in diesem Maß.

Wir hingegen möchten die bewährte Realschule und die beruflichen Schulen erhalten respektive stärken.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Meine Damen und Herren, wo liegen die Probleme in der schulischen Wirklichkeit? Sie sind doch nicht in den vielen Schularten zu suchen. Problematisch hingegen sind das mangelnde Leistungsniveau und die mangelnde Aufmerksamkeit. Ein Ansatz zur Lösung könnte die Rückführung der Fächerverbände sein, um die Werkrealschulen und die Hauptschulen, die es noch gibt, wieder zu leistungsorientierteren Schulen zu machen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Zwei Beispiele: MNT, Materie – Natur – Technik, so heißt ein Schulfach. Dabei werden Fächer miteinander verbunden, die nicht wirklich etwas miteinander zu tun haben: Physik, Chemie und Biologie. Das sollte wieder getrennt unterrichtet werden.

Noch krasser ist das Fach MSG: Musik – Sport – Gestalten. Was, bitte, hat der Musikunterricht mit dem Sportunterricht zu tun?

(Abg. Klaus Dürr AfD: Nichts!)

Oder auch WZG, Welt – Zeit – Gesellschaft. Es ist, sagen wir es einfach einmal auf gut Badisch-Ehrlich, doch so: Wer einen Plattfuß hat, der kann vielleicht singen, und jemanden, der nicht singen kann, den kann man auch irgendwie durchwinken.

Meine Damen und Herren, wir sollten hier ein Mindestmaß an Leistungsgedanken und Leistungserwartung beibehalten.

Ich bezweifle – das wissen Sie ja, Frau Boser –, dass der Slogan „Kein Kind zurücklassen“ uns wirklich immer genutzt hat. Auch Sie wissen ja: Was nichts kostet, ist nichts wert, und wofür man sich nicht anstrengen muss, das gilt – wir Lehrkräfte wissen das ganz genau – auch bei jungen Leuten als nicht besonders erstrebenswert.

Wir haben schon im Ausschuss auf die mangelnde Praktikabilität des FDP/DVP-Konzepts hingewiesen: Entfernungen, Organisation usw. Das brauchen wir hier nicht zu besprechen. Die Aussage bleibt aber: Mit einer weiteren Veränderung der Schulstrukturen kommen wir der Lösung schulischer Probleme nicht näher. Wir müssen an die Unterrichtsinhalte, nicht an die Schulstruktur denken.

Im Übrigen: Baden-Württemberg hatte in der vergangenen Legislaturperiode schon genug grün-rotes Schulartenchaos. Deswegen ist dieser Entwurf ein weiteres falsches Signal an die Eltern, an die Schüler und wahrscheinlich auch an die Lehrer. Er ist schlicht und ergreifend unnötig. Wir brauchen keine neuen Schulformen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Die allgemeinbildenden Schulen sollen Allgemeinbildung vermitteln. Die beruflichen Schulen haben den Heranwachsenden neben der Praxis in der Ausbildungsstätte die notwendige theoretische Bildung zu geben. An diesem Grundprinzip wollen und sollten wir festhalten.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Vermitteln die beruflichen Schulen aus Ihrer Sicht keine Allgemeinbildung?)

Wir wollen dem Handwerk wieder einen hohen Stellenwert geben. Konkret – das wäre ein schöner Ansatz –: In Baden-Württemberg kommt das Fach Werken in der Grundschule nur in Verbindung mit dem Fach Kunst vor. Das ist dem Land der Tüftler und Erfinder nicht angemessen. Hier brauchte es eine Hinführung an das Handwerk.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Wichtig ist die Anregung des Berufsschullehrerverbands. Dieser sagte, eine Kooperation der Werkrealschule mit der zweijährigen Berufsfachschule – ich habe es vorhin schon mal aufgezählt – wäre grundsätzlich zu befürworten. Hier könnten eben entsprechende Begabungen frühzeitig erkannt und gefördert werden.

Der Grundschulverband hat – das wissen Sie – bemängelt, das im Gesetzentwurf beschriebene Modell lasse assoziieren, dass der frühe Besuch einer beruflichen Schule vor allem für bildungsschwache Schülerinnen und Schüler wichtig sei. Wie schon bemerkt, ist dagegen die Bedeutung der handwerklichen Tätigkeit für alle Schüler gut und wichtig und daher wünschenswert. Deshalb ist das Etikett „Nur für die weniger intellektuell Begabten“ – ich betone: natürlich in Gänsefüßchen – zu vermeiden. Junge Menschen haben ein feines Gespür dafür, wenn sie nur instrumentalisiert werden.

Natürlich gehört zur Wahrheit in den Haupt- und Werkrealschulen – das wissen Sie so gut wie ich –, dass ein gewisser, zu hoher Prozentsatz von Schülern eher lustlos ist. Dafür gilt es die passenden Konzepte zu entwickeln. Das ist keine Frage neuer Schulstrukturen, sondern der Inhalte.

(Dr. Rainer Balzer)

Wir sind aus den genannten Gründen vom Gesetzentwurf nicht überzeugt und werden denselben ablehnen.

Danke sehr.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Kleinböck.

Abg. Gerhard Kleinböck SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen! Es ist jetzt schon vieles gesagt worden. Ich werde es auch nicht wiederholen. Einen Aspekt will ich aber mal einfließen lassen: Liebe FDP/DVP, warum traut ihr denn den Lehrerinnen und Lehrern an den Haupt- und Werkrealschulen nicht zu, die Kompetenz der beruflichen Beratung zu haben? Warum soll diese an die beruflichen Schulen verlegt werden? Auf der einen Seite wollt ihr die Haupt- und Werkrealschulen mit so einem Gesetzentwurf retten, und auf der anderen Seite sprecht ihr den Lehrerinnen und Lehrern dort diese doch wichtige Kompetenz ab.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Nein! Unsinn!)

Ich sehe da schon einen gewissen Widerspruch.

Ich will anknüpfend an das, was mein Vorredner hier gesagt hat, auch noch mal eines deutlich machen: Das Handwerk ist heute auch darauf angewiesen, gut qualifizierte Schulabgänger zu bekommen, weil auch die Handwerksberufe zunehmend hoch technisiert sind.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Daher brauchen wir, denke ich, hier nicht über Gering- oder Höherqualifikationen zu reden und brauchen nicht so einen grundlegenden Ansatz, wie er in dem vorgelegten Gesetzentwurf vorgesehen ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, noch ein Aspekt zur Schülerbeförderung. Wir haben insgesamt, glaube ich, etwa 285 berufliche Schulen in Baden-Württemberg – kaufmännisch, gewerblich, technisch –, wir haben sozialwissenschaftlich orientierte Ausbildungsberufe. Mit wem sollen die denn dann diese Kooperationen schließen? Das ist mir völlig unklar. Es macht nach meinem Dafürhalten wenig Sinn, die Schüler der beruflichen Realschule schon von vornherein in eine bestimmte Richtung lenken zu wollen.

Jetzt verrate ich noch ein paar Überlegungen aus meiner aktiven Zeit als Schulleiter. Sie wissen, ich war Schulleiter in Südhessen. Da gab es mal eine Kultusministerin aus Ihren Reihen.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Gute Frau!)

– Ja, gute Frau. Deshalb ist sie jetzt auch in Europa.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Daher ist das, was ich da jetzt lese, nicht ganz neu. Davon sind ja ein paar Ideen auch schon zu meiner Zeit als Schulleiter durch die Gegend gewabert. Wir hatten uns im Schulleitersprengel damit auseinandergesetzt. Es war für uns auch klar: Das ist keine Lösung für die Probleme, die es in den Haupt- und Werkrealschulen gibt, sondern es ist ein Lösungsansatz von Kooperationen, der ohnehin mit unseren Info-Tagen an

den beruflichen Schulen bestand, wo wir diese Berufsorientierung natürlich auch auf einer verbindlichen Ebene an die Abgänger der Haupt- und Werkrealschulen bzw. Realschulen vermitteln wollten.

Daher sage ich: Diese Kooperationsideen kann man unterstützen, aber in dieser Form, wie Sie es vorschlagen, ist es nach meinem Dafürhalten ungeeignet.

Ich darf Ihnen auch sagen: Die freundliche Rückmeldung, die von Verbänden kommt, kann man so bewerten, wie Sie es machen. Aber diese freundliche Rückmeldung ist nicht mit einer Zustimmung der Verbände zu verwechseln. Das sehe ich an dieser Stelle überhaupt nicht. Auch meine Gespräche mit Schulleiterinnen und Schulleitern zeigten mir eher, dass abgewinkt und von dieser Idee abgeraten wird.

Mein Fazit: Die erste Debatte hier im Haus, die Debatte im Ausschuss und auch die Debatte heute zeigen, dass Bildungspolitik nicht die zentrale Kompetenz der FDP ist.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Kern.

Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die heutigen Stellungnahmen der anderen Fraktionen zu unserem Gesetzentwurf überraschen uns nicht wirklich. Wenn es nur um die Befindlichkeiten der Freien Demokraten gehen würde, wäre das heutige Abstimmungsverhalten der Regierungskoalition auch nicht weiter dramatisch. Dramatisch ist die Ablehnung unseres Gesetzentwurfs jedoch für diejenigen, denen die Haupt- und Werkrealschulen in unserem Land am Herzen liegen und die dieser Schular daher auch eine echte Zukunftsperspektive geben wollen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Raimund Haser CDU: Das ist Unsinn!)

Im Gegensatz zur grün-schwarzen Koalition haben sich die Verbände im Anhörungsverfahren sehr differenziert mit unserem Gesetzentwurf auseinandergesetzt.

Ich zitiere z. B. die Arbeitsgemeinschaft der Realschullehrerinnen und Realschullehrer Baden-Württemberg:

Wir begrüßen ausdrücklich die vorgeschlagene Kooperation der bestehenden Haupt- und Werkrealschulen mit den beruflichen Schulen.

Auch die Arbeitgeber Baden-Württemberg äußern sich klar:

Besonders in der engen Kooperation der Haupt- und Werkrealschulen mit den beruflichen Schulen mit den im Gesetzentwurf vorgeschlagenen berufsqualifizierenden Elementen sehen wir große Chancen für mehr direkte Übergänge in eine duale Ausbildung.

Oder: Die IHK Region Stuttgart hält ausdrücklich fest – Zitat –:

Diese frühe Heranführung an die duale Ausbildung entspricht unseren langjährigen Forderungen.

(Dr. Timm Kern)

Der BBW Beamtenbund Tarifunion bekennt klar:

Der BBW begrüßt den Grundsatz des Gesetzentwurfes der FDP/DVP-Fraktion, die Haupt- und Werkrealschulen zu stärken und das Schulsystem in Baden-Württemberg weiterzuentwickeln.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Natürlich gab es auch Kritik oder Änderungswünsche. Das will ich überhaupt nicht verschweigen. Aber einen entscheidenden, einen wichtigen Aspekt hat dabei der Berufsschullehrerverband betont – Zitat –:

Der Gesetzentwurf der Fraktion der FDP/DVP steht am Anfang eines Diskussionsprozesses, die Bildungsangebote für Hauptschüler und Hauptschülerinnen nach der siebten oder achten Klasse im Blick auf die Verwertbarkeit des Abschlusses entscheidend zu verbessern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dass sich die Grünen einem Diskussionsprozess mit dem Ziel der Stärkung und der Zukunftssicherung der Haupt- und Werkrealschulen verweigern, ist für uns Freie Demokraten nicht überraschend.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Wie keine andere Fraktion in diesem Parlament haben die Grünen in der vergangenen Legislaturperiode ihr bildungspolitisches Hauptziel, die eine Schule für alle, vorangetrieben. Im grünen Zukunftskonzept für die baden-württembergischen Schulen sind die Haupt- und Werkrealschulen schlicht nicht mehr vorgesehen.

Für die Lehrerinnen und Lehrer an den Haupt- und Werkrealschulen ist jedoch viel ärgerlicher, dass weder die CDU-Fraktion noch die Kultusministerin aktuell den Mut aufbringen, unseren Gesetzentwurf wenigstens als Grundlage für einen Diskussionsprozess über die Zukunftssicherung der Haupt- und Werkrealschulen zu nehmen.

Frau Ministerin Eisenmann, Sie müssten es eigentlich besser wissen. Denn Sie brauchten sich nur mit einer Persönlichkeit zu unterhalten, deren Amtsnachfolgerin Sie werden wollen. Niemand geringerer als Erwin Teufel sagte am 2. August 2011 gegenüber der FAZ online unter der Überschrift „Ich schweige nicht länger“ – Zitat –:

Die Hauptschule – warum sagt das niemand?! – muss in Einheit mit der Berufsschule gesehen werden. Ich hätte überhaupt nicht die moralische Kompetenz, einem jungen Menschen mit zehn Jahren und seinen Eltern nach der Grundschule zu sagen: „Sie geben vernünftigerweise Ihr Kind lieber in die Hauptschule“, wenn das die Entscheidung fürs Leben wäre. Aber ein Hauptschüler, der hat die Möglichkeit, nach der Hauptschule an einer zweijährigen Berufsfachschule auf seine Begabung bezogen zur mittleren Reife zu kommen.

(Beifall des Abg. Dr. Rainer Balzer AfD – Abg. Raimund Haser CDU: Das wichtige Wort ist „nach“! Nicht während!)

Er hat die Möglichkeit, zu einem beruflichen Abitur zu kommen.

Noch einmal an die CDU-Fraktion zum Mitschreiben:

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Langsam!)

Erwin Teufel ist der Überzeugung, dass die Hauptschule in Einheit mit der Berufsschule gesehen werden muss.

(Abg. Raimund Haser CDU: Und er hat „nach“ gesagt!)

Nichts anderes ist das Anliegen der FDP/DVP-Fraktion mit unserem Gesetzentwurf zur beruflichen Realschule.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die heutige Debatte zeigt einmal mehr: Im Landtag von Baden-Württemberg gibt es derzeit nur eine einzige demokratische Fraktion, die sich ohne Wenn und Aber für ein leistungsorientiertes, ausdifferenziertes Bildungssystem einsetzt,

(Abg. Raimund Haser CDU: Das ist die CDU!)

nämlich die FDP/DVP.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Ja, ja! – Zuruf des Abg. Gerhard Kleinböck SPD)

Wir wollen für jedes Kind in unserem Land die passende Schule und nicht die eine Schule für alle.

(Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Deshalb sind für uns die Haupt- und Werkrealschulen auch in Zukunft unverzichtbar. Denn sie haben über Jahrzehnte bewiesen, dass sie ein entscheidender, weil sehr erfolgreicher Baustein in unserem Bildungswesen sind. Wir werden auch weiterhin für diese Schulart kämpfen.

Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Raimund Haser und Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl! – Abg. Raimund Haser CDU: Für das Protokoll: Wir haben beide „Jawohl!“ gesagt!)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die Landesregierung erteile ich das Wort Frau Ministerin Dr. Eisenmann.

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Susanne Eisenmann: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wie ich schon bei der ersten Lesung sagte, begrüße ich es außerordentlich, dass wir uns mit den Haupt- und Werkrealschulen, einer wichtigen Schulart in Baden-Württemberg, befassen, die es auch wahrlich verdient hat, dass man ihr Aufmerksamkeit zukommen lässt.

Herr Kern, ich frage mich schon, wenn es Ihnen und der FDP/DVP so ganz entscheidend darum geht, die Haupt- und Werkrealschulen zu stärken, in die Zukunft zu führen, ein Bekenntnis abzugeben, wieso Sie sie dann in „Berufliche Realschulen“ umbenennen wollen,

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Ja! Das steht im Gesetz!)

(Ministerin Dr. Susanne Eisenmann)

den Begriff „Realschule“ benutzen und sich nicht zum Begriff „Haupt- und Werkrealschule“ bekennen. Dadurch entsteht der Eindruck, dass ein Etikettenschwindel vorgenommen werden soll. Das finde ich schade.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU
– Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Die Begründung steht im Gesetz!)

Ich hatte gestern – während Sie Erwin Teufel lasen – ein Gespräch mit gut 30 Haupt- und Werkrealschullehrkräften sowie -rektorinnen und -rektoren, um über die Zukunft der Haupt- und Werkrealschulen zu sprechen. Vor diesem Hintergrund kann man relativ deutlich ablesen: Natürlich sind der Ansatz und die Zielrichtung Ihres Gesetzentwurfs in dem Sinn, die berufliche Orientierung zu stärken, der richtige Weg.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Hört, hört!)

Damit haben wir auch begonnen. Sie wissen, dass wir in verschiedenen Modellregionen gemeinsam mit der Agentur für Arbeit Berufsberatung an den Schulen machen, Berater vor Ort sind, die Schülerinnen und Schüler dort abholen, wo sie sich wohlfühlen – im schulischen Umfeld –, und dass die Schulen rückmelden, dass dies sehr, sehr gut angenommen wird, den jungen Menschen Selbstsicherheit gibt. Deshalb stimme ich Ihnen zu, wenn Sie sagen: Man holt die berufliche Orientierung in die Schulen.

Auch Berufsbegleitung, vielleicht auch Karriereplanung, wie es manche nennen, an diese Schulen zu holen, ist mit Sicherheit der richtige Weg.

Der falsche Weg hingegen ist: Sie transportieren die Schülerinnen und Schüler gerade im ländlichen Raum an Berufsschulstandorte, die zum Teil weit entfernt sind, was in der Praxis schlicht nicht umsetzbar ist. Das ist, finde ich, das Bedauerliche an Ihrem Gesetzentwurf. Ich halte ihn für nur bedingt durchdacht.

Der eine Punkt ist die Stärkung der beruflichen Orientierung, und der andere ist natürlich die Frage, wie wir die Standorte insgesamt stärken, weil wir diese Schulart als Perspektive für junge Menschen brauchen. Und wir haben immer noch Haupt- und Werkrealschulen mit 300, 400 Schülerinnen und Schülern und einer nahezu hundertprozentigen Vermittlung in eine anschließende Ausbildung. Das ist eine Qualitätsleistung, eine tolle Perspektive für das Handwerk, für viele Bereiche und gerade für die jungen Menschen.

Es ist der richtige Weg, dies zu stärken. Aber dafür brauchen wir auch diese Schulstandorte. Deshalb geht es in der Zukunft mit Sicherheit auch darum, wie wir die Schulstandorte quer durchs Land erhalten. Wir haben für das kommende Schuljahr erstmals erreicht, dass die Anmeldezahlen für die Haupt- und Werkrealschulen wieder steigen. Das heißt, wir können bei den Eltern eine leichte Trendwende in der Wertschätzung dieser Schulart erkennen. Umso wichtiger ist daher, dass wir quer durchs Land die Standorte erhalten.

Deshalb werden wir – auch das war gestern eine Rückmeldung der Lehrerinnen und Lehrer aus den Haupt- und Werkrealschulen – in ein anderes Messverfahren gehen. Wir werden uns davon lösen, in der Klasse 5 die Zahl aus dem Jahr 2016

als dauerhafte Grundlage für den Erhalt eines Schulstandorts zu nehmen, bevor wir ein Hinweisverfahren einleiten. Wir werden künftig die Klassen 5 bis 9 nehmen und daraus einen Durchschnitt generieren, um das Schulwahlverhalten besser abbilden zu können. In den Klassen 5 und 6 melden weniger Eltern ihre Kinder an, aber in den Klassen 6, 7 und 8 wird der Hauptschulstandort aufgrund von Wechseln aus anderen Schularten wieder bedeutsam. Das ist Zukunftsstärkung der Haupt- und Werkrealschulen.

(Beifall bei der CDU)

Darüber hinaus stellt sich auch die Frage, wie wir uns das zutrauen können. Es wird ein Thema der anstehenden Haushaltsberatungen sein, ein Beförderungsprogramm – nicht jedoch für alle Haupt- und Werkrealschullehrerinnen und -lehrer – zu generieren, in dem sich eine besondere Leistung, eine besondere Unterstützung, ein besonderes Bekenntnis oder auch eine besondere Dauer im Schuldienst der Haupt- und Werkrealschule widerspiegelt. In solchen Fällen soll dann eine Beförderung nach A 13 möglich werden. An diesem Konzept arbeiten wir, sodass wir in den Haushaltsberatungen darüber diskutieren können, ob wir uns dies zutrauen. Ich glaube, das ist ein Bekenntnis, das ist eine Stärkung dieser Schulstandorte.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Martin Grath
GRÜNE)

Hingegen hat diese Schulart das Karren quer durchs Land und die Umbenennung in „Berufliche Realschule“, damit man ja nicht den Begriff „Haupt- und Werkrealschule“ benutzen muss, nicht verdient. Das haben die Lehrerinnen und Lehrer, die eine tolle Arbeit in diesen Schulen machen, und auch die Schülerinnen und Schüler, die eine tolle Perspektive in unserem Land haben können und auch haben müssen, nicht verdient.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Präsidentin Muhterem Aras: In der zweiten Runde – – Okay. Die SPD hat noch Redezeit. Ich habe eine Wortmeldung von Herrn Abg. Kleinböck. – Bitte.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das haben wir alles verstanden, was er gesagt hat!)

Abg. Gerhard Kleinböck SPD: Habt ihr schon verstanden, ja. Aber du weißt ja, manche Sachen muss man doppelt und dreifach sagen, weil das die Behaltensleistung erhöht.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Damit man es selbst versteht! – Abg. Raimund Haser CDU: Dadurch werden sie aber meist nicht richtiger!)

Lieber Kollege Kern, Sie haben mich natürlich jetzt mit Ihrer Aussage provoziert, Sie wären die Einzigen hier im Haus, die sich darum kümmern würden, dass jedes Kind nach seinen Leistungen und Möglichkeiten gefördert wird.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Die einzige demokratische Fraktion!)

Wenn Sie sich einmal von Ihrem ideologischen Zwang, gegen die Gemeinschaftsschule zu sein, befreien würden, dann wür-

(Gerhard Kleinböck)

den Sie schon sehen, dass wir hier mit der Gemeinschaftsschule eine Schulart haben,

(Zuruf des Abg. Stephen Brauer FDP/DVP)

in der eben jedes Kind individuell gefördert wird und auch der Versuch unternommen wird, kein Kind zurückzulassen.

(Beifall bei der SPD)

Ich könnte natürlich jetzt noch einiges zu dem sagen, was die Frau Ministerin zu den Haupt- und Werkrealschullehrkräften gesagt hat, aber diese Diskussion haben wir schon an anderer Stelle geführt.

Ich sage nur: Wir bleiben bei unserer Ablehnung. Das, was Sie an Argumenten gebracht haben, war bei Weitem nicht überzeugend. Deshalb stimmen wir gegen Ihren Gesetzentwurf.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren, in der Allgemeinen Aussprache liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen daher in der Zweiten Beratung zur Abstimmung über den Gesetzentwurf Drucksache 16/5290. Der Ausschuss für Kultus, Jugend und Sport empfiehlt Ihnen in der Beschlussempfehlung Drucksache 16/6061, den Gesetzentwurf abzulehnen. Ich bitte, damit einverstanden zu sein, dass ich den Gesetzentwurf im Ganzen zur Abstimmung stelle. – Wie ich sehe, sind Sie damit einverstanden. Vielen Dank.

Wer dem Gesetzentwurf Drucksache 16/5290 zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Gesetzentwurf mehrheitlich abgelehnt.

Punkt 2 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetzes – Drucksache 16/6217

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Soziales und Integration – Drucksache 16/6263

Berichterstatter: Abg. Jochen Haußmann

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich das Wort für die Fraktion GRÜNE Herrn Abg. Poreski.

Abg. Thomas Poreski GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Thema ist sperrig. Es fällt uns heute aber wahrscheinlich leicht, darüber zu beraten, weil wir aus meiner Sicht sehr konstruktive und ergebnisreiche Vorbereitungen hatten. Es gab sowohl in der Ersten Beratung als auch im Ausschuss im Ergebnis eine sehr große Zustimmung zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung.

Wir haben den Auftrag des Bundesverfassungsgerichts, der uns in Bezug auf freiheitsentziehende Maßnahmen, auf Fixierungen bei psychisch kranken Menschen auferlegt worden ist, sehr gut umgesetzt. Die Landesregierung hat dafür einen sehr stimmigen Gesetzentwurf eingebracht. Damit sind wir, glaube ich, auf einem sehr guten Weg.

Es ist klar: Wir haben die Rechte der Betroffenen gestärkt. Der Richtervorbehalt, der vom Verfassungsgericht – aus meiner Sicht völlig zu Recht – eingefordert worden ist, ist jetzt in einer sehr sauberen Weise umgesetzt.

Es besteht die Möglichkeit, nachträglich Beschwerde gegen Maßnahmen, die ein sehr heftiger Eingriff in die Selbstbestimmung sind, einzulegen. Auch wird das Ziel verfolgt, dass Jugendliche nicht mehr im Maßregelvollzug untergebracht werden müssen, weil wir fachlich wissen, dass das schwierig ist.

Das bietet in der Summe den Beschäftigten, die hier eine sehr verantwortungsvolle Aufgabe erfüllen – um die man sie nicht beneiden muss, weil es hier immer um eine sehr schwierige Abwägung geht –, eine große Handlungssicherheit. Es ist wichtig, die Beschäftigten an dieser Stelle mit zu stärken.

Wir haben auch vorgesehen, dass es für die Umsetzung sowohl im Maßregelvollzug als auch in den Zentren für Psychiatrie das erforderliche Personal gibt. Das ist auch klar. Deswegen ist aus unserer Sicht der Antrag der SPD, der in diesem Zusammenhang gestellt worden ist, obsolet, da der Mehraufwand, der gerichtsseitig erforderlich ist, im Regierungshandeln bereits berücksichtigt und umgesetzt wird.

Man kann also aufgrund der sehr gründlichen und aus meiner Sicht sehr einmütigen Vorberatung sagen – deswegen fasse ich mich hier auch sehr kurz –, dass wir bei diesem schwierigen Thema einen sehr stimmigen und ausgewogenen Weg gefunden haben. Ich hoffe, dass wir auch in weiteren Fragen in einer ähnlich konstruktiven Weise miteinander arbeiten können.

Danke schön.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Frau Abg. Martin.

Abg. Claudia Martin CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen!

Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.

Ich spreche sicherlich für die meisten hier, wenn ich sage, dass die Verfassungsgrundsätze der Freiheit und vor allem der Würde des Menschen uns in unserem politischen Denken und Handeln leiten. Die Menschenwürde ist nach ständiger Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts die oberste Wertentscheidung des Grundgesetzes und somit der wichtigste und verbindlichste Verfassungsgrundsatz unseres Landes.

In seinem Urteil vom 24. Juli 2018 kam das Bundesverfassungsgericht daher zu dem Schluss, dass das Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz den hohen ethischen Ansprüchen unseres Grundgesetzes nicht gerecht wird.

(Claudia Martin)

Konkreten Nachbesserungsbedarf sahen die Karlsruher Richter insbesondere in der sensiblen Frage, wann und unter welchen Voraussetzungen eine Fünf- bis Siebenpunktfixierung vorgenommen werden kann. Als Ultima Ratio und somit allerletztes Mittel kommt eine Ganzkörperfixierung nur dann zur Anwendung, wenn die unmittelbare Gefahr besteht, dass ein Patient sich selbst oder andere verletzt.

Obwohl sich diese Zwangsmaßnahme in der Praxis nicht vermeiden lässt, handelt es sich hier um einen massiven Eingriff in die persönlichen Freiheitsrechte des betroffenen Patienten. Die bewusste Versetzung eines Schutzbefohlenen in einen Zustand vollkommener Ohnmacht und Bewegungsunfähigkeit offenbart die enorme Empfindlichkeit unseres obersten Verfassungsgrundsatzes.

Unter gewissenhafter Abwägung zwischen der Freiheit der Person und dem Recht auf körperliche Unversehrtheit ist das Bundesverfassungsgericht zu dem Schluss gekommen, dass Fixierungen von mehr als 30 Minuten grundsätzlich möglich, aber ausschließlich infolge richterlicher Verordnung durchzuführen sind.

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf setzt die Landesregierung die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts im Sinne der Urteilsbegründung konsequent um. Im Rahmen der ersten Lesung sagte meine Kollegin Christine Neumann-Martin bereits, dass wir, die CDU-Fraktion, ein Gesetz wollen, vor dem niemand Angst hat. Aus diesem Grund war es uns sehr wichtig, dass alle betroffenen Akteure in einem umfassenden Beteiligungsprozess angehört wurden. Auf diese Weise ist eine Novelle entstanden, die sowohl die Rechte des Patienten stärkt als auch die schwierige Situation der Ärzte und Pfleger berücksichtigt. Nun gilt es, darauf zu achten, dass die entsprechende Rechtssicherheit nicht nur im Gesetz festgeschrieben ist, sondern auch die Voraussetzungen geschaffen werden, um sie in der Praxis leben zu können.

Die Diskussion um das Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz thematisiert den sensiblen Umgang mit den persönlichen Freiheitsrechten psychisch kranker Menschen. Sie eignet sich ausdrücklich nicht zur parteipolitischen Profilierung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Thomas Poreski GRÜNE)

Stattdessen gilt es, dem Nachbesserungsauftrag des Bundesverfassungsgerichts nachzukommen und ein Höchstmaß an Rechtssicherheit für Patienten, Ärzte und Pfleger zu gewährleisten. Dafür bitte ich um Ihre Zustimmung.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Abg. Thomas Blenke CDU: Okay, überzeugt! Wir stimmen zu!)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die AfD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Klos.

Abg. Rüdiger Klos AfD: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir befassen uns heute in zweiter Lesung mit dem Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung des Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetzes, eines Gesetzes, das einen Rechtsrahmen für die Behandlung geistiger und psy-

chischer Störungen setzt. Das Gesetz stammt aus der vorangegangenen Legislaturperiode, und nun wird die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts eingearbeitet. Damit soll das Gesetz verfassungskonform ausgestaltet werden. Die Frist läuft laut Vorgabe des Bundesverfassungsgerichts am 30. Juni ab; Sie haben also gerade noch so die Kurve gekriegt.

Wir, die AfD-Fraktion, wollen, dass Menschen unabhängig davon, ob sie ein offensichtliches oder ein verdecktes Leiden haben, die notwendige und optimale Unterstützung erhalten. Dafür soll – das ist die Aufgabe der Legislative – der entsprechende Rechtsrahmen gesetzt werden.

Der Entwurf stellt insoweit eine Verbesserung gegenüber der bisherigen, nicht verfassungsgemäßen Praxis dar. Optimal ist er aber nicht. Wir sind der Meinung, die Rechte der betroffenen Patienten, aber auch des Pflegepersonals sollten weiter gestärkt werden. In der jetzigen Version scheint daher noch Entwicklungs- und Verbesserungspotenzial vorhanden zu sein. So ist die Zahl der Fixierungen, absolut gesehen, sehr hoch. Wir sollten auch noch einmal darüber nachdenken, ob nicht eine optische und akustische Dokumentation ins Auge gefasst werden muss. Denn man muss sich auch einmal den Extremfall vergegenwärtigen: Für den Fall, dass jemand während der Fixierung verstirbt und ein Richter nachträglich die Fixierung als unzulässig verwirft, müssen wir uns sehr genau überlegen, wie die Beweislage ist. Die schriftliche Dokumentation sehen wir im Moment nicht als ausreichend an.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Wir müssen uns immer überlegen: Wir haben hier eine Situation des stärksten möglichen Eingriffs, nämlich die komplette Immobilisierung einer Person. Dies wird – zu Recht – als „Haft in der Haft“ bezeichnet. Justizvollzugsanstalten beschränken und vollziehen Freiheitsstrafen. Die Fixation an ein bestimmtes Bett, sodass man sich überhaupt nicht mehr rühren kann, ist das Maximum dessen, was in unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung juristisch überhaupt denkbar ist. Die fehlende 24-Stunden-Bereitschaft – ja, die personellen und sachlichen Restriktionen sind uns bekannt – ist jedoch ein Manko, das die AfD-Fraktion nicht zufriedenstellen kann.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Meine Damen und Herren, ich möchte noch auf das Vorfeld der Maßnahmen eingehen, also auf den zeitlichen Bereich, der der Einweisung in die Einrichtungen vorangeht. In Deutschland explodiert die Rate der Krankschreibungen und Therapien aufgrund psychischer Erkrankungen. Nun zweifeln Forscher aber an, dass die Menschen wirklich kränker werden, und wenden sich stattdessen den Diagnosekriterien zu. Denn nur weil jemand in einer Einrichtung ist, ist der Schluss, er sei behandlungsbedürftig, nicht immer zulässig.

Ich habe bei der Ersten Beratung die Untersuchungen von David Rosenhan vorgestellt. Sie waren wegweisend und bahnbrechend. Dass Sie diese wissenschaftlichen Erkenntnisse – Danke an den Stenografischen Dienst, der hier die Äußerungen der Grünen festgehalten hat – als Verschwörungstheorie abqualifizieren,

(Heiterkeit bei Abgeordneten der AfD – Abg. Bernd Gögel AfD: Unglaublich!)

(Rüdiger Klos)

dazu kann ich Ihnen nur sagen: Wissenschaft als Verschwörungstheorie zu diffamieren – –

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das machen Sie doch am laufenden Band! Das ist unglaublich!)

Dass es sich um einen Bürger jüdischen Ursprungs handelt, will ich hier nicht weiter thematisieren. Hätten wir so etwas gewagt, dann möchte ich nicht wissen, was hier an Antisemitismusvorwürfen von Ihrer Seite gekommen wäre.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Thomas Poreski GRÜNE: Das ist auch eine Verschwörungstheorie! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Wer im Glashaus sitzt!)

Um auch noch einmal zu Ihrer Verschwörungstheorie zu kommen, sage ich nur: Gustl Mollath. Wollen Sie diesen Fall auch als Verschwörungstheorie brandmarken?

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Thomas Poreski GRÜNE: Nein! Den haben wir unterstützt!)

Meine Damen und Herren, nehmen Sie einmal das Standardwerk der modernen Diagnostik in Amerika, „Diagnostic and Statistical Manual of Mental Disorders“, kurz DSM5, zur Hand. Ich darf einmal zitieren, was der Verfasser dieses Standardwerks sagt. Er erklärt: Das DSM5 hat die Grenzen zwischen psychischer Krankheit und Gesundheit verwischt. Die Zahl der Krankheitsbilder sei mit jeder Überarbeitung in die Höhe geklettert und damit die Zahl derer, die eine Diagnose bekommen. Die Forscher hätten ehrenwerte Absichten, die aber leider zu unglücklichen Entscheidungen in der realen Welt führten. Verhalten, Erleben und Denken psychisch gesunder Menschen würden pathologisiert, weil die Diagnosen zu weit gefasst und unspezifisch seien.

Meine Damen und Herren, da der Gesetzentwurf eine Verbesserung gegenüber dem jetzigen Zustand darstellt, werden wir ihn nicht ablehnen. Aber aufgrund der teilweise falschen Voraussetzungen, auf denen er fußt, werden wir ihn auch nicht unterstützen.

(Beifall bei der AfD)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Nun darf ich das Wort Herrn Kollegen Hinderer von der SPD erteilen.

Abg. Rainer Hinderer SPD: Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Poreski hat es schon gesagt: Wir hatten konstruktive Beratungen im Ausschuss – nicht verwunderlich. Im Ausschuss gab es auch, was den Inhalt des Gesetzes anbelangt, keine neuen Erkenntnisse. Was den Kern des Gesetzes betrifft, ist insofern aus unserer Sicht alles paletti.

Die Zwangsbehandlung, insbesondere die Fixierung, ist ein massiver Eingriff in die persönlichen Freiheitsrechte. Deshalb erfordert ein solcher Eingriff einen sorgfältigen Umgang – möglichst mit dem Ziel der Vermeidung. Falls sich eine Fixierung nicht vermeiden lässt, dann ist eine richterliche Genehmigung erforderlich. Insofern erfüllt dieser Gesetzentwurf aus unserer Sicht die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts. Der Inhalt ist aus unserer Sicht insoweit okay.

Nicht okay ist – das bleibt auch nach den Ausschussberatungen unsere Auffassung –, wie die Landesregierung im Vorblatt und in der Begründung mit dem Haushaltsgesetzgeber, mit uns hier, umgeht. Zu den Umsetzungskosten finden sich nur Ausführungen, was die Personalkosten für die Psychiatrie, für den Maßregelvollzug anbelangt, nicht aber, was die Kosten für die Justiz betrifft, obwohl vom Justizministerium bereits 20 Richterstellen berechnet worden sind.

Insofern ist es schon bemerkenswert, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der CDU, unseren Entschließungsantrag, der im ersten Teil nichts anderes fordert, als zusätzlich notwendige Personalstellen vorzusehen und ordnungsgemäß bei der Haushaltsplanung zu berücksichtigen,

(Abg. Thomas Poreski GRÜNE: Das machen wir doch!)

abzulehnen, obwohl uns ein Vertreter des Justizministeriums im Ausschuss zeitgleich mitteilte, dass die 20 Stellen in den laufenden Haushaltsverhandlungen gegenüber dem Finanzministerium bereits angemeldet seien.

(Abg. Thomas Poreski GRÜNE: Na also!)

Ergänzend teilte er dann noch mit, dass diese Stellen anhand einschlägiger Tabellen auch problemlos in Kosten umgerechnet werden könnten. Der Sozialminister warnte allerdings dann wieder davor, hier mit absoluten monetären Zahlen zu agieren. Diesen Eiertanz verstehen wir bis heute nicht.

(Zuruf des Abg. Thomas Poreski GRÜNE)

Die Erklärung kann aus unserer Sicht nur sein: Bei der Gesetzesabstimmung hat der Sozialminister entweder versäumt, mit der Finanzministerin die Folgekostenfrage zu klären, oder die beiden sind sich einfach nicht einig geworden. Wie auch immer, das Parlament wird nicht umfassend über finanzielle Auswirkungen informiert. Wir wissen auch dank unseres Nachfassens mittlerweile, dass vom Justizministerium 20 Richterstellen angemeldet wurden. Nun sind wir gespannt, wie viele Stellen sich dann tatsächlich in dem von der Landesregierung vorzulegenden Haushalt wiederfinden. Wir werden genau darauf schauen.

Ich will aber positiv enden: Beim schwierigen Umgang mit Zwangsmaßnahmen, mit Fixierungen schafft das vorliegende Gesetz mehr Rechtssicherheit. Insofern ist es ein Gesetz, das letztendlich positiv für die Patientinnen und Patienten und auch für die Beschäftigten wirkt – wenn sie denn in den psychiatrischen Krankenhäusern und bei der Justiz in ausreichender Zahl vorhanden sind. Deshalb werden wir in der Gesamtbilanz dem Gesetz auch zustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Jetzt darf ich Herrn Kollegen Haußmann von der FDP/DVP-Fraktion das Wort geben.

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Inhaltlich haben wir dieses Gesetz im Ausschuss noch einmal intensiv beraten,

(Jochen Haußmann)

und wir können, glaube ich, schon zu der Feststellung kommen, dass man diese wirklich sensible Thematik mit großer Sorgfalt entwickelt und bearbeitet hat. Die FDP/DVP-Landtagsfraktion kann diesem Gesetz – ich will es vorwegnehmen – auch zustimmen.

Es wird jetzt eine Anpassung aufgrund der Maßgabe des Bundesverfassungsgerichts vorgenommen, und zwar – das wurde hier schon gesagt – sozusagen auf den letzten Drücker vor dem Ende der Frist zum 30. Juni. Wir müssen sehr sensibel auf das weitere Verfahren achten. Reichen die geplanten Richterstellen aus? Kollege Hinderer hat das ausgeführt. Denn wir haben keine Erfahrungswerte, wie viele Entscheidungen tatsächlich zu treffen sind. Man rechnet jetzt 7 200 Fälle hoch, aber kann es noch nicht genau beurteilen. Da man weiß, welche große Aufgabe die Richterinnen und Richter bei dieser Thematik haben, ist es umso wichtiger, dass wir hier noch eine Analyse, einen Bericht bekommen.

Ganz interessant war – das hatte ich schon bei der Ersten Beratung ausgeführt – die Anhörung im Bundestag von Fachleuten aus den psychiatrischen Kliniken, die aus ihrer Erfahrung berichtet und auch darauf hingewiesen haben, dass die Fixierung wirklich die Ultima Ratio ist und man vorher zunächst einmal andere Methoden der Ruhigstellung zur Anwendung bringt. Insofern ist es natürlich auch sehr wichtig, qualifiziertes und vor allem ausreichendes Personal in den Kliniken zu haben. Denn mit gutem, qualifiziertem und ausreichendem Personal gelingt es, auch die Zahl der Fixierungen zu reduzieren.

Da bitte ich – das hatte ich auch in der Beratung gesagt und will es hier noch einmal sagen – um einen Bericht des Ministeriums. Denn die Fachleute haben gesagt, man sollte evaluieren, ob man den Richtervorbehalt nicht erst ab einer Fixierung von 60 Minuten ansetzen könne, weil sie davon ausgehen, dass die 30 Minuten dazu führten, dass man deutlich mehr Richtervorbehalte benötigen würde. Das ist ein Punkt, den man, glaube ich, gemeinsam mit den Fachleuten in den Kliniken ins Auge fassen muss. Insofern möchte ich an dieser Stelle noch einmal um einen Bericht bitten.

Ansonsten wird die FDP/DVP-Fraktion zustimmen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Vielen Dank. – Jetzt hat für die Regierung Frau Staatssekretärin Mielich das Wort.

Staatssekretärin Bärbl Mielich: Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herzlichen Dank für die Beratung und auch für die positiven Äußerungen hier bei der zweiten Lesung des Gesetzentwurfs zur Änderung des Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetzes.

Sie alle haben in den verschiedenen Beiträgen erwähnt, wie außergewöhnlich die Situation ist, wenn Menschen fixiert werden müssen. Das stellt wirklich eine außergewöhnliche Situation dar, eine Grenzsituation, die natürlich auch einer ganz besonderen Aufmerksamkeit und einer Fürsorge bedarf. Die Änderung des Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetzes kommt dem Gebot dieser besonderen Aufmerksamkeit und Verantwortung nach.

Ausgeführt wurde verschiedentlich auch, dass wir die Änderung des Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetzes nun vornehmen mussten, weil das Bundesverfassungsgericht im letzten Jahr aufgrund einer konkreten Beschwerde entsprechend geurteilt hat. Wir hatten einen sehr engen Zeitplan; es wurde gerade schon gesagt, dass wir dieses Gesetz nun bis kurz vor Ende der Fristsetzung auf den Weg bringen werden. Aber das lag natürlich nicht in erster Linie an uns, sondern es lag vor allem daran, dass der Zeitplan, den das Bundesverfassungsgericht vorgab, sehr eng bemessen war.

Ein weiterer Grund war, dass wir sehr großen Wert darauf gelegt haben, dass der Beteiligungsprozess so ausführlich wie nur eben möglich durchgeführt wird. Es hat nicht nur eine reguläre Anhörung gegeben, sondern während dieser Anhörung bestand für die Bevölkerung die Möglichkeit, mithilfe des Beteiligungsportals der Landesregierung konkrete Stellungnahmen abzugeben.

Das Gesetz ist so, wie es jetzt vorliegt und hoffentlich nun auch verabschiedet wird – der Entwurf war im Mai eingebracht worden –, eine Konsequenz dessen, was im Rahmen der Anhörung zum Ausdruck gebracht wurde. Hierfür möchte ich mich bei den beteiligten Gruppierungen, aber natürlich auch bei den Fraktionen hier im Landtag bedanken.

Herr Hinderer, Sie haben in der ersten Lesung ebenso wie in der nachfolgenden Ausschussberatung, aber auch gerade wieder hier Ihren Eindruck formuliert, es werde haushalterisch nicht konkret genug ausgewiesen, welche Stellenkapazitäten insgesamt beim Justizministerium erforderlich sind. Ich finde das ein bisschen künstlich aufgebauscht. Im Ausschuss haben der Minister ebenso wie der Vertreter des Justizministeriums ja die ganz klare Aussage getroffen, dass sich alle beteiligten Ministerien – also Finanzministerium, Justizministerium und Sozialministerium – sehr wohl der Verantwortung bewusst sind, da genau hinzuschauen, es aber zum jetzigen Zeitpunkt – das Gesetz ist ja noch gar nicht in Kraft getreten – keinen Sinn macht, ganz konkrete Zahlen dazu zu nennen, wie viele zusätzliche Personalstellen benötigt werden. Es gibt die Verabredung, und es wird die Verantwortung dafür übernommen, dass alle notwendigen Personalstellen finanziert

(Abg. Reinhold Gall SPD: Da muss man eine Kostenabschätzung machen, wie bei jedem Gesetzgebungsverfahren!)

und bereitgestellt werden. Sie können bei einem solchen Gesetz, das nun zunächst zur Umsetzung gelangen muss – Fixierungen ab 30 Minuten bedürfen einer richterlichen Anordnung –, nicht bereits im Vorgriff die Zahl der Personalstellen festlegen, die vorgehalten werden müssen. Das alles wird sich herausstellen.

Es gibt in jedem Fall die Verabredung, dass dies vonseiten aller beteiligten Ministerien unproblematisch ist. Ich finde es daher nicht gut, dass dieses Thema nun so aufgebauscht wird und so getan wird, als hinge hiervon die Seriosität dieses Gesetzes ab. Wir sehen dies ausdrücklich nicht so; wir meinen, wir sind dabei auf einem sehr guten Weg.

Das zentrale Anliegen ist ja, Fixierungen möglichst zu vermeiden. Es geht also nicht nur darum, Fixierungen irgendwie zu organisieren, sondern zentrales Ziel dieses Gesetzes ist doch gerade, diese so weit wie möglich zu verhindern.

(Staatssekretärin Bärbl Mielich)

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

An diesem Ziel muss auch zukünftig grundsätzlich festgehalten werden.

Eine große Unterstützung dieses Ansatzes sehe ich darin, dass schon im ursprünglichen Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz festgelegt war und wir dies jetzt bei der Änderung klar bestätigen: Es bleibt bei der 1:1-Betreuung. Auf diese Weise wird sichergestellt, dass wir die Verantwortung für die Situation der Menschen in der Psychiatrie wirklich sehr ernst nehmen.

Ich bitte daher nun um Zustimmung zu diesem Gesetzentwurf.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Meine sehr geehrten Damen und Herren, gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Wir kommen daher in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g** über den Gesetzentwurf Drucksache 16/6217. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Soziales und Integration, Drucksache 16/6263. Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, dem Gesetzentwurf zuzustimmen.

Ich rufe auf

Artikel 1

Änderung des Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetzes

mit den Nummern 1 bis 4. Sind Sie damit einverstanden, dass ich Artikel 1 insgesamt zur Abstimmung stelle? – Das ist der Fall.

Ich bitte um das Handzeichen, wer Artikel 1 zustimmt. – Danke schön. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Artikel 1 ist mehrheitlich zugestimmt worden.

Ich rufe auf

Artikel 2

Einschränkung von Grundrechten

Wer Artikel 2 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Wer ist dagegen? – Stimmenthaltungen? – Danke. Damit ist Artikel 2 einstimmig zugestimmt worden.

Ich rufe auf

Artikel 3

Inkrafttreten

Wer Artikel 3 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Artikel 3 ist ebenfalls einstimmig zugestimmt worden.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 5. Juni 2019 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet „Gesetz zur Änderung des Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetzes“. Stimmen Sie der Überschrift zu? – Das ist der Fall.

Wir kommen zur

S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmt, den bitte ich, sich zu erheben. – Danke schön. Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Danke schön. Dem Gesetz wurde einstimmig zugestimmt.

Damit ist Punkt 3 der Tagesordnung erledigt.

(Unruhe)

– Ich bitte um mehr Ruhe.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz – Zukunft der Naturparke in Baden-Württemberg – Drucksache 16/2086

Meine Damen und Herren, hierzu hat das Präsidium folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten und für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Zur Begründung des Antrags hat Frau Kollegin Rolland für die SPD das Wort.

Abg. Gabi Rolland SPD: Herzlichen Dank, Frau Präsidentin. – Ich schaue auf die Regierungsbank. Da ist noch niemand.

(Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Thomas Blenke: Der Minister kommt schon!)

– Der Herr Minister ist im Anflug. Das ist ja schön.

Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, werte Kolleginnen und Kollegen! Wenn man auf das Datum unseres Antrags schaut, könnte man natürlich auf den Gedanken kommen: Na ja, ist schon lange her, hat schon etwas Patina ange-setzt.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Aber weit gefehlt. Das Thema ist aus drei Gründen aktueller denn je. Erstens ist das Thema Artenschutz in aller Munde. Zweitens haben sich in den letzten Wochen drei Ausschüsse mit dem Thema Naturparke befasst.

(Die Rednerin hält eine Broschüre hoch.)

Wer dieses schöne Heft als Rechtfertigung der Arbeit der Naturparke nicht bekommen hat, weil er nicht im Bildungsausschuss, im Umweltausschuss oder im Agrarausschuss Mitglied ist, kann es sich gern noch holen. Es ist tatsächlich ein hervorragender Bericht über die Arbeit der Naturparke.

Der dritte Punkt ist selbstverständlich, dass wir in die Zeit der Haushaltsberatungen kommen. Deswegen ist das Thema aktueller denn je.

(Gabi Rolland)

Für die SPD-Landtagsfraktion ist es ganz wichtig, dass die Großschutzgebiete in Baden-Württemberg – also der Nationalpark, die zwei Biosphärengebiete und die sieben Naturparke – auf Augenhöhe miteinander arbeiten und auch so gesehen werden. Deswegen ist es für uns wichtig, dass wir einen guten Blick auf alle Großschutzgebiete haben und keines im Schatten eines anderen steht.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Dr. Markus Röslers GRÜNE)

An dieser Stelle auch gleich ein Hinweis an die Regierung und die Regierungsfractionen: Vielleicht sollten wir doch noch einmal darüber nachdenken, ob es nicht sinnvoller wäre, dass die Naturparke im gleichen Ministerium ressortieren wie die Naturschutzgebiete und die Biosphärengebiete. Vielleicht gelänge es dann ein Stück weit besser, dass die Großschutzgebiete auf Augenhöhe miteinander arbeiten.

Die Naturparke nehmen in Baden-Württemberg ein Drittel der Landesfläche ein. Ihre Aufgabe ist der Erhalt der biologischen Vielfalt in der Kulturlandschaft, die Entwicklung eines sanften Tourismus, die Regionalentwicklung, die regionale Wertschöpfung, die Sensibilisierung der Bevölkerung im ländlichen Raum, aber auch für den ländlichen Raum.

Die Informationszentren der Naturparke zählten 2016 etwa 150 000 Besucher und Besucherinnen. Wahrscheinlich sind es heute etwas mehr. Sie werden von relativ schlanken Geschäftsstellen verwaltet – in der einen oder anderen Ausprägung vielleicht zu schlank. Deswegen war es richtig, dass die Geschäftsstellen mit dem Doppelhaushalt 2018/2019 für die Erledigung ihrer Aufgaben mehr Geld bekommen haben – 750 000 €. Allenthalben haben die 400 betroffenen Gemeinden und die 34 Stadt- und Landkreise Sie auch sehr mit Lob und Dank überhäuft. Das kam auch von den Beschäftigten in den Ausschüssen noch einmal sehr stark zum Ausdruck. Da muss ich jetzt ehrlich sagen: Das haben Sie von den Regierungsfractionen gut gemacht.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

– Wo ihr etwas gut macht, darf man das ja auch sagen. Aber jetzt kommen natürlich auch gleich die Fragen hinterher. Was glauben Sie denn? Und wir erwarten auch, dass Herr Minister Hauk sie jetzt beantwortet.

Erste Frage: Ist vorgesehen, die 750 000 € zu verstetigen? Stehen die also im kommenden Haushaltsentwurf für die Jahre 2020/2021?

Zweite Frage: Werden Sie dem Wunsch der Naturparke, noch einmal 550 000 € draufzulegen, entsprechen? Denn das brauchen die Naturparke, um ihre Arbeit zu erledigen.

Eine dritte Frage: Nehmen Sie einmal besonders das Naturschutzgebiet Kaltenbronn und das dortige Informationszentrum in den Blick. Vor Ort wissen alle: Wir brauchen dort dringend eine gute Zusammenarbeit mit dem Naturpark.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wie werden Sie das bitte organisieren?

(Beifall bei der SPD)

Sie wissen alle selbst, dass es eben nicht ausreicht, Netzwerke zu bilden. Vielmehr muss man diese Netzwerke pflegen und weiterentwickeln. Deswegen sind wir der Auffassung: Es ist berechtigt, dass die Naturparke sagen: „Wir brauchen da auch mehr finanzielle Unterstützung, um das zu machen.“

Die Naturpark-Schulen sind der Renner. Die Gemeinden und die Schulen nehmen das gern auf. Und wenn die Naturparke jetzt sagen: „Wir würden gern noch einen Schritt weitergehen, in die Kindertagesstätten gehen und die Naturpark-Kita entwickeln“, dann braucht man dazu einfach die Kapazitäten.

(Zuruf des Abg. Emil Sänze AfD)

Auch Sie wissen: Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des freiwilligen ökologischen Jahres brauchen eine gute Begleitung. Die Nachfrage nach solchen Stellen ist weitaus größer als das Angebot. Auch da braucht es also noch einmal zusätzliche Unterstützung.

Als Viertes hätten wir von Ihnen, Herr Minister Hauk, heute gern geklärt: Wie sieht es denn mit der EU-Förderung aus? Das Programm ELER, also der Europäische Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums, ist begrenzt. Es gibt jetzt eine neue Förderlinie, eine neue Förderperiode. Die ganzen Projekte, die von den Naturparken gemacht werden, werden über ELER organisiert und finanziert. Deswegen haben wir ein großes Interesse, zu erfahren, ob es diese Förderung weiter in der gleichen Höhe gibt. Denn daraus wird das Sonderprogramm zu Vielfalt, Artenvielfalt und Biodiversität vor Ort mit den Naturparken umgesetzt. Wir möchten, Herr Minister, dass das so auch weitergeführt wird.

Wir haben also vier Fragen und sind jetzt auf die Antworten gespannt. Und Sie wissen – denken Sie daran –: Wir haben keinen zweiten Planeten im Kofferraum.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Für die Grünen spricht Herr Abg. Pix.

Abg. Reinhold Pix GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn Sie das nächste Mal in wunderschöner Landschaft wandern und dann noch an einem tollen Bildungsangebot oder vielleicht an einem Regionalmarkt vorbeikommen, dann sind Sie mit großer Wahrscheinlichkeit in einem unserer sieben Naturparke in Baden-Württemberg unterwegs. Diese sieben Naturparke bedecken immerhin 33 % der Landesfläche. Damit entsprechen sie der flächenmäßig größten Schutzgebietskategorie im Sinne des Naturschutzgesetzes.

In ca. 2 500 abgeschlossenen Projekten allein zwischen 2007 und 2014 wurde in den Naturparken echter Naturschutz in der Fläche betrieben. Die durch die Dachmarke „Nationale Naturlandschaften“ auf Bundesebene beschlossene Kooperation von Naturparken, Nationalparken und Biosphärengebieten als Großschutzgebiete begrüßen wir ausdrücklich.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Immerhin über 150 000 Besucherinnen und Besucher jährlich in Baden-Württemberg erleben, in welcher unvergleichlicher

(Reinhold Pix)

Art und Weise die Naturparke eine Verbindung von Naturschutz, Erhalt der Kulturlandschaft, naturnahem Tourismus, Umweltbildung und regionalem Wirtschaftsfaktor im ländlichen Raum schaffen.

Das Projekt „Blühende Naturparke“ beispielsweise wird über das Sonderprogramm zur Stärkung der biologischen Vielfalt mit immerhin 370 000 € gefördert und baut ein Netzwerk von Nahrungsquellen und Lebensräumen für Insekten auf.

Die knapp 600 Naturparkführerinnen und Naturparkführer schaffen Angebote zu sanftem, naturnahem Tourismus.

Mit nun immerhin 43 Naturpark-Schulen stellen wir in Baden-Württemberg mehr als die Hälfte der bundesweiten Naturpark-Schulen und machen auf diese Weise Natur und Kultur im Umfeld von Schulen erlebbar.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Außerdem werden mit jährlich rund 60 Naturparkmärkten die regionale Landwirtschaft und die Wertschöpfung im ländlichen Raum gestärkt.

Diese Beispiele zeigen die Vielfalt und das Engagement der Naturparke sehr eindrücklich. An dieser Stelle möchte ich allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Naturparke sowie allen Kreisen und Gemeinden einfach einmal ganz herzlich dafür danken, dass sie sich in eine Trägerschaft aktiv einbringen, danken für ihre langjährige, sehr wertvolle Arbeit.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der SPD)

Frau Kollegin Rolland, dass uns die Naturparke wichtig sind, haben wir Grünen schon 2012 gezeigt, als die Mittel für die Naturparkgeschäftsstellen um 200 000 € aufgestockt und damit fast verdoppelt wurden. Auch die Projektmittel wurden damals um 800 000 € erhöht sowie die weitere Finanzierung von Einzelprojekten durch die Regierungsfractionen sichergestellt.

Auch im letzten Doppelhaushalt konnten mit der Aufstockung der Mittel für die Geschäftsstellen auf jährlich 750 000 € bereits knapp zwölf weitere Stellen geschaffen werden.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Sehr gut!)

Damit unterstützt das Land die Naturparke gemeinsam mit Mitteln aus der Europäischen Union und der Glücksspirale mit jährlich nun insgesamt 3 Millionen €.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Damit bauen wir die Entwicklungspotenziale der Naturparkregionen weiter aus. Gleichzeitig wird das vorhandene Personal entlastet. Aber um das volle Potenzial der Naturparke auszuschöpfen, müssen wir im Rahmen der anstehenden Haushaltsverhandlungen über eine weitere Stärkung nachdenken.

Mit der Unterstützung von Leuchtturmprojekten wie beispielsweise der Erweiterung des „Hauses der Natur“ am Feldberg sowie dem „bauWERK SCHWARZWALD“ wird die Strahlkraft der Naturparke weiterhin zunehmen.

Da ein guter Teil der Projektmittel von der EU kommen, gilt es, bei der Gemeinsamen Agrarpolitik auf europäischer Ebene

zu verdeutlichen: Die Naturparke sind und bleiben ein wichtiger Motor für Regionalentwicklung und für Naturschutz im ländlichen Raum. Sie setzen gemeinsam mit den Landschaftserhaltungsverbänden das magische Dreieck von Landwirtschaft, Naturschutz und Tourismus um.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Für die CDU-Fraktion spricht Herr Kollege Hockenberger.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Sehr gut! Eine gute Entscheidung der CDU!)

Abg. Ulli Hockenberger CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Sie wollen draußen unterwegs sein – zu Fuß oder mit dem Fahrrad? Sie möchten die Geheimnisse der Natur entdecken, allein in der Stille des Waldes oder bei einer geführten Wanderung? Sie genießen sehr gerne regionale Küche, am liebsten direkt vor Ort? Dann sind Sie in den Naturparken Baden-Württembergs genau richtig.

Auch ich habe Ihnen einen Lesetipp für die Pfingstferien mitgebracht.

(Der Redner hält ein Magazin hoch.)

Die genannten Fragen sind der Aufmacher des neuen Magazins #NATURPARK. Damit spannt dieses Magazin für meine Begriffe einen wunderbaren Bogen über alle sieben Naturparke. Auch an dem Untertitel „Unterwegs zu Blütenparadiesen“ sieht man, wie aktuell diese Ausgabe ist, wenn man die jüngsten Ergebnisse und Erkenntnisse des Weltbiodiversitätsrats berücksichtigt.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

– Da muss ein bisschen mehr kommen.

Die Naturparke Neckartal-Odenwald, Stromberg-Heuchelberg, Schwäbisch-Fränkischer Wald, Schwarzwald Mitte/Nord,

(Beifall des Abg. Jonas Weber SPD)

Südschwarzwald, Obere Donau und Schönbuch sind Leuchttürme unserer wunderschönen, vielfältigen Naturlandschaften. Die Naturparke sind starke Partner in Baden-Württemberg, sie sind Impulsgeber für Innovationen und nachhaltige Entwicklungen. Wir konnten uns davon – die Kollegin Rolland hat es gesagt – in einer Sitzung des Ausschusses für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz ebenso überzeugen wie bei einer Vorstellung der Naturparke in unserer Fraktion. Unser Eindruck lässt sich kurz wie folgt zusammenfassen:

Naturparke schützen Natur, Umwelt und Klima. Sie unterstützen eine zukunftsfähige regionale Wirtschaft. Sie schaffen Bewusstsein. Sie sorgen für Wissenstransfer. Sie befördern Innovationen und gestalten demografische Entwicklungen. Sie sind damit echte Zukunftsgestalter.

Im Zusammenwirken mit Kommunen und Akteuren im ländlichen Raum sind sie Motoren einer sozial und ökonomisch

(Ulli Hockenberger)

nachhaltigen Gesellschaft und Lebensweise. Sie beziehen die Bevölkerung aktiv ein – daher auch die hohe Akzeptanz in der Bevölkerung –, sie sorgen für Nachhaltigkeit und Erhalt der biologischen Vielfalt und stärken ländliche Räume.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen
– Abg. Anton Baron AfD: Tier-Mensch-Beziehungen!)

Die Flächenangaben zu den Gebietskulissen der Naturparke sind wiederholt genannt worden; das möchte ich nicht noch einmal wiederholen.

Seit nunmehr 40 Jahren gibt es die Naturparke. Sie waren bei ihrer Gründung zunächst einmal von der Idee geleitet, die Vielfalt und die Schönheit unserer Landschaft zu bewahren.

Wir haben nachhaltig finanziell unterstützt. Sechs der sieben Naturparke sind ausschließlich über Vereine organisiert; wir haben es gehört. Wir entlasten mit unserer Unterstützung die Gemeinden – über 400 – und die betroffenen Stadt- und Landkreise; auch dazu ist genügend gesagt worden.

Herr Kollege Pix hat das Gesamtvolumen der Finanzierung von 3 Millionen € angesprochen. Auch daran kann man den Stellenwert erkennen, den unsere Fraktion den Naturparken zumisst.

Beispielhaft möchte ich zu dem, was gesagt worden ist, noch ergänzen: Die Naturparkwirte, der Brunch auf dem Bauernhof – da muss man mal gewesen sein –,

(Abg. Thomas Blenke CDU: Sehr empfehlenswert!)

die Naturparkmärkte, die ausgeschilderten Wanderwege, die ausgeschilderten Radwege, die Naturpark-Schulen und insbesondere die Naturpark-Kindergärten sind uns wichtig. Deswegen unterstützen wir darüber hinaus die Naturparke – dazu wird der Minister nachher auch noch etwas sagen – auch bei der Fortsetzung des Sonderprogramms zur Stärkung der biologischen Vielfalt, weil uns das wichtig ist.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Wir haben die Geschäftsführungsmittel gestärkt, weil wir wissen, wie wertvoll die Arbeit vor Ort ist. Wir sind nach dem, was uns in den Ausschüssen präsentiert worden ist, auch entschlossen, uns da im nächsten Doppelhaushalt stärker zu engagieren. Auch das hat der Kollege Pix schon genannt. Das müssen wir tun, um so vor Ort die Fördersachbearbeitung und die Förderkoordination ein Stück weit zu verbessern.

Wir haben für meine Begriffe auch eine Wegmarke gesetzt bei der Zusammenarbeit zwischen dem Naturschutzzentrum Südschwarzwald und dem dortigen Naturpark, indem wir uns – auch das ist angesprochen worden – beim „Haus der Natur“ auf den Weg zu einer Erweiterung begeben. Diese Erweiterung soll sich im nächsten Doppelhaushalt niederschlagen mit Planungsräten, die jeweils aus den Häusern des Umweltministeriums und des Landwirtschaftsministeriums sozusagen besetzt werden. Damit wollen wir auch deutlich machen, dass das nur gemeinsam geht und der Stellenwert der Naturparke, Biosphärengebiete und des Nationalparks in der Landesregierung sozusagen komplett identisch ist. Deswegen unterstützen wir diese Haushaltstitel.

Im laufenden Doppelhaushalt haben wir Fraktionsmittel für das Projekt „Naturparkdetektive – Vom Netz in die Natur“ bereitgestellt. Auch für die Weiterentwicklung des Infozentrums zu einem Naturparkhaus haben wir Fraktionsmittel zur Finanzierung bereitgestellt.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Sehr gut!)

Für uns sind Naturparke nicht nur räumliche Gebilde. Sie sind ein Stück Heimat. Jeder der sieben Naturparke ist für sich selbst etwas Besonderes, ist unverwechselbar. Wir stehen zu unseren Naturparken. Sie helfen uns, das kulturelle Erbe des ländlichen Raums zu bewahren, und sind entscheidend dafür verantwortlich, das Naturerleben der Bevölkerung in positive Bahnen zu lenken, und zwar zum Nutzen der dort lebenden Menschen.

Deswegen haben die Naturparke auch in Zukunft unsere Unterstützung verdient.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen
– Abg. Thomas Blenke CDU: Sehr gut!)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Stein, Sie haben das Wort für die AfD.

Abg. Udo Stein AfD: Frau Präsidentin, geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Die Naturparke sind ein wichtiger Teil unserer Kulturlandschaft in Baden-Württemberg. 33 % der Landesfläche sind als Naturpark in einer Industrieregion mit hoher Bevölkerungsdichte ausgewiesen. Das zeigt das Spannungsfeld, in dem wir uns heute bewegen. Mittendrin in diesem Spannungsfeld versuchen die Bauern in unserem Land zu überleben, eingeklemmt zwischen dem Flächenbedarf für Gewerbe, Wohnungen und Verkehr und den Wünschen bzw. den immer strikteren Vorgaben des Naturschutzes. Dabei haben die Bauern mit der kleinsten Betriebsgröße bundesweit zusammen mit denen in Bayern die schwierigsten Voraussetzungen.

Von 2010 bis 2015 wurden insgesamt 11 Millionen € Fördermittel eingesetzt, die weitere rund 8 Millionen € Eigenmittel der Kommunen auslösten. Über die Hälfte der Landesgelder wurde für Öffentlichkeitsarbeit und Konzeptentwicklung ausgegeben. Die beiden Schwarzwald-Naturparke erhielten mit jeweils über 3 Millionen € deutlich über die Hälfte aller Mittel. Den größten Kostenblock stellte dabei die Geschäftsführung vor den eigentlichen Projektmitteln dar. 29 so geschaffene Stellen verteilen sich auf die sieben Naturparke.

Was tun die Geschäftsführer der sechs Naturparkvereine? Was bewirken Naturparkpläne, Konzepte und Öffentlichkeitsarbeit? Es gibt eine schöne Broschüre dazu.

Ein zentraler Satz im Bericht zur Evaluation der baden-württembergischen Naturparke lautet – Seite 22 –:

Generell lässt sich aber festhalten, dass der Beitrag zur Entwicklung der Erholungsfunktion in allen Naturparken hoch ist (Schwerpunkt in der Projektförderung), während der direkte Beitrag zum Erhalt des natürlichen Erbes (Natur- und Landschaftsschutz) vergleichsweise niedrig ist.

Das übersetze ich jetzt nicht ins gut Schwäbische.

(Udo Stein)

Dabei bleibt es aber nicht. Die größte Bedrohung für das natürliche Erbe wird mit möglichst harmlosen Worten zu verschleiern versucht. Auf der Seite davor heißt es:

In einigen Naturparks erfolgt die Ausweisung von Flächen zur Installation von Windenergieanlagen, die aber nicht im Widerspruch zu den jeweiligen Naturpark-Verordnungen stehen.

Was für ein Witz, was für eine Bankrotterklärung. Da mache ich mir schon ein bisschen Sorgen um die Zukunft der Naturparke.

(Beifall bei der AfD)

Zuerst wird das wenigste Geld für den eigentlichen Erhalt von Natur und Heimat ausgewiesen, das meiste für das Darüber-Reden. Es wird aber gar nicht gut, wenn wir nur darüber reden, Konzepte entwickeln und Öffentlichkeitsarbeit machen.

Dann rollt das große, hölzerne Trojanische Pferd ungehindert in die entscheidende Verordnung hinein und erlaubt so die größte Zerstörung unseres Naturerbes, die wir seit den Kahlschlägen für die Reparationen und dem Sturm „Lothar“ erlebt haben. Mit dem neuen Windatlas zieht das große, hölzerne Trojanische Pferd die noch größere Katastrophe gleich nach.

Die bisher 720 Windkraftanlagen tragen nur wenig zur Bruttostromerzeugung bei – sagenhafte 3,7 %; Herr Nemeth, Sie haben die Zahl vorhin auch genannt. Wenn man dann davon ausgeht, dass für die bisherigen Anlagen schon die am besten geeigneten Standorte ausgesucht wurden, klingt es für die Naturparke mehr als eine Drohung denn als eine Verheißung,

(Beifall bei der AfD)

wenn nach dem neuen Windatlas doppelt so viel Fläche geeignet sein soll. Oder weht mit dem neuen Atlas plötzlich mehr Wind in Baden-Württemberg? Selbst bei den beteiligten Schlüsselpersonen kommt die Öffentlichkeitsarbeit deutlich besser weg als die naturverträgliche Landbewirtschaftung, die von nicht einmal der Hälfte als gut oder sehr gut beurteilt wird.

Das Fazit: Das Ziel der gesetzlichen Grundlage von § 27 des Bundesnaturschutzgesetzes, nämlich die Erhaltung – ich wiederhole: die Erhaltung –, Entwicklung oder Wiederherstellung einer durch vielfältige Nutzung geprägten Landschaft und ihrer Arten- und Biotopvielfalt sowie eine dauerhaft umweltgerechte Landnutzung, wird durch Nur-darüber-Reden und Konzepte-Entwickeln wohl kaum erreicht und schon gar nicht durch den Windkraftwahn aus ideologischen Gründen.

(Beifall bei der AfD)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Jetzt hat Herr Abg. Hoher für die FDP/DVP-Fraktion das Wort.

Abg. Klaus Hoher FDP/DVP: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Naturparke sind neben Biosphärengebieten und Nationalparks die dritte Kategorie von Großschutzgebieten. In den Naturparks wird die Rolle des Menschen aktiv eingebunden, getreu dem Motto „Schützen durch Nützen“.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Genau diesen Ansatz brauchen wir im Zeitalter des Artensterbens. Eine grüne Wildnisromantik bringt uns da nicht weiter.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

Denn die Hotspots der Artenvielfalt des Südwestens sind keine Urwälder, sondern von Menschen geformter Lebensraum. Bei der Erhaltung, Pflege und Erschließung dieser Biotope spielen die Naturparke eine entscheidende Rolle. Sie bringen Natur- und Artenschutz erfolgreich in die Fläche. Immerhin haben die sieben Naturparke in Baden-Württemberg eine Größe von 1,2 Millionen ha, umfassen also mehr als ein Drittel der Landesfläche.

Der von den Grünen finanziell bevorzugte Nationalpark Schwarzwald umfasst hingegen nur gut 10 000 ha und hat im Haushaltsjahr 2019 Kosten in Höhe von 9 Millionen € verursacht. Davon schlagen allein die Kosten für die Verwaltung mit 90 zum Teil hoch besoldeten Stellen mit 5,2 Millionen € im Jahr zu Buche. Hinzu kommen noch Baukosten in Höhe von mehr als 50 Millionen € für das Besucherzentrum.

Im Gegensatz dazu werden die Naturparke mit Personal- und Sachmitteln nicht verwöhnt. Ihnen stehen jährlich nur 1,2 Millionen € Landesmittel zur Verfügung. Dabei lösen die wenigen Stellen in den Naturparkgeschäftsstellen eine Vielzahl von ehrenamtlichen Einsätzen aus.

Wenn man die Lotteriemittel hinzurechnet, kommt man auf 3 Millionen € pro Jahr. Hinzu kommen noch Gelder von beteiligten Gemeinden. Eine maßvolle Erhöhung der Förderung wäre daher absolut vertretbar.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Woher kommt also die Schiefelage zwischen der Förderung des Nationalparks und der Förderung der sieben Naturparke? Der Grund dafür ist einfach: Seit der grün-schwarzen Regierungsbildung 2016 ist der Naturschutz in Baden-Württemberg gespalten. Die Zuständigkeit für Landschaftspflege und Naturparkförderung ist beim Ministerium für Ländlichen Raum, bei CDU-Minister Hauk geblieben, die Zuständigkeit für den Rest des Naturschutzes ist samt neuem „NABU-Staatssekretär“ ins grüne Umweltministerium gewandert. Wenn es ums Geld-Verteilen geht, denken die Grünen eben nicht an eine nachhaltige Finanzierung und einen nachhaltigen Artenschutz.

Schon in einer Pressemitteilung vom 3. Juli 2014 warnte der damalige NABU-Landesvorsitzende Dr. Andre Baumann davor, dass das Leuchtturmprojekt Nationalpark zulasten des Naturschutzes in der Fläche gehen könnte.

Meine Damen und Herren, die Kostenentwicklung des Nationalparks Schwarzwald bestätigt heute diese Vorhersage. Wir Freien Demokraten halten deshalb eine maßvolle Erhöhung der Personal- und Sachkostenzuschüsse für die sieben Naturparke für angemessen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Das sagen wir nicht erst seit heute. Wir haben bei den Beratungen zum Haushalt 2017 und zum Doppelhaushalt 2018/2019 jeweils gegenfinanzierte Haushaltsanträge gestellt, nämlich im Haushaltsjahr 2017 1,1 Millionen € mehr und im Doppelhaushalt 2018/2019 eine halbe Million Euro pro Jahr mehr einzustellen.

(Klaus Hoher)

Meine Damen und Herren von Grün-Schwarz, hören Sie auf, Prestigeprojekte zu bevorzugen, und statten Sie die Schutzgebiete endlich fair aus. Erhöhen Sie die Mittel für die sieben Nationalparks.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Thomas Blenke CDU: Naturparke!)

– Naturparke.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Wir helfen gern, Herr Kollege! – Gegenruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wer weiß! Vielleicht weiß er mehr als Sie! – Gegenruf des Abg. Thomas Blenke CDU: Hätten Sie gern, Kollege!)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Meine Damen und Herren, für die Regierung spricht Herr Minister Hauk.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Über die sieben Nationalparks?)

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Peter Hauk: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Kollege Hoher, sieben Naturparke. Das reicht vollkommen.

(Vereinzelt Heiterkeit – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wer weiß, was Sie noch vorhaben!)

Ich bin auch der festen Überzeugung, dass die Biodiversität in den sieben Naturparks allemal deutlich höher ist als in dem einen Nationalpark. Das sei nur einmal nebenbei festgestellt.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Aber das liegt natürlich daran, dass der eine Nationalpark nur Wald umfasst. Dafür kann er nichts.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Und Grinden!)

Die Naturparke umfassen natürlich auch Offenlandschaften. Wahr ist natürlich auch, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass die Naturparke im Regelfall bewirtschaftete Natur umfassen

(Zuruf von der AfD: Das ist ja auch Sinn und Zweck!)

und die Biodiversität in der bewirtschafteten Natur allemal höher ist als in der unbewirtschafteten. Das ist ein Faktum. Das ist für den landwirtschaftlichen Bereich schon längst nachgewiesen; im forstlichen Bereich gibt es Hinweise dafür, dass es dort ähnlich sein kann.

Deshalb ist es natürlich auch notwendig, dass wir diese Dinge in Wert setzen. Deshalb haben die Naturparke in den letzten 25 Jahren – ich glaube, sie bestehen jetzt schon seit fast 50 Jahren – einen erstaunlichen Wandel vollzogen. Ursprünglich dienten die Naturparke dazu, die Erholung der Bevölkerung in diesen Gebieten – es gab in den Siebzigerjahren deutlich weniger – zu fördern. Zwischenzeitlich sind die Naturparke im Prinzip die Motoren einer vernünftigen Regionalentwicklung.

Lieber Kollege Stein, wenn Sie beklagen, da werde zu viel Geld für Personal und zu wenig für Projekte ausgegeben,

(Abg. Anton Baron AfD: Ja!)

dann muss ich Ihnen leider Gottes sagen: Sie brauchen Personal, um die Regionalentwicklung zu fördern. Das ist der entscheidende Punkt.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Abg. Anton Baron AfD: Natur-Mensch-Beziehungen!)

Ohne Personal keine Regionalentwicklung. Das ist genauso, wie wenn Sie ohne Koch ein Essen zaubern wollen. Das wird auch nicht funktionieren.

(Abg. Anton Baron AfD: Natur-Mensch-Beziehungen! – Zuruf des Abg. Udo Stein AfD)

Da brauchen Sie auch die Motoren. Regionalentwicklung bedingt Personalnetzwerke, bedingt Personal. Deshalb ist Personal notwendig.

(Abg. Anton Baron AfD: Herr Hauk, Natur-Mensch-Beziehungen untersuchen!)

– Jetzt hören Sie doch auch einmal zu. In der Diskussion waren doch interessante Untertöne dabei. Wenn ich die Kollegin Rolland am Anfang richtig verstanden habe, sagte sie, die Personalausstattung sei eigentlich sehr angemessen, zum Teil sogar unterdurchschnittlich stark ausgeprägt. Da hat sie dem Grunde nach recht.

(Abg. Gabi Rolland SPD: So ist es!)

Ich glaube, die Naturparke sind in Armut groß geworden

(Abg. Gabi Rolland SPD: Ja!)

und mussten sich immer nach der Decke strecken. Ich sage einmal in Klammern dazu, meinen eigenen Berufsstand nicht vernachlässigend: von Förstern geleitet. Die meisten Förster sind multifunktional einsetzbar und können sich in vielen Bereichen bewähren.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Sogar als Minister! – Vereinzelt Heiterkeit)

– Sogar als Minister.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Nur die Frage: Was kommt dabei raus?)

Aber das zeigt auch, dass damit im Prinzip eine gute Entwicklung initiiert war. Deshalb haben die Naturparke einen gewissen Stand in der Regionalentwicklung erreicht.

Kollege Pix und Kollege Hockenberger haben Beispiele dafür genannt, welche Highlights die Naturparke jedes Jahr hervorbringen: 60 Naturparkmärkte. Das sind Highlights der Regionalentwicklung, wie man sie sich eigentlich nicht besser wünschen kann.

Die „Schmeck den Süden“-Gastronomen setzen in Verbindung mit den Naturparkwirten die pflanzliche und tierische Produktion landwirtschaftlicher, aber auch jagdlicher Natur

(Minister Peter Hauk)

in kulinarische Genüsse um. Es ist, glaube ich, entscheidend und wichtig, dass diese Verbindung auch entsprechend hergestellt wird.

Zum Thema Bildung: 43 Naturpark-Schulen, zusätzlich auch Naturpark-Kitas. Da geht es nicht um das Thema Waldkindergärten, sondern es geht darum, eine gute Verknüpfung der schulischen Bildung, der vorschulischen Bildung mit der Natur und der natürlichen Umwelt zu erreichen. Diese Zahlen sprechen ein Stück weit für sich – und das alles mit einem Personalbestand, der bei unter 50 Beschäftigten für das ganze Land liegt. Da muss man sagen, wenn man es vom Ergebnis her sieht: Das, was bei den Naturparks geleistet wird, ist eigentlich eine Herkulesarbeit. Deshalb sage ich allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dort ganz herzlichen Dank für diese großartige Leistung.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen, der SPD und der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, wir Politiker reden insbesondere seit zwei Jahren über das Thema Biodiversität. Vor zwei Jahren haben wir die Biodiversitätsstrategie verabschiedet und auch mit finanziellen Mitteln unterlegt. Ich will aber sagen, dass die Naturparke schon viel früher auf der Schiene waren.

Der Naturpark Schwarzwald Mitte/Nord hat bereits in den Vorjahren mit dem Projekt „Blühender Naturpark“ von sich reden gemacht. Er hat versucht, Gemeinden aufmerksam zu machen sowie Schüler und Kitas in Projekte einzubinden. Unbelebte Rasenflächen sollten mit Blümmischungen, die im Naturpark auch tatsächlich vorkommen – nicht mit Fremdblühern oder invasiven Blühharten, sondern mit heimischen Blümmischungen –, aufgepeppt werden. Das war im Prinzip auch der Vorläufer für das Thema „Blühendes Baden-Württemberg“.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Gute Sache!)

Diese Aktion des Naturparks Schwarzwald Mitte/Nord haben wir auf alle Naturparke ausgeweitet. Seit drei Jahren sind alle Naturparke in das Projekt „Blühende Naturparke“ eingebunden. Da der Erfolg so riesig war und da mittlerweile weit über 500 Gruppen, Initiativen und Gemeinden daran mitarbeiten, haben wir beschlossen, das in diesem Jahr auf alle Gemeinden auszuweiten.

Unter dem Landesprogramm „Baden-Württemberg blüht“ wollen wir am 1. Juli einen Landeswettbewerb starten. Die blühenden Naturparke sind dabei das leuchtende Beispiel oder auch das leuchtende Vorbild dafür, wie es gelingen kann, Menschen zu sensibilisieren. Neben der Frage: „Schaffen wir neue Flächen?“ geht es auch um die Frage des gesellschaftlichen Bewusstseins, der Bewusstseinsbildung.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Sehr gut!)

Das erreichen wir nur dann, wenn wir möglichst viele gesellschaftliche Gruppen – Vereine, Verbände, Schulen – in das Thema „Artenvielfalt und Biodiversität“ einbeziehen, also wenn sie selbst mit Hand anlegen können. Die kleinste Fläche ist ein Gewinn.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen
– Abg. Thomas Blenke CDU: Bravo!)

Das wollen wir umsetzen. Die Naturparke dienen dabei als leuchtendes Beispiel – bis hin zur Gewinnung der Samen, die man braucht, um die Blümmischungen heimatgebunden und letztendlich autochthon auszubringen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, darüber hinaus spielen sie in der Regionalentwicklung eine Rolle. Kollege Pix hat auf das Thema „bauWERK SCHWARZWALD“ hingewiesen. Da geht es darum, mit der Baukultur einen Teil der regionalen Identität zu stärken.

Ich glaube, dass es in einer Welt, in der sich die Menschen immer mehr nach Heimat sehnen, in der sie immer mehr Heimat wollen, Heimat auch erleben wollen, wichtig ist, dass sie sich auch mit ihrem Umfeld identifizieren können. Bei den Menschen – diese sind die Hauptsache – spielt das Thema Vertrautheit, aber auch das Thema Modernität eine Rolle.

Wer im 21. Jahrhundert neu baut, der kann sich für Individualbauten oder für Bauten von der Stange entscheiden. Unser Bestreben war aber, zu versuchen, das, was die Altvorderen vor zum Teil mehreren Jahrhunderten schon durch bestimmte Baustile, die in vielerlei Fragen auch einen wirtschaftlichen Vorteil boten, erreicht haben, in unsere Zeit zu tradieren und im Prinzip mit modernen Baumethoden auch fortzusetzen. Dem dient dieses Experiment „bauWERK SCHWARZWALD“ und dem Versuch, eine regionale Baukultur anhand einer Region – der Schwarzwald ist eine natürliche Region dafür – zu initiieren.

Das läuft derzeit an. Da muss man noch Finanzierungsfragen klären. Ich bin aber davon überzeugt, dass dies ein guter Ansatz sein kann, um dort auch ein Stück weit weiterzukommen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der nachhaltige Tourismus hat von Anfang an eine Rolle gespielt und war deshalb wichtig. Herr Kollege Stein – ich spreche Sie an, weil Sie vorhin das Thema Personal so verteufelt haben –,

(Abg. Anton Baron AfD: Natur-Mensch-Beziehungen!)

für geführte Wanderungen brauchen Sie auch Wanderführer. Diese fallen nicht vom Himmel. Das ist so. Für geführte Wanderungen brauchen Sie jemanden, der sich auskennt. Sie werden nicht überall nur Ehrenamtliche einsetzen können, vor allem nicht zur Hauptarbeitszeit, wenn es um Wanderungen für Schüler usw. geht; also werden Sie wiederum Personal benötigen.

(Zurufe von der AfD – Gegenruf: Zuhören!)

Insofern ist auch bei diesen Fragen eine personelle Verstärkung notwendig.

Über die Frage des Mittelaufwuchses ist bereits einiges gesagt worden. Und ja, Frau Kollegin Rolland, wir werden versuchen, diesen fortzusetzen. Die endgültige Entscheidung fällt im Herbst. Wir haben beim Finanzministerium nicht nur 550 000 € angemeldet, sondern 650 000 €. Ob das Finanzministerium angesichts der stagnierenden wirtschaftlichen Situation – die Steuereinnahmen steigen zwar, aber nicht in der Höhe wie in den letzten Jahren; das Wachstum der Steuereinnahmen hat sich verlangsamt – und ob Sie, meine sehr ver-

(Minister Peter Hauk)

ehrten Damen und Herren, bei allem mitmachen, weiß ich nicht. Aber jedenfalls ermutigen und bestärken mich die Wortmeldungen der Kollegen Pix und Hockenberger darin, in der Frage der Naturparke klare Flagge bei den Haushaltsberatungen – zumindest auf Regierungsebene – zu zeigen.

(Abg. Ulli Hockenberger CDU: Selbstverständlich!
Sehr guter Standpunkt! – Abg. Thomas Blenke CDU:
Genau das haben sie gesagt!)

Und ja, Frau Kollegin Rolland, Sie haben recht: Es war gut, als Naturschutz in Gänze auch mit der Produktion vereinigt war, als sich die Produktion in der Landwirtschaft und in der Forstwirtschaft auch mit naturschützerischen Maßnahmen beschäftigt hat. Ja, es war gut, und ich hätte nichts dagegen, wenn die betreffende Abteilung des Umweltministeriums wieder in das MLR hinüberwandern würde; das sage ich ganz offen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der AfD sowie des Abg. Klaus Hoher FDP/DVP – Abg. Klaus Dürr AfD: Ministerium abschaffen!)

Aber, liebe Frau Kollegin Rolland, Sie kamen ja leider nicht in die Verlegenheit, dieses Ministerium leiten zu dürfen, was meines Erachtens ein großer Verlust für die Sozialdemokraten war. Aber es gibt Gegebenheiten in einer Koalition, die eben sind, wie sie sind. Deshalb machen wir aus der heutigen Situation das Beste, und ich denke, das Beste, was wir machen können, ist, daran zu arbeiten, dass sich die Naturparke weiterhin lebendig und aktiv sowie als der starke Baustein für die regionale Entwicklung Baden-Württembergs darstellen. Und wenn der Nationalpark in der Zusammenarbeit noch etwas zulegt, wird es auch richtig gut.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU
– Abg. Klaus Dürr AfD: Da haben Sie recht!)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Frau Kollegin Rolland, die SPD hat noch Redezeit.

Abg. Gabi Rolland SPD: Vielen Dank. – Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Herzlichen Dank für das durchgehend gute Bekenntnis zu den Naturparks in Baden-Württemberg, und herzlichen Dank, Herr Minister, dass Sie zumindest heute eine finanzielle Zusage seitens Ihres Hauses gegeben haben. Wir werden prüfen, was im Haushaltsentwurf steht. Herzlichen Dank!

Ich möchte noch eines sagen, da Sie über den Nationalpark vorhin ein wenig despektierlich sagten, das sei ja nur Wald: So ist es natürlich nicht. Wir haben dort unglaublich tolle Grinden. Wir haben auch super Gewässer. Der Wildsee ist eines der ältesten Gewässer, eines der ältesten Naturschutzgebiete. Ich glaube, seit 1911 liegt der Wildsee im heutigen Gebiet des Nationalparks.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Den Wildsee gibt es schon länger!)

Damit haben wir schon etwas mehr als – in Anführungszeichen – „nur“ Wald, was als nationales Kulturerbe unter Schutz gestellt ist.

Was ich den beiden Regierungsfraktionen mit auf den Weg geben will und auch an die Bevölkerung richte – wir befinden uns ja in einer öffentlichen Sitzung und machen hier auch politische Bildung –: Es gibt keine Fraktionsmittel. Entschuldigung! Sie können nicht einfach sagen: „Aus Fraktionsmitteln geben wir Geld.“ Oder kommt das aus dem Etat Ihrer Fraktion? Nein, das sind Haushaltsmittel. Es sind Steuern, die im Staatshaushalt verbucht werden. Deshalb werden wir hier im Haus bei der Verabschiedung des Staatshaushalts darüber befinden, wie viel Geld tatsächlich wohin fließt.

Ich freue mich darüber, wenn wir mit dem Haushalt mehr Geld für die Geschäftsstellen und eine Unterstützung für Bauwerke bereitstellen können. Wenn Baden-Württemberg aufblüht, können wir uns alle freuen, und wenn die Naturparke finanziell und organisatorisch auf Augenhöhe mit dem Nationalpark und den beiden Biosphärengebieten bleiben, ist die SPD-Fraktion damit zufrieden und wird dies weiterhin kritisch, aber auch sehr positiv begleiten.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Meine Damen und Herren, jetzt liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Antrags Drucksache 16/2086. Abschnitt I ist ein Berichtsteil und kann daher für erledigt erklärt werden. – Dem stimmen Sie zu.

Abschnitt II ist ein Beschlussteil, der ein Handlungersuchen an die Regierung enthält. Halten Sie den Wunsch nach einer Abstimmung über Abschnitt II aufrecht? –

(Abg. Reinhold Gall SPD: Dem Ansinnen wurde Rechnung getragen, wenn auch unbefriedigend! – Gegenruf des Abg. Ulli Hockenberger CDU: Sehr gut! – Abg. Thomas Blenke CDU: Mehr können wir nicht erwarten!)

Okay. Dann können wir also auch Abschnitt II für erledigt erklären. Vielen Dank.

Damit haben wir Punkt 4 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wissenschaft, Forschung und Kunst zu der Mitteilung der Landesregierung vom 14. Mai 2019 – Information über Verwaltungsabkommensentwürfe; hier: GWK-Beschlüsse vom 3. Mai 2019 über die Nachfolge bzw. Fortschreibung ab 2021 der drei zentralen Bund-Länder-Vereinbarungen im Bereich Hochschule und Wissenschaft (Innovation in der Hochschullehre, Zukunftsvertrag Studium und Lehre, Pakt für Forschung und Innovation) – Drucksachen 16/6250, 16/6259

Berichterstatterin: Abg. Gabi Rolland

Das Präsidium hat für die Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

Es beginnt Herr Kollege Salomon für die Grünen.

Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Der 3. Mai dieses Jahres war durchaus ein guter Tag für die Wissenschaft, für die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, für die Studierenden, allgemein für die Hochschul- und Wissenschaftslandschaft in unserem Land. Die Bund-Länder-Vereinbarungen waren ein starkes Signal der jeweiligen Landeswissenschaftsminister und der Bundeswissenschaftsministerin. Diese möchte ich durchaus nicht nur kritisieren. Es kam ja auch im Vorfeld dieser Bund-Länder-Vereinbarungen immer wieder auf, dass Frau Karliczek kritisiert worden ist. Man hat bis zum 3. Mai dieses Jahres verfolgen dürfen, wie sich das Ganze entwickelt hat. Da sah das durchaus kritisch aus. Aber am Schluss war es dann doch so, dass sie sich auch innerhalb der Großen Koalition durchsetzen konnte und wir jetzt mit den Bund-Länder-Vereinbarungen auch ein starkes Signal in unruhigen Zeiten an die Hochschulen und die Wissenschaftslandschaft in unserem Land geben.

Die Planungssicherheit, die wir jetzt durch diese Bund-Länder-Vereinbarungen erhalten haben, ist natürlich nicht so ganz selbstverständlich. Sie alle haben gesehen, dass die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder in den nächsten Jahren nicht mehr so steigen, wie es allgemein vermutet worden ist. Daher ist es wichtig, der Wissenschaftslandschaft ein Signal zu geben, dass sie in finanzieller, aber auch in zeitlicher Hinsicht Planungssicherheit hat. Das hat man daran gesehen, dass zwei der drei Verträge so ausgestaltet worden sind, dass sie zunächst einmal unbegrenzt gelten. Auch die Zehnjahresfrist in dem Pakt für Forschung und Innovation ist durchaus akzeptabel. In der Verhandlungsmitte wird noch einmal darüber geredet, wie man weiter verfährt. Aber ich glaube, in der Summe ist es durchaus ein gutes Signal.

Trotz allem möchte ich eine gewisse Kritik anbringen, weil der Pakt für Forschung und Innovation insgesamt so ausgestaltet ist, dass er in den jeweiligen Regularien relativ schmal ist, also durchaus angemessen, sodass man sagen kann: Man kann dort gut agieren. Dagegen wurde in den anderen zwei Pakten bis ins feinste Detail hinein vom Bund relativ klar geregelt, wie die Länder in Lehre und Studium damit umgehen sollen.

Meines Erachtens müssen wir in diesem Bereich mehr Beifreiheit haben. Es geht darum, dass wir unseren Hochschulen die Möglichkeit geben, diese Pakte so umzusetzen, dass sie möglichst auch in Studium und Lehre ankommen. Da ist meines Erachtens zu viel Bürokratie dabei und hätte der Bund den Ländern durchaus auch die Freiheit geben dürfen, in Eigenständigkeit zu agieren.

Das ist aber vielleicht ein generelles Phänomen der Bundespolitik. Das sollten wir als Landesparlamentarier durchaus auch kritisieren.

Beim Jubiläum „70 Jahre Grundgesetz“ ist es, glaube ich, auch nicht ganz falsch, dass wir gerade diesen Föderalismus noch einmal stärken. Das ist hier leicht gesagt. Aber der Bund hat versucht, in der Bildungspolitik mehr Einfluss zu gewinnen, indem er Geld gibt und klare Vorgaben macht, wie das ausschauen soll. Das hat der Bund jetzt natürlich auch bei den Bund-Länder-Vereinbarungen versucht und gesagt: „Wir geben Geld“ – prozentual natürlich viel weniger, als es in der Bildungspolitik, für die Schulen, war –; die Absicht war na-

türlich letztendlich, hierüber in den Ländern Einfluss auf die Art und Weise zu nehmen, wie Studium und Lehre ausgestaltet sein sollen. Dies kann aber nicht Sinn und Zweck sein; die Länder wissen vor Ort gut und sogar besser, wie man mit den Hochschulen verfährt und wie das Geld einzusetzen ist. Ich glaube, da sind – bei aller Liebe und allem Respekt – die Bundespolitiker nicht klüger als wir hier vor Ort. Es ist daher wichtig, die Länder auch in diesem Bereich zu stärken.

(Beifall bei den Grünen)

Jetzt können Sie in zahlreichen Beiträgen durchaus nachlesen, wie diese Bund-Länder-Vereinbarungen bewertet werden. Ich lasse diese Frage hier einmal außen vor; wir wollen ja in die Zukunft blicken, und da geht es natürlich darum, wie wir dies nun umsetzen, und zwar nun zunächst im Nachfolgevertrag zum Hochschulfinanzierungsvertrag. Der heutige Tag ist dabei durchaus wichtig; heute beginnen die entsprechenden Verhandlungen mit unseren Hochschulen.

Es wird daher wichtig sein – zumal wir den nächsten Haushalt mit dem thematischen Schwerpunkt „Innovation und Bildung“ versehen wollen –, Innovation nicht nur in Bezug auf die Wirtschaft zu setzen, sondern so zu verstehen, dass Innovation in unseren Hochschulen beginnt. Dort muss der Anfang gemacht werden; es reicht nicht, allein die Wirtschaft als Impulsgeber für die Innovation zu sehen. Die Wirtschaft ist dabei wichtig – keine Frage –, aber wir brauchen bei uns im Land Forschung, wir brauchen unsere Hochschullandschaft; denn dort werden die Fachkräfte der Zukunft ausgebildet. Insbesondere was die ländlichen Räume betrifft, haben wir in unseren Hochschulen für angewandte Wissenschaften die Ansprechpartner für die kleinen und mittleren Unternehmen, damit dort Innovation entsteht und damit das produziert wird, was für die Zukunft wichtig ist. Wichtig ist auch, dass die Arbeitsplätze hier weiterhin Bestand haben.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Ich halte daher die Verhandlungen zur Hochschulfinanzierung für äußerst wichtig.

Erlauben Sie mir am Ende meiner Redezeit noch einen kleinen, dezenten Hinweis: Das, was in Deutschland im Rahmen der Vereinbarungen zwischen Bund und Ländern gut läuft – keine Frage –, läuft in Europa nicht überall so gut. Heute finden im ungarischen Parlament Verhandlungen zu Bestrebungen statt, die Wissenschaftsfreiheit einzuschränken. Ich meine, für uns Parlamentarierinnen und Parlamentarier hier im Landtag ist es wichtig, dass wir uns mit den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern in Ungarn solidarisieren und ihnen sagen, dass wir hinter ihnen stehen, damit die Wissenschaftsfreiheit in Europa und eben speziell in Ungarn nicht eingeschränkt wird. Auch das wäre ein wichtiges Signal, das nun kurz nach der Europawahl von diesem Haus ausgehen kann.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen – Einzeln Beifall bei der CDU und der SPD)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Frau Kollegin Gentges, bitte, für die CDU.

Abg. Marion Gentges CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, wertere Kolleginnen, wertere Kollegen!

Ein Wissenschaftler benötigt vier Dinge: erstens einen Kopf zum Denken, zweitens Augen zum Sehen, drittens Geräte zum Messen, und viertens – Geld.

Diese Worte sind nicht meinem Geist entsprungen; sie werden Albert Szent-Györgyi zugeschrieben, der 1937 für seine Erkenntnisse über die Bedeutung von Vitamin C für die Gesundheit des Menschen mit dem Nobelpreis ausgezeichnet worden ist – und wahrscheinlich wegen seines schwer auszusprechenden ungarischen Namens eher selten zitiert wird.

Inhaltlich trifft dieses Zitat den Kern der heutigen Debatte: Wissenschaft braucht Geld, Lehre braucht Geld, Hochschulen brauchen Geld. Warum? Weil es bei Bildung, bei Forschung und Innovation um nicht weniger geht als um die Zukunft unseres Landes, die Zukunft unserer Kinder und Enkel. In Zeiten rasanter Innovationszyklen werden die Herausforderungen nämlich nicht geringer. Womöglich ist ein Teil des erlernten Wissens der heutigen Studierenden schon veraltet, wenn diese morgen ins Berufsleben eintreten. Wir brauchen also sehr gute Hochschulen und exzellente Forschung, wenn wir Innovationsnation bleiben wollen. Wir müssen Bildung, Forschung und Innovation als Zukunftsthemen allerersten Ranges betrachten.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Die Wissenschaftspakte, die morgen abgeschlossen werden sollen, sind Ausdruck der Bedeutung, die diesem Themenfeld zukommt. Mit dem „Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken“ sollen bis 2023 jährlich rund 3,8 Milliarden € und ab 2024 rund 4,1 Milliarden € zur Förderung von Studium und Lehre zur Verfügung gestellt werden. Bund und Länder sollen die Kosten je zur Hälfte tragen.

Hier steigt der Bund in die Grundfinanzierung der Hochschulen – eine originäre Aufgabe der Länder – mit dem Ziel ein, finanzielle Planungssicherheit und damit die Grundlage für die Ausweisung unbefristeter Stellen zu schaffen.

Die Mittel aus dem Pakt für Forschung und Innovation kommen den außeruniversitären Forschungseinrichtungen zugute: der Deutschen Forschungsgemeinschaft und den vier großen Forschungsinstitutionen Fraunhofer-Gesellschaft, Helmholtz-Gemeinschaft, Leibniz-Gemeinschaft und Max-Planck-Gesellschaft. Mit einer Laufzeit von zehn Jahren und einem jährlichen Mittelaufwuchs von 3 % sorgt dieser Pakt für stabiles Wachstum und Planungssicherheit.

Über die Vereinbarung „Innovation in der Hochschullehre“ werden dann für die Weiterentwicklung der Hochschullehre jährlich 150 Millionen € bereitgestellt. Von 2024 an sollen sich die Länder mit 40 Millionen € je Jahr an der Finanzierung beteiligen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie es mich offen sagen: Bei den Wissenschaftspakten geht es um Geld, geht es um viel Geld, um Geld des Bundes und um Geld der Länder, die sich verpflichten, über das bisherige Maß hinaus zu investieren. Ich halte das für richtig.

Zum einen ist Baden-Württemberg ein forschungs- und innovationsstarkes Land, dessen Hochschulen und Forschungsein-

richtungen besonders von den Pakten profitieren, zum anderen ist das Geld, das in unsere Hochschulen, in Wissenschaft und Forschung fließt, eine enkelgerechte Investition in die Zukunft, in Innovation und Fortschritt.

Bei den anstehenden Verhandlungen zur Hochschulfinanzierung – Kollege Salomon hat schon darauf hingewiesen – haben wir die Chance, das umzusetzen, befristete Stellen in unbefristete umzuwandeln, Programmmittel in Grundfinanzierung zu überführen, Verlässlichkeit zu schaffen, neuen Aufgabenstellungen Rechnung zu tragen. Hier wäre das Geld richtig angelegt, damit die Wissenschaftler im Sinne des eingangs gebrachten Zitats von Albert Szent-Györgyi Kopf, Augen, Geräte und – gestatten Sie mir diese Ergänzung – ihr redliches Bemühen unserer gemeinsamen Zukunft widmen können.

Besten Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen
– Abg. Thomas Blenke CDU: Sehr schön!)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Räßple, bitte, für die AfD.

Abg. Stefan Räßple AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, wertere Kollegen! Morgen werden drei Verträge von der Bundeskanzlerin und von den 16 Regierungschefs der Länder unterzeichnet, und heute reden wir zum ersten Mal öffentlich darüber. Also, die Presse hat jetzt einen Tag Zeit, die Bürger darüber zu informieren, wohin zig Milliarden Euro ihres Steuergelds fließen sollen.

(Abg. Marion Gentges CDU: Völlig zu Recht!)

Wenn das die Transparenz ist, die in Ihrer parlamentarischen Demokratie, die Sie ja immer so hochhalten, gegeben sein soll,

(Zuruf von den Grünen: Im Gegensatz zu Ihnen!)

dann kann ich wirklich nur sagen: Das ist beschämend, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD und des Abg. Dr. Wolfgang Gedeon [fraktionslos])

Aber das entspricht genau dem Eindruck einer Scheindemokratie,

(Abg. Nicole Razavi CDU: Hoi, hoi, hoi!)

einer Fassadendemokratie, den Sie immer weiter aufrechterhalten möchten, damit Sie hier so viel Geld wie möglich aus dem Bürger pressen können, um Ihre Diäten jedes Jahr schön zu erhöhen.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Wenn es eine Scheindemokratie wäre, wären Sie nicht hier im Parlament!)

Das ist Ihr einziges Ziel in diesem gesamten Theater hier, meine Damen und Herren.

Heute wird darüber diskutiert – davor war es vor uns Parlamentariern geheim zu halten –, und schon morgen wird das unterzeichnet. Wo ist hier die Kontrolle des Parlaments über die Regierung? Das frage ich Sie.

(Stefan Räßle)

(Beifall bei Abgeordneten der AfD und des Abg. Dr. Wolfgang Gedeon [fraktionslos])

Ich als gelernter Konditor gehe sehr pragmatisch an die Politik heran, was manchem vielleicht nicht gefällt, weil meine Sprechweise oder meine Art, mich zu artikulieren, nicht dem akademischen Stil entspricht, sondern eher die Stimme des Volkes repräsentiert.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Lachen bei den Grünen – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Was für ein Witz!)

Diese politisch korrekte Sprache, dieses Pamphlet, das wir bekommen haben – diese drei Verträge, z. B. der „Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken“, sind ja nur so gespickt mit Phrasen, inhaltslosen Euphemismen und einer Selbstbekehrung sondergleichen.

Ich gebe ein paar Beispiele: Dort wird von Chancengleichheit gesprochen – Chancengleichheit für Frauen z. B. im Wissenschaftsbetrieb. Aber das, was Sie hier bezwecken wollen, ist eine Ergebnisgleichheit, und das ist das Gegenteil von Chancengleichheit, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Die grundlegenden Fragen: Hier wird viel Geld verteilt, hier wird gesagt, wie viele Milliarden wohin fließen, was hier ausgegeben werden soll. Es werden also nur wieder quantitative Fragen gestellt. Aber wo bleibt die Qualität? In diesem Vertrag wird sehr oft das Wort „Qualität“ benutzt. Aber letztendlich geht es nur um Geld – so, wie Sie es auch gesagt haben: In der Wissenschaft geht es um Geld. Wenn ich so etwas schon höre!

(Zuruf des Abg. Thomas Marwein GRÜNE)

Sie reproduzieren ja diesen falschen Gedanken. Es geht gerade um die Qualität unserer Wissenschaft, meine Damen und Herren. Und da gibt es ein wichtiges wissenschaftliches Prinzip, ausgearbeitet von Karl Popper: die Falsifikation.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Hat der auch schon Kuchen gebacken?)

Falsifikation bedeutet: Wenn im Rahmen der empirischen Forschung eine Theorie aufgestellt wird, ist, wenn es nur einen einzigen Gegenbeweis zu ihr gibt, die gesamte Theorie für nichtig erklärt. Wenn man z. B. sagt: „Alle Schwäne sind weiß“, und man einen schwarzen Schwan findet, dann ist die Theorie „Alle Schwäne sind weiß“ falsch.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Und wenn alle Schwäne schwarz sind?)

Vielleicht sind Sie nur noch hier in diesen Gebäuden oder am Buffet anzutreffen. Deswegen gebe ich Ihnen jetzt einmal als Politiker hier

(Abg. Gerhard Kleinböck SPD: Eine Lehrstunde!)

ein Beispiel aus Ihrem Leben, an dem Sie das vielleicht nachvollziehen können.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Ersparen Sie uns das!)

Wenn ich z. B. sagen würde: „Alle grünen Politiker haben kein Gehirn“,

(Heiterkeit bei Abgeordneten der AfD)

dann mag das vielleicht, wenn man Sie so betrachtet, offensichtlich eine gute Theorie sein, die auch valide ist. Aber wenn ich jetzt z. B. Herrn Palmer sehe – bei ihm ist noch ein Anflug von Resthirn da –, dann hat sich meine gesamte Theorie widerlegt, und die Theorie „Alle Grünen haben kein Gehirn“ wäre damit falsch.

(Abg. Sandra Boser GRÜNE: Das ist beleidigend! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das ist beleidigend! Ich muss mich nicht beleidigen lassen! – Abg. Nicole Razavi CDU: Das ist völlig niveaulos! – Abg. Andreas Stoch SPD: Was ist das denn für ein Kasperletheater hier?)

Das ist das Prinzip der Falsifikation. Ich übertrage das jetzt einmal auf den Klimawandel. Wenn 97 % der Wissenschaftler sagen: „Der Klimawandel ist menschengemacht“, aber 3 % sagen – und haben das auch empirisch bewiesen –, dass dem nicht so ist,

(Lachen bei Abgeordneten der Grünen)

dann ist das nicht so wie in der Demokratie, dass plötzlich die 97 % die 3 % „kaputt machen“.

(Zuruf des Abg. Raimund Haser CDU)

Vielmehr: Wenn nur ein einziger Wissenschaftler herausgefunden hat,

(Zuruf der Abg. Nese Erikli GRÜNE)

dass der Klimawandel nicht menschengemacht ist, dann ist die gesamte Theorie ad absurdum geführt und diese Klimalüge als Lüge enttarnt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das hätten Sie gern! Aber es ist nicht so! – Zurufe der Abg. Alexander Salomon GRÜNE und Thomas Dörflinger CDU)

Ich komme zum Schluss.

(Zuruf: Gott sei Dank! – Abg. Nicole Razavi CDU: Der CO₂-Ausstoß ist jetzt schon zu hoch!)

Wir haben große qualitative Mängel in unserer Forschungsgemeinschaft, auch bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft. Ich bin jetzt gar nicht auf die DFG zu sprechen gekommen.

(Zuruf der Abg. Nicole Razavi CDU)

Dieser korrupte zentralistische Moloch, bei dem jährlich 2,5 Milliarden € unserer Steuergelder für Auftragsforschung ausgegeben werden – eine Investition kann man das ja nicht nennen; das ist eine Ausgabe –, ...

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Räßle, Sie wollten zum Schluss kommen.

Abg. Stefan Räßle AfD: ... von dem politischen Einfluss der Deutschen Forschungsgemeinschaft ganz zu schweigen – – Das kommt auch nicht von mir, sondern das können Sie in der FAZ nachlesen.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Kommen Sie jetzt bitte zum Schluss.

Abg. Stefan Räßle AfD: Schlussendlich – mein letzter Satz –: Die AfD-Fraktion steht für Subsidiarität statt Zentralismus,

(Abg. Nicole Razavi CDU: Können Sie das einmal erklären? Was ist denn Subsidiarität?)

Elitenförderung statt Gleichmacherei und Vernunft statt Ideologie.

Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD und des Abg. Dr. Wolfgang Gedeon [fraktionslos] – Zurufe der Abg. Nicole Razavi und Marion Gentges CDU)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Das Wort hat Frau Kollegin Rolland für die SPD-Fraktion.

Abg. Gabi Rolland SPD: Herzlichen Dank, Frau Präsidentin. – Sie erlauben, dass ich wieder zum Thema zurückkomme.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der Grünen, der CDU und der FDP/DVP)

Sie erlauben vielleicht auch, dass ich auch in Ihrem Namen sagen darf, dass wir großen Respekt vor den außeruniversitären Forschungseinrichtungen haben.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der Grünen, der CDU und der FDP/DVP – Zuruf von den Grünen: Hört, hört!)

Die SPD-Fraktion hier im Landtag ist sehr zufrieden, dass der Bund auf ein Neues in die Finanzierung von Hochschulen einsteigt. Und wir freuen uns natürlich, dass es unseren Kolleginnen und Kollegen der SPD-Bundestagsfraktion gelungen ist, ein Stück weit Sorge dafür zu tragen, dass sich der Bund jetzt auch wieder beteiligt und im Rahmen des Grundgesetzes die Länder bei dieser großen Aufgabe der Wissenschaft unterstützt. Dabei gehören Kopf, Augen, Geräte und Geld einfach zusammen, um ein gutes Ergebnis zu generieren.

(Abg. Stefan Räßle AfD: Hauptsächlich Geld bei Ihnen!)

Die enge Zusammenarbeit zwischen dem Bund und den 16 Ländern dient wem? Selbstverständlich den Studentinnen und Studenten, auch den Beschäftigten in den Universitäten, den Hochschulen und den außeruniversitären Forschungseinrichtungen.

Es war ja schon ein bisschen so, dass man nicht wusste: Klappt das jetzt, oder klappt das nicht? Wäre diese Vereinbarung, die dann hoffentlich morgen unterzeichnet wird, gescheitert, hätte man das den Bürgerinnen und Bürgern nicht wirklich erklären können.

Was jetzt an Vereinbarungen im Raum steht, gewährt der Forschung, der Lehre und der Wissenschaft auch in Baden-Württemberg Stabilität. In diesen unruhigen Zeiten ist das sicherlich ein wichtiges Signal.

Gut ist, dass die Mittel verstetigt werden. Noch besser wäre natürlich eine Dynamisierung der Mittel gewesen, aber wir sagen pragmatisch: Lieber den Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach.

Schade ist nur eines: Die Bundesregierung hat in der Diskussion vorgeschlagen, festzuschreiben, mit welchem Anteil Dauerstellen geschaffen werden sollen, und dies zu einem Vergabekriterium werden zu lassen, um einen Anreiz zu schaffen, das umzusetzen. Man hört jetzt aus Berlin munkeln, Frau Ministerin, dass sich Baden-Württemberg mit Händen und Füßen dagegen gewehrt haben soll, dass dies tatsächlich ein Kriterium wird. Dazu können Sie sicherlich etwas sagen.

Für die SPD-Landtagsfraktion will ich hier deutlich sagen: Die Beschäftigungsbedingungen an den Hochschulen sind für uns eine sehr wichtige Sache. Gute Arbeit – das haben wir im Hochschulfinanzierungsvertrag I bereits deutlich gemacht – ist wichtig, und gute Wissenschaft kann nur gelingen, wenn die Beschäftigten fest angestellt sind und ihre Verträge nicht immer wieder befristet werden. Da gibt es in Baden-Württemberg tatsächlich noch Handlungsbedarf; wir sind Schlusslicht. Deswegen muss hier etwas passieren.

(Beifall bei der SPD)

Daher erwarten wir, Frau Ministerin, heute eine Antwort von Ihnen,

(Abg. Anton Baron AfD: Sie waren doch fünf Jahre in der Regierung!)

wie Entfristungen umgesetzt werden und wie viel Geld tatsächlich vorhanden ist, um Stellen zu entfristen.

(Abg. Anton Baron AfD: Und Sie haben nichts getan!)

Außerdem erwarten wir von Ihnen heute eine Antwort darauf – wir stehen vor dem Hochschulfinanzierungsvertrag –, wie viel Geld die einzelnen Hochschularten bekommen. Woran ist für die Universitäten in Baden-Württemberg gedacht, an welche Mittel für die Hochschulen für angewandte Wissenschaften und insbesondere die DHBW, das Erfolgsmodell für duales Studieren?

Wir wissen – darüber haben wir in der letzten Ausschusssitzung miteinander öffentlich beraten –, dass dafür viel mehr Geld notwendig ist. Auch die Hochschulen für angewandte Wissenschaften haben eher den Eindruck, Frau Ministerin, dass Sie sie am ausgestreckten Arm verhungern lassen. Da besteht dringender Handlungsbedarf.

(Beifall bei der SPD)

Als Drittes würden wir heute gern von Ihnen wissen, wie mit diesem Geld das Betreuungsverhältnis zwischen Studierenden und Lehrenden verbessert werden kann. Sie müssten jetzt ja schon wissen, wie sich die Studierendenzahlen in Baden-Württemberg entwickeln. Auch das ist ein Kriterium für die Höhe der Mittel, die wir vom Bund bekommen.

(Gabi Rolland)

Wir sind gespannt auf Ihre Antworten auf unsere Fragen und bedanken uns für Ihre Aufmerksamkeit.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Jetzt hat Herr Kollege Weinmann für die FDP/DVP-Fraktion das Wort.

Abg. Nico Weinmann FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Baden-Württemberg muss sich im Wettstreit um die besten Köpfe auch weiterhin behaupten, seien es Studierende, Promovenden oder Lehrende.

(Zuruf von der FDP/DVP: Genau!)

Die im Rahmen der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz getroffenen und jetzt zur Verabschiedung anstehenden Vereinbarungen schaffen mit erheblichen Bundesmitteln Spielräume, damit sich unsere Hochschulen auf verlässlicher finanzieller Basis genau diesem internationalen Wettbewerb stellen können.

Mit Blick auf die strukturelle Zusammensetzung des Mittelaufkommens der Hochschulen wird aber auch Handlungsbedarf deutlich. Hierbei fällt auf, dass das Drittmittelaufkommen der Hochschulen seit dem Jahr 2000 um 80 % angestiegen ist. Dies ist vor allem eine Folge verschiedener Programme zur Stärkung der Forschung. Aber auch die Hochschulen haben hierzu einen erquicklichen Beitrag geleistet.

Im Gegensatz dazu sind die Grundmittel in realen Werten seit Mitte der Neunzigerjahre gefallen. Dem Anstieg der Studienanfängerzahlen im letzten Jahrzehnt steht lediglich ein Anstieg der Drittmittel und der wettbewerblich eingeworbenen Mittel gegenüber, welche jedoch nur für die Zwecke eingesetzt werden können, für die sie eingeworben wurden. Diese können nicht für die Finanzierung der Lehre herangezogen werden und ermöglichen in der Regel nur befristete Stellen.

Damit wird es für die Hochschulen stetig schwieriger, in ihrem Kerngeschäft, nämlich der Vermittlung von Wissen und der Reproduktion wissenschaftlichen Nachwuchses, das erreichte Leistungsniveau zu halten oder auszubauen.

Insbesondere hinsichtlich der prekären Arbeitsverhältnisse im akademischen Mittelbau, aber auch durch die stetig steigende Ergänzung der Lehre durch Lehrbeauftragte hat sich die Hochschullehre in den letzten Jahren erheblich verändert. Diese Defizite müssen nun mit dem vorliegenden Hochschulpakt in den Fokus genommen werden.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Kollege, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Räßle zu?

Abg. Nico Weinmann FDP/DVP: In Anbetracht der kurzen Zeit: Nein.

(Abg. Thomas Marwein GRÜNE: Das war jetzt aber höflich! – Gegenruf der Abg. Carola Wolle AfD: Er ist immer höflich!)

Insbesondere das Thema „Bereitstellung unbefristeter Stellen“ müssen wir in Baden-Württemberg stringent verfolgen. Denn Baden-Württemberg belegt – Kollegin Rolland hat es angesprochen – laut Angaben des Statistischen Bundesamts

in der Veröffentlichung „Hochschule 2018“ bei dem Anteil unbefristeter Vollzeitstellen am wissenschaftlichen und künstlerischen Personal im bundesweiten Vergleich einen bedrückenden letzten Platz. Demnach sind im Bundesschnitt 17 % der Stellen unbefristet, in Baden-Württemberg 14 % – mit fallender Tendenz.

Gerade in diesem Punkt – also der Schattenseite der Drittmittelverwendung im Hinblick auf befristete Stellen – hätten wir uns auch ein etwas ambitionierteres Vorgehen gewünscht. Am Beispiel der Praxis der EU wird deutlich, wie das mit einem anderen System zeitlich begrenzter Projektarbeit gelingt. Ihre Bestimmungen – nämlich die der EU – ermöglichen es, dass auch Forscher mit einer Festanstellung in EU-Projekten arbeiten können. Deren Löhne können als Projektkosten abgerechnet werden. Das Geld, das die Universitäten dadurch einsparen würden, könnte flexibel anderweitig eingesetzt werden. Würden alle Drittmittelgeber so vorgehen wie die EU, hätten die Universitäten den notwendigen finanziellen Spielraum, um den Pool von Landesstellen auch tatsächlich in größerem Maß umzusetzen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Zu der Kritik des Rechnungshofs haben wir eine Anfrage gestellt, die allerdings – auch aufgrund der Frist – bis heute noch nicht beantwortet werden können. Vielleicht können Sie, Frau Ministerin, auf die einzelnen Punkte – beispielsweise wird die Verschlechterung der Betreuungsrelation gegeißelt – noch eingehen.

Auffällig – diesen Punkt möchte ich dennoch ansprechen – ist beim Pakt „Innovation in der Hochschullehre“, dass in dem ganzen neunseitigen Dokument nicht ein einziges Mal das Wort „digital“ auftaucht, das aus unserer Sicht sehr eng mit einer zukunftsweisenden Ausgestaltung der Lehre an den Hochschulen verknüpft sein sollte. Nicht erst, seitdem das lebenslange Lernen im bildungspolitischen Kanon inhaltlich verankert ist, sondern auch in der Ausgestaltung eines ganz herkömmlichen Vollzeitstudiums sollte das Element E-Learning mehr Platz erhalten als bisher.

Bayern ist hier mit der Virtuellen Hochschule weit vor uns. Hier bleibt unser Land erstaunlich inaktiv. Impulse von unserer Seite, eine Kooperation einzugehen oder ein landesindividuelles Konzept vorzulegen, blieben bislang ungehört.

Abschließend, liebe Kolleginnen und Kollegen, können wir festhalten, dass mit der geplanten Unterzeichnung der Bundesländer-Vereinbarungen der Weg frei gemacht wird für eine weiterhin erhebliche finanzielle Beteiligung des Bundes an der wichtigen Aufgabe der Ausbildung des akademischen Nachwuchses. Das ist gut und gerade auch für den Wissenschafts- und Forschungsstandort Baden-Württemberg von besonderer Bedeutung. Insoweit tragen wir diese Vereinbarungen gern mit.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Andreas Deuschle CDU)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Für die Regierung hat Frau Ministerin Bauer das Wort.

Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst Theresia Bauer: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich wollte eigentlich nicht von meinem Manuskript abweichen, aber ich lasse mich jetzt doch dazu hinreißen, vorneweg etwas zu Herrn Abg. Räßle zu sagen.

Es wundert einen ja nicht: Immer, wenn das Thema Wissenschaft behandelt wird, gibt Herr Abg. Räßle in seiner Rede alles, was ihm zum Thema Wissenschaft einfällt, zum Besten. Es ist jedes Mal dasselbe: ein wildes Beschimpfen der Wissenschaft in Verbindung mit dem Brass auf Chancengleichheit und Klimawandel. Das erträgt er einfach nicht, und das bekommen wir jedes Mal zu hören.

(Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Das kennen wir. Wir werden Sie auch nicht überzeugen. Aber sagen wir mal so: Wenn Sie das garnieren mit einer allgemeinen Schimpfkanonade auf „Scheindemokratie“, wie Sie das eben genannt haben, mit dem Argument, man wisse ja in dieser Demokratie noch nicht einmal Bescheid über die Mengen an Geld, die für die nächsten Jahre festgelegt werden, weil heute berichtet und morgen geschrieben werde,

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Ja!)

dann kann ich dazu nur sagen: Lesen Sie als Abgeordneter wenigstens Zeitung. Lesen Sie wenigstens Zeitung!

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU, der SPD und der FDP/DVP – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Information der Abgeordneten durch Zeitung! Also!)

Sie können sich auch noch aussuchen, welche. Denn in allen Zeitungen landauf, landab wird seit Monaten darüber geschrieben. Auch im Wissenschaftsausschuss wird darüber diskutiert. Sie haben alle Möglichkeiten der Welt. Machen Sie den Menschen nicht vor, dass Sie zum ersten Mal von diesem Thema gehört haben, als Sie – ich weiß gar nicht, ob Sie sie gelesen haben – die Beschlussempfehlung, die heute hier beraten wird, zur Kenntnis genommen haben.

Es ist wirklich schwer erträglich, wie Sie hier die Demokratie und die Wissenschaft, die mit ihren Freiheiten elementar dazugehört, attackieren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Steht halt in der „Jungen Freiheit“!)

Allen hier im Raum ist es bekannt: Wir haben es nach monatelangen, schwierigen Verhandlungen zwischen Bund und Ländern geschafft, uns in der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz auf drei für die Hochschulen und für die Wissenschaftsorganisationen elementar wichtige Pakete zu verständigen und diese in die Zukunft fortzuschreiben und weiterzuentwickeln. Die Verhandlungen waren lang und kompliziert. Es ging in der Tat um sehr viel Geld. Die Unterzeichnung ist jetzt für morgen in der Ministerpräsidentenkonferenz vorgesehen. Damit gibt es klare Leitplanken für die nächsten Jahre für unsere Universitäten und Hochschulen – und für unsere außeruniversitären Forschungseinrichtungen gleich mit dazu.

(Abg. Stefan Räßle AfD begibt sich zu stellv. Präsidentin Sabine Kurtz. – Abg. Stefan Räßle AfD: Ich bestehe auf einer persönlichen Erklärung! – Gegenruf des Abg. Reinhold Gall SPD: Sie bestehen auf gar nichts! – Unruhe)

Die Vereinbarungen sind ein großer Erfolg. Ich vermute, viele von Ihnen wissen auch – –

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Frau Ministerin Bauer, Sie haben das Wort. – Bitte nehmen Sie Platz, Herr Abg. Räßle.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Wie es sich gehört!)

Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst Theresia Bauer: Die Verhandlungen waren schwierig, und sie waren ein großer Erfolg. Bis zur letzten Minute war es offen, ob wir uns über dieses Paket von Pakten wirklich einigen können. Die Finanzminister saßen ja mit am Tisch. Daher bin ich wirklich stolz darauf, dass es gelungen ist, uns zu verständigen und dieses klare Signal in unsere Hochschulen und in die Forschungslandschaft zu geben.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Jetzt muss ich Ihnen nicht noch einmal ausführlich beschreiben, was in diesen drei Pakten enthalten ist. Sie haben es eben in der Debatte schon sehr schön und im Detail ausgeführt. Ich möchte mich deswegen darauf beschränken, ein paar Dinge zu kommentieren.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Frau Ministerin, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Räßle zu?

Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst Theresia Bauer: Oh nein, ich glaube nicht. Ich glaube, es gibt ja danach eine Erklärung. Ich würde jetzt gern ein wenig kommentieren und bewerten, was in der Debatte an Argumenten vorgetragen wurde.

Der neue „Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken“, der die Verlängerung, die Weiterentwicklung des ehemaligen Hochschulpakts ist, ist in der Tat elementar wichtig für alle unsere Hochschulen. Er ist ein Beleg dafür, dass wir uns deutschlandweit von der alten Vorstellung verabschiedet haben, der Ausbau unseres Hochschulsystems sei ein temporäres Phänomen, geschuldet dem Aussetzen der Wehrpflicht, dem frühzeitigen Einschulen der Kinder und dem doppelten Abiturjahrgang – also er kommt und geht, und man kann weitermachen wie zuvor.

Dass es diesen Hochschulpakt jetzt, und zwar in der Tendenz unbefristet, geben wird, bedeutet, dass wir uns auf ein dauerhaft gewachsenes Hochschulsystem einstellen. Der Anstieg der Studierendenzahlen seit dem Jahr 2005 war rasant und kulminierte im Jahr 2012; er hat sich seitdem nur ganz wenig verflacht. Wir haben eine neue Prognose, Frau Abg. Rolland, die auch zugänglich ist, die uns zeigt, dass wir stabil mit hohen Zahlen auf diesem Plateau bis 2030 rechnen können.

Deswegen ist es überfällig und wichtig, dass wir all die Ausbauprogramme – es gab sie auch in Baden-Württemberg – und den Hochschulpakt des Bundes endlich in ein Maß an Verstärkung führen, das – soweit es irgendwie vertretbar ist – bei den Hochschulen dauerhaft und verlässlich ankommt. Denn

(Ministerin Theresia Bauer)

die befristeten Programme bedeuten alle miteinander, dass man daraus nicht dauerhafte Beschäftigung ermöglichen kann.

In dieser Philosophie und in dieser Logik haben wir schon den letzten Hochschulfinanzierungsvertrag des Landes gestaltet, indem wir einen Großteil der befristeten Mittel des Landes in dauerhafte Finanzierung umgewandelt haben, damit man daraus Dauerstellen einrichten kann.

Wir haben im letzten Wissenschaftsausschuss auch darüber gesprochen, und ich nutze gern die Gelegenheit, die Zahlen hier noch einmal zu präsentieren. Wir haben über diese Entfristung von Ressourcen auch eine Entfristung von Stellen in relevantem Umfang bewerkstelligt. Seit 2015 sind an unseren Hochschulen rund 2 700 Stellen entweder zusätzlich geschaffen oder aus der Befristung in die Entfristung überführt worden. Ich glaube, es gibt kein anderes Bundesland, das eine solche Bilanz vorweisen kann.

Es ist uns ein großes Anliegen, dass auch im Hochschulbereich Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Hochschuldozenten unter fairen Bedingungen arbeiten können, und dazu gehört eben auch, dass da, wo Aufgaben auf Dauer wahrgenommen werden, auch Dauerarbeitsverhältnisse vorgehalten werden. Es geht in diesem Zusammenhang genauso um die Sekretärin und den Hausmeister wie um jemanden, der dauerhaft in der Lehre beschäftigt ist.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Selbstverständlich werden wir jetzt mit der neuen Qualität von Bundesmitteln, die kommen, im Rahmen der Verhandlungen um den Hochschulfinanzierungsvertrag II – – Die Verhandlungen haben gerade erst begonnen; Herr Abg. Salomon führte das korrekt aus. Am Ende der Verhandlungen werden wir wissen, in welchem Umfang und in welcher Verteilung auf die einzelnen Hochschularten wir die nächste Stufe erklimmen können. Natürlich wird es darum gehen, durch die Entfristung von Geldern auch wieder neue Spielräume für die Entfristung von Stellen zu schaffen. Ich bin mir sicher: Wir sind einen großen Schritt gegangen, und wir werden in diesem Kontext den nächsten großen Schritt gehen.

Dass wir, Herr Abg. Weinmann, in Baden-Württemberg dennoch über ein relevantes Maß an befristeten Stellen verfügen – im Vergleich zu anderen Bundesländern; als Beispiel nenne ich insbesondere Mecklenburg-Vorpommern –, liegt daran, dass unsere Forschungslandschaft so stark ist, wie sie ist, und dass in keinem anderen Land mehr Promotionen erfolgen und Doktorandenstellen vorgehalten werden wie hier. Dass wir im Kontext mit Forschung befristete Stellen haben, ist verständlich, macht Sinn und ist deswegen im Grunde auch nicht zu bekämpfen. Wir müssen dafür sorgen, dass da, wo Daueraufgaben wahrgenommen werden, auch dauerhafte Beschäftigungsverhältnisse geschaffen werden und dass unnötig kurze Befristungszeiträume verlängert werden. Auch da sind wir schon ein Stück vorangekommen. Da stehen wir in Baden-Württemberg gar nicht schlecht da.

Der nächste Hebel wäre, wenn Sie bei diesem Thema vorankommen wollen, auf Bundesebene dafür zu sorgen, dass das Wissenschaftszeitvertragsgesetz, das bislang nach zwölf Jahren „Cut!“ sagt – derzeit gibt es zwei Möglichkeiten: entweder du hast dann eine Dauerstelle, oder du bist draußen –, an

diesem Punkt eine wissenschaftsadäquate, moderne Regelung aufnimmt. Das wäre der nächste große Fortschritt. Ich kämpfe dafür, wo ich kann, aber das liegt in der Bundeszuständigkeit, und da können die Partner, die derzeit noch im Bund an der Regierung sind, ihr Scherflein dazu beitragen.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Nico Weinmann FDP/DVP)

Eine wichtige Neuerung bei dem „Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken“ im Vergleich zum bisherigen Hochschulpakt ist, dass man früher in Abhängigkeit von der Studienanfängerzahl gezahlt hat. Also Ausgangsmaßstab 2005: Jeder Kopf, der angefangen hat, wurde gezahlt; danach wurde im Schnitt für vier Jahre Geld gegeben. Das hat den falschen Anreiz gesetzt. Das hat den Anreiz gesetzt, viele aufzunehmen und danach, wenn sie verloren gehen, zu sagen: Sei's drum; das Geld kommt trotzdem.

Dieser dumme und einfache Mechanismus ist abgeschafft. Er wird künftig ersetzt durch einen Zuweisungsschlüssel, der die Zuweisungen pro Land so gestaltet: 20 % in Abhängigkeit von der Zahl der Studienanfänger, 60 % in Abhängigkeit von der Zahl der Studierenden in der Regelstudienzeit plus zwei Semester und 20 % in Abhängigkeit von der Zahl der Absolventinnen und Absolventen. Ich glaube, dass wir mit diesem Schlüsselset klüger, differenzierter sowie den Hochschulen und Studierenden angemessener die Ressourcen im Land halten.

Das heißt aber auch, dass wir in Zukunft die Ressourcen aus dem Zukunftsvertrag nur dann hier in Baden-Württemberg bekommen und verteilen können, wenn wir hier Kapazitäten halten und nicht das Geld nehmen und schlicht und einfach durch das Abschmelzen von Kapazitäten Betreuungsrelationen verbessern.

Wir werden also darauf achten – wir brauchen die entsprechenden Fachkräfte –, dass auch in Zukunft das Studienangebot auskömmlich und mehr oder weniger auf dem bisherigen Niveau gehalten wird.

Der Zukunftsvertrag – bisher Hochschulpakt – ist ein relevanter Beitrag zur Sicherung der Grundausstattung an unseren Hochschulen. Aber man muss sich auch noch einmal die Relationen klarmachen: Mit dem Zukunftsvertrag kommen zusätzliche Ressourcen im Umfang von etwa 10 % zur Finanzierung unserer Hochschulen. Das ist ein Wort – das ist uns auch sehr wichtig –, aber es sind eben auch nur 10 %. Für die anderen 90 % kommen wir aus Landesmitteln allein auf, weil wir zuständig sind für die Hochschulfinanzierung, wie wir auch zuständig sind für die Finanzierung von Schulen.

Das, verehrte Frau Rolland, ist der Grund, warum wir uns doch einigermaßen dagegen gesperrt haben, dass uns der Bund für das Geld, das er anteilig, also zur Hälfte, finanziert – genau genommen also 5 %, die er dazu beisteuert –, Zielvereinbarungen für das gesamte Hochschulwesen vorlegt. Ich hoffe, dass Sie als Landesparlamentarier und überzeugte Föderalisten verstehen können, dass wir uns für diese 5 % nicht in unserer Gesamtplanung und Zielsetzung für unsere Hochschulpolitik an die Leine legen lassen. Da geht es ums Prinzip und nicht um die Frage, ob wir bei den Zielen Übereinstimmungen haben oder nicht. Bei den meisten sind wir näm-

(Ministerin Theresia Bauer)

lich ganz nah beieinander. Aber es geht nicht, dass wir uns unsere Erstzuständigkeit, unsere Kompetenz aushöhlen lassen, um dauerhaft 5 % an Ressourcen zu bekommen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Vereinzelt
Beifall bei der CDU)

Ein zweites Argument: Wir haben mit dem Bund hart um die Frage gerungen, ob diese Mittel dynamisiert werden. Wir wollen in der Tat Dauerbeschäftigungsverhältnisse ermöglichen. Aber es wissen doch alle: Wenn man Menschen dauerhaft beschäftigt, dann gibt es das Thema Inflation, es gibt das Thema Tarifsteigerung; Personalkosten wachsen also kontinuierlich mit.

Wenn man die Mittel nicht dynamisiert, dann bekommt man relativ immer weniger, und die Personalkosten müssen von anderen getragen werden. Der Bund hat sich geweigert oder konnte diese Dynamisierung nicht umsetzen. Dann kann er uns aber im Gegenzug keine Auflage machen, dass wir Dauerstellen schaffen müssen, wenn er selbst sagt: Wir tragen einen kleinen Teil dazu bei, der Rest ist eure Verantwortung. Deshalb haben wir uns das nicht ins Stammbuch schreiben lassen. Ich hoffe, dass Sie als überzeugte Föderalisten dies verstehen.

Selbstverständlich teilen wir das Ziel, dass Dauerstellen geschaffen werden müssen. Selbstverständlich werden wir aus eigener Kraft und eigener Überzeugung dafür sorgen, dass in unserem Land im Hochschulbereich in Zukunft auch noch mehr Dauerstellen ausgewiesen und umgewandelt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Vereinzelt
Beifall bei der CDU)

Ich will auf die anderen beiden Pakte – den Pakt zur Qualitätssteigerung in der Lehre und den Pakt für Forschung und Innovation – nicht vertieft eingehen. Zu diesen ist schon viel gesagt worden.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, zu einem Thema noch einmal zu kommentieren. Herr Abg. Weinmann hat auf die Kritik des Bundesrechnungshofs an den Pakten insgesamt verwiesen. Eine punktgenaue Landung hat der Bundesrechnungshof mit seinem Bericht erreicht, den er dem Bundestag vorgelegt hat – nicht den Landesparlamenten;

(Zuruf des Abg. Nico Weinmann FDP/DVP)

es ist ja der Bundesrechnungshof –, in dem er Kritik an der Steuerungsfähigkeit und Zielgerichtetheit der Pakte und Kritik an dem, was aus den Landesmitteln bislang geworden ist, äußert.

Der Bundesrechnungshof hat in seinem Bericht – soweit ich ihn kenne; er ist uns ja nicht vorgelegt worden; ich muss also aus Stellungnahmen anderer schließen, was der Rechnungshof in seinem Bericht geschrieben hat – an zwei Stellen nicht stark argumentiert.

Erstens: Er hat keine taufrischen Zahlen genommen. Wenn man den alten Hochschulpakt mit einem Zahlenzeitraum von 2004 bis 2013 nimmt und sich die aktuelleren Entwicklungen nicht anschaut, dann entsteht ein gewisses Zerrbild. Man nimmt also genau die Zeitspanne, in der die Studierendenzah-

len besonders steil nach oben gingen, und nicht die Zeitspanne, in der das Plateau schon erreicht war. Das war eine Möglichkeit für den Rechnungshof, sehr drastisch darzustellen, dass so viel Geld neu hinzukommt und die Betreuungsrelationen schlechter werden. Das ist banal. Die Zahlen der Studierenden stiegen so viel stärker als das frische Geld, das in den Hochschulen ankam, dass die Relationen schlechter wurden.

In Baden-Württemberg waren diese Zahlen deshalb so enorm gut, weil man hier im Land so schnell gewachsen ist. – Übrigens war ein besonderer Effekt, dass die Duale Hochschule Baden-Württemberg in dieser Zeit zur Hochschule wurde. – Unsere Zahlen sind also besonders steil nach oben gegangen, und die Bundesgelder und zusätzlichen Landesgelder konnten mit diesem Wachstum nicht mithalten. Deswegen sind die Betreuungsrelationen schlechter geworden. Mehr ist da nicht dran.

Deswegen: Wenn wir die Gelegenheit gehabt hätten, hätten wir diese wenigen Einwände schnell entkräftet. Es gab von unserer Seite die Möglichkeit, ein paar Argumente einzuspeisen, sodass wir das jetzt sukzessive in die Debatte, in die Gespräche – auch mit unseren Bundestagsabgeordneten – einbringen.

An einem Punkt würde ich dem Rechnungshof sogar recht geben: Er hat kritisiert, dass die Transparenz der Mittelverwendung in der Vergangenheit nicht immer klar gegeben war. Aber der neue Pakt legt da neue Standards fest. Die halte ich für gut. Ich halte es für legitim, dass auch Bundestagsabgeordnete wissen wollen, wofür sie das Geld zur Verfügung stellen, und es ist wichtig, dass sich kein Land bei der kreativen Verbuchung der zusätzlichen Ressourcen einen schlanken Fuß macht. Damit hatten wir nie ein Problem. Daher bin ich auch froh und zufrieden darüber – wir haben uns auch aktiv daran beteiligt –, neue Standards und Verfahren der Offenlegung zu vereinbaren.

Daher, noch einmal in der Summe: Es ist ein großartiges Moment für unseren Wissenschafts- und Forschungsstandort. Es ist gut, dass wir in der Lage waren, uns zu einigen, die Kräfte zu bündeln und für die nächsten mindestens zehn Jahre ordentliche Leitplanken für unsere Hochschulen und Forschungseinrichtungen auf den Weg zu bringen. Wir werden sie in Baden-Württemberg durch unsere eigenen zusätzlichen Anstrengungen, wie wir sie demnächst im Hochschulfinanzierungsvertrag II festlegen, ergänzen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Das Wort hat Herr Abg. Dr. Gedeon.

Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, meine Damen und Herren auf der voll besetzten Regierungsbank!

(Heiterkeit bei der AfD)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Dr. Gedeon!

Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos): Bei so viel Moralisererei muss ich schon noch etwas sagen. Herr Rappke hat

(Dr. Wolfgang Gedeon)

von „Fassadendemokratie“ gesprochen. Oi, oi, oi, das geht ja gar nicht! Entrüstung, Empörung, wie sich das für die Grünen so gehört.

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Meine Damen und Herren, was hat denn der Seehofer dazu gesagt? Ich habe es hier schon mal gebracht:

Diejenigen, die entscheiden, sind nicht gewählt, und diejenigen, die gewählt werden, haben nichts zu entscheiden.

Das ist das Gleiche. Es ist damit nur viel schöner beschrieben, was Fassadendemokratie ist.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Wenn Sie also über Herrn Räßle herfallen, dann fallen Sie doch erst einmal über Herrn Seehofer her.

(Heiterkeit bei der AfD – Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Meine Damen und Herren, es ist ja nicht so, dass wir eine Diktatur hätten. Aber unsere Demokratie hat ganz schwere Macken. Wir haben eine repressive Demokratie. Wenn ich bestimmte Dinge, z. B. § 130, angucke, stelle ich fest: Das ist in hohem Maß bedenklich.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Ach was!
– Abg. Martina Braun GRÜNE: Redet er zum Thema? – Weitere Zurufe)

Das gilt auch für die Wissenschaft. Wenn wir hier über Wissenschaft reden, dann sollten wir auch inhaltlich zu bestimmten Dingen Stellung beziehen und uns nicht nur auf die Verteilung von Geld beschränken.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Zur Ideologisierung der Medizin könnte ich Ihnen z. B. eine Stunde, zwei Stunden lang einen Vortrag halten.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Schreiben Sie doch ein Buch dazu, das dann niemand kauft! – Weitere Zurufe)

Ich tue es nicht, weil es die meisten wahrscheinlich nicht verstehen würden.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Was jetzt da z. B. mit dem ganzen Impfterrorismus läuft – so nenne ich das –,

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Zuruf von den Grünen: Kommen Sie zum Thema!)

das ist Ideologisierung der Wissenschaft. Es gehörte hier mit auf die Tagesordnung, wenn wir über die Geldverteilung sprechen, dass die Wissenschaft zunehmend ideologisiert wird, dass da reine Ideologielehrstühle – Gender usw. – bestehen, dass wir hier mehr Genderlehrstühle als Pharmakologielehrstühle haben.

(Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE – Gegenruf der Abg. Dr. Christina Baum AfD: Er kann sa-

gen, was er will! Meinungsfreiheit! Schon mal was davon gehört? – Weitere Zurufe)

All diese Dinge gehörten hier mit rein. Wir haben das wieder nur auf die finanzielle Seite begrenzt.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Dr. Gedeon, kommen Sie bitte zum Schluss.

Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos): Dann ist es kein Wunder: Wenn man ein Papier erst einen Tag vor der Debatte ausgibt, dann kann man nicht so viel dazu sagen.

Also, gehen Sie bitte erst einmal in sich, ...

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Ja, kommen Sie bitte zum Schluss.

Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos): ... bevor Sie über die anderen herfallen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Meine Damen und Herren, Herr Abg. Räßle hat eine persönliche Erklärung beantragt.

(Zuruf von den Grünen: Der Arme!)

– Ich bitte um Aufmerksamkeit. – Ich akzeptiere nicht, dass Sie ständig versuchen, Ihre Redezeit zu verlängern, indem Sie persönliche Erklärungen anmahnen. Ich sehe in diesem Fall – sehen Sie einmal in die Geschäftsordnung – auch überhaupt keine Veranlassung für eine persönliche Erklärung.

Ich muss allerdings feststellen, dass die Regierung so lange geredet hat, dass ich mich jetzt veranlasst sehe, den Fraktionen weitere Redezeit einzuräumen.

(Zurufe)

– Das kann man hier rechnerisch darlegen. – Insofern kann jetzt jede Fraktion nochmals eine Minute reden.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Wer wünscht das Wort? – Herr Abg. Räßle.

(Abg. Sandra Boser GRÜNE: Wenn er aber wieder mal das Parlament beleidigt!)

Sie haben vorhin schon 20 Sekunden überzogen. Ein Teil Ihrer Redezeit ist damit schon weg.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Abg. Stefan Räßle AfD: Meine Damen und Herren, solange Sie an der Macht sind, lachen Sie noch über die Opposition. Die Zeiten werden sich ändern.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Träumen Sie weiter! – Weitere Zurufe)

Das ist so. Wir sind ja für eine direkte Demokratie. Wenn Sie dieses System aber so beibehalten wollen, wo der Stärkere den Kleinen fertigmacht, ...

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Wir sind in der Debatte zu TOP 5, Herr Abg. Räßle. Wenn Sie sich bitte dazu äußern wollen.

Abg. Stefan Räßle AfD: ... dann warten wir darauf, bis wir die Stärkeren sind. Herzlichen Glückwunsch.

Es ist auch nicht wirklich eine Stärke der Regierung oder einer Ministerin, auf einen gewählten Abgeordneten einzuzahlen.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Wenn Sie die Vorlage nicht gelesen haben! – Weitere Zurufe)

Ob man das machen muss, oder ob die Regierung jetzt das Parlament überwachen sollte, sei mal dahingestellt. Ich bin gewählt, um die Regierung zu überwachen. Dem Job werde ich gerecht.

(Lachen bei den Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP – Abg. Sandra Boser GRÜNE: Nein!)

Ich werde für mein Land kämpfen, so wahr mir Gott helfe und so wahr ich hier stehe.

Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Lachen bei den Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: An Peinlichkeit nicht zu überbieten!)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Meine Damen und Herren, gibt es noch weitere Wortmeldungen? – Herr Abg. Salomon, gern.

Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Herr Räßle, Sie erweisen sich hier wirklich als Antidemokrat. Bei den Zügen, die Sie annehmen, ist klar, wohin Sie wollen. Es gab auf ARTE eine gute Reportage zur „Forschungsgemeinschaft Deutsches Ahnenerbe“, die ich allen empfehle anzuschauen. Ich glaube, dorthin wollen Sie: Sie wollen die Wissenschaft gleichschalten, und Sie wollen, dass Ihre Ideologie in der Wissenschaft durchgesetzt wird. Dagegen stellen wir uns klipp und klar. Das gibt es nicht mit uns.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Stefan Räßle AfD: Das machen Sie doch schon! Wir wollen es beenden!)

Die Wissenschaft in Deutschland ist frei. Das hat einen geschichtlichen Hintergrund, und dorthin wollen Sie zurück. Das gibt es mit uns nicht.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Stefan Räßle AfD: Genau das Gegenteil ist richtig, Herr Kollege!)

Daher sollten Sie sich einmal genau überlegen, was Sie hier sagen. Dies ist keine Irrenanstalt, in der Sie sich auskurieren können – um es einmal klar zu sagen.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Nun habe ich eine Wortmeldung von Kollegin Rolland für die SPD-Fraktion vorliegen.

Abg. Gabi Rolland SPD: Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Frau Ministerin, selbstverständlich haben Sie nicht alle unsere Fragen beantwortet, aber wir haben ja noch etwas Zeit bis zum Hochschulfinanzierungsvertrag.

Ich möchte noch einmal aufnehmen, wie wir heute begonnen haben – im Sinne des Grundgesetzes, dessen 70-Jahr-Jubiläum wir in der letzten Woche gefeiert haben. Darin steht in Artikel 5 Absatz 3:

Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei.

Ich denke, dies wäre ein schönes Schlusswort für heute.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Damit kommen wir zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wissenschaft, Forschung und Kunst, Drucksache 16/6259. Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, von der Mitteilung der Landesregierung, Drucksache 16/6250, Kenntnis zu nehmen. Sind Sie damit einverstanden und stimmen der Beschlussempfehlung des Ausschusses zu? – Das ist der Fall. Vielen Dank.

Damit haben wir Tagesordnungspunkt 5 erledigt und sind am Ende der heutigen Tagesordnung angekommen.

Die nächste Sitzung findet am 26. Juni 2019 statt.

Ich wünsche Ihnen ein frohes Pfingstfest. Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

Schluss: 12:52 Uhr